

Nr. 3/2023

Juli – September 2023

# CUBA LIBRE

ISSN 0178-2460

€ 3,50

Kuba nach den Wahlen

## Diese Frucht wird nicht reif

Diskussion:  
Kubanischer  
Sozialismus

In den Kinosälen Havannas  
Filmische Rundreise durch Lateinamerika

CON FILO – Eine für Kuba  
ziemlich atypische Fernsehsendung

Neue Reisen mit Cuba Libre  
Kulturelle Wurzeln Kubas & 1. Mai 2024

Jorgitos Log  
Kuba im Medienspiegel  
Aus der FG

## editorial



Wer für eine bessere Welt kämpft, ist Langstreckenläufer. Ausdauer sowie die richtige Strategie und ein Gefühl für das richtige Timing zeichnen ihn aus. Gerade in diesen Zeiten brauchen wir diese Eigenschaften mehr denn je. Denn die aktuellen Nachrichten werden nicht besser. Wir analysieren die derzeitige wirtschaftliche Lage in Kuba und berichten über die Mühen der Ebenen im täglichen Leben. Ebenso beleuchten wir die Auswirkungen der Tatsache, dass Kuba immer noch – ohne jeglichen Grund – auf der Terrorliste der USA steht. Die Motive der USA

sind dieselben wie bei der Handels-, Wirtschafts-, und Finanzblockade gegen Kuba: Kuba wirtschaftlich zu erwürgen und soviel Elend über das Volk zu bringen, dass es einen Regime Change mitmacht. Sevim Dagdelen beschreibt die Rolle der Wirtschaftssanktionen der USA allgemein und gegen Kuba.

So bleiern die Zeiten insbesondere im globalen Norden auch sind: Es zeigt sich Gegenwehr. Zu nennen sind hier beispielhaft der diesjährige Start der Unblock-Kuba-Kampagne in Europa, das traditionelle Treffen der Kuba-Solidarität in Havanna im Mai, die Beteiligung an den Wahlen in Kuba und deren Ausgang und die Kultur in Kuba. All diese Themen greifen wir auf, denn nur so kann ein vollständiges Bild entstehen. Dazu gehört auch die Würdigung der Moncada-Ereignisse als Fidels erster Schlacht.

Ein bemerkenswerter Fall von Internationalismus ist die Zusage Kubas, einer nordirischen Gemeinde medizinische Hilfe zu leisten, da das dortige NHS die Versorgung nicht mehr leisten kann. Dieter Reinisch hat mit den Initiatoren gesprochen und gibt spannende Einblicke in das, was beide Inseln verbindet.

Che darf nicht weiter nur eine Pop-Ikone bleiben. André Scheer würdigt zu Ches 95. Geburtstag insbesondere dessen ökonomischen Überlegungen.

Wir als Kuba-Soligruppe und Redaktion wollen Che würdigen, indem wir in seinem Sinne Solidaritätsarbeit leisten. Besonders zu erinnern ist, dass er die Gleichheit in der kubanischen Gesellschaft propagierte und lebte: „Keiner oder alle!“. Das ist bis heute tief in der DNA der kubanischen Gesellschaft eingegraben.

*Marion Leonhardt*

## impresum

**Herausgeber:** Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Maybachstr. 159, 50670 Köln,

Tel.: 0221 / 2 40 51 20,

Fax: 0221 / 6 06 00 80

Mail: [info@fgbrdkuba.de](mailto:info@fgbrdkuba.de)

Web: [www.fgbrdkuba.de](http://www.fgbrdkuba.de)

**Konto/Spendenkonto:**

Bank für Sozialwirtschaft, Köln

IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00

BIC: BFSWDE33XXX

Konto: 123 69 00

BLZ: 370 205 00

**Redaktion:** R. Armbruster, T. Brenner,

R. Fausten, U. Fausten, P. Knappe,

M. Leonhardt, W. Mix

Mail: [cuba-libre@fgbrdkuba.de](mailto:cuba-libre@fgbrdkuba.de)

**Bildredaktion:** Tom Brenner

**V.i.S.d.P.:** Marion Leonhardt

Mail: [cuba-libre@fgbrdkuba.de](mailto:cuba-libre@fgbrdkuba.de)

**Gestaltung/Satz:**

CommPress Verlag GmbH, Tom Brenner

**Titelbild:** Irene Pérez/Cubadebate

**Printed in the EU**

**Postvertrieb:** CommPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

**CUBA LIBRE** erscheint vier Mal im Jahr.

Jahresabo: Inland 12,50 €, Ausland 16,- €,

Einzelheft 3,50 € + Porto. Kündigung des

Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des

Bezugszeitraums.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte

und Fotos übernimmt die Redaktion

keine Verantwortung.

ISSN 0178-2460

## **kuba**

- 4 Diese Frucht wird nicht reif – Kuba nach den Wahlen
- 8 Das Volk hat Farbe bekannt!
- 11 Erster Mai – Tag der Solidarität
- 12 „Wir haben es in der Hand“ – Stärkung landwirtschaftlicher Produktion
- 14 Die Lüge reist auf einem Drachenflieger
- 15 Kubanischer Schotter für Mexiko
- 17 „Wunderbare Menschen“ – Beginn der Revolution vor 70 Jahren
- 19 Frieden ist Terror und Opfer sind Täter
- 21 Jorgitos Log
- 26 Kubanischer Sozialismus
- 29 Internationales Treffen der Solidarität mit Kuba
- 31 Cangamba – Episode des Engagement Kubas in Angola

## **kultur**

- 34 Sieben Bände zum 95.
- 36 In den Kinosälen Havannas
- 40 CON FILO – Eine für Kuba ziemlich atypische Fernsehsendung

## **soli**

- 44 Irland bittet Kuba um Hilfe!
- 49 Wirtschaftssanktionen töten

## **aus der fg**

- 51 Einladung zur Bundesdelegiertenkonferenz
- 52 Reisen

## **kuba im medienspiegel**

## **service**

- 2 Impressum
- 24 Regionalgruppen, Ansprechpartner/innen
- 25 Lieferbare Materialien



Foto: Irne Pérez, Cubadebate

## Diese Frucht wird nicht reif

Kuba nach den Wahlen

Von Renate Fausten



Arbeiter aus Camagüey versammeln sich auf dem Platz der Arbeiter, um die Einheit des Volkes zu bekräftigen. Ariadna Guerra Hernández, die junge Direktorin des Hotel Plaza, ist davon überzeugt, dass die Jugend die Zukunft der Revolution garantieren wird. „Darüber hinaus bekräftigen wir auf diese Weise unsere Absicht, unser Land mit der täglichen Arbeit und mit mehr kreativem Tourismus voranzubringen, auch wenn wir einer der Sektoren sind, die am stärksten von den vom Imperialismus verhängten Maßnahmen betroffen sind.“

Fotos: Trabajadores

Im April war das alltägliche Leben in Kuba vom Benzinmangel beherrscht. Davon waren alle irgendwie betroffen und Leute, die es dringend brauchten, verbrachten ihre Nächte in der Schlange vor den Tankstellen. Morgens wurde ihnen dann die dorthin gelieferte Menge und wieviel Liter pro Person abgegeben würden, mitgeteilt. Dann konnten sie sich ausrechnen, ob es sich lohnte in der Schlange weiter auszuharren.

Auf jeden Fall hatten alle elektrisch betriebenen Gefährte, von

denen es inzwischen schon eine Menge gibt, Hochkonjunktur und auch wir ließen uns von einem solchen durchrütteln, um zur Arbeit zu gelangen.

Der Mangel in dieser extremen Form wird aber sicher nur zeitweilig sein, auch wenn die Verfolgung der Tanker, die Treibstoff nach Kuba bringen, anhält.

Was aber dauerhaften Einfluss auf das Leben der Nation haben wird, sind die Wahlen – zuerst die Delegiertenwahlen zu den Gemeindeparlamenten und da-

nach die Wahl der Abgeordneten zur Nationalversammlung. Trotz heftiger aus dem Ausland geführter Kampagnen zur Stimmenthaltung und der wahrhaftig schwierigen wirtschaftlichen Lage hat sich eine große Mehrheit der Bevölkerung an den Wahlen beteiligt und für die aus ihren Reihen stammenden Kandidaten gestimmt. Nun waren dies natürlich nicht die ersten Delegierten- und Abgeordnetenwahlen, aber diese waren etwas Besonderes. Was sie so anders macht, ist die sich ändernde Funktion der Delegierten und Abgeordneten. Im Rahmen der größeren Autonomie der Gemeinden und Provinzen haben diese nun mehr Handlungsspielraum. Dies bedeutet aber auch viel mehr Arbeit und Engagement. Denn die neue Politik besteht in einem engen Kontakt mit der Basis. Das bedeutet, dass der Abgeordnete genau darüber informiert sein muss, was in seinem Wahlkreis vor sich geht, wo Probleme einer Lösung harren. Da gibt es nun kaum noch Entschuldigungen für Inaktivität und selbst der Präsident, der von einem Wahlkreis in der Provinz Villa Clara zum Abgeordneten für die Nationalversammlung gewählt wurde, verbringt jetzt mindestens einen Tag im Monat dort, hautnah mit der Bevölkerung. Da kommt es nicht vor, dass ein Minister oder Präsident nicht weiß, wie viel die Milch oder das Brot kosten. Dabei muss man sich immer vor Augen halten, dass in der Regel sowohl die Abgeordneten als auch die Delegierten weiterhin ihren Beruf ausüben und der Kontakt mit den Menschen und die Bemühungen bei deren Problemen zu helfen, von ihrer Freizeit abgehen.

Die Kandidaten werden bei den Versammlungen in den Wohnvier-

teln nominiert, wobei die Meriten des Einzelnen eine Rolle spielen. Schließlich wollen die Wähler ja jemanden, bei dem man davon ausgehen kann, dass er engagiert ist und bereit ist, ihre Interessen im Alltag zu vertreten.

Wenn ein Kandidat bei den Gemeinderatswahlen über 50% der Stimmen erhält, ist er zum Delegierten gewählt. Etwa vierzehn Tage später findet dann ein feierlicher Akt statt, an dem die Gewählten ein Siegel und ein Dokument erhalten, das sie als Delegierte ausweist und dann können sie offiziell mit der Ausübung ihres Amtes beginnen. Nun hat jeder oder jede, die bereit ist, sich für das Amt zur Verfügung zu stellen, eine Vorstellung davon, was diese Funktion beinhaltet. Trotzdem findet ein einwöchiges Seminar statt, in dem sie nun erfahren, wie genau die Arbeit mit den Wählern gestaltet werden soll, sie werden über die Gesetzestexte informiert und bekommen Dokumente mit nach Hause, die sie immer zu Rate ziehen können.

Wenn früher die Delegierten von Ämtern und Behörden oft abweisend behandelt wurden, wenn sie ihre Anliegen vorbrachten, so hat sich das nun grundlegend geändert. Man weiß nun, dass nur wenn man hört, was die Bevölkerung zu sagen hat, man diese schwierige Zeit meistern kann. Deshalb bekommt der Delegierte nun von überall Unterstützung – dem Generalsekretär der Partei in dieser Zone, dem Frauenverband, den CDRs und den in diesem Wahlkreis gelegenen Unternehmen. Und es wird ihm viel mehr Respekt und Unterstützung entgegengebracht in moralischer und politischer Hinsicht. Wenn er durch seinen Wahlbezirk geht, wird er mit Delegado angeredet und begrüßt. Diese Wertschätzung hat sich ein engagierter Delegierter auch redlich verdient, wenn man bedenkt, was er alles leisten muss.



Freiwillige säubern die Küste von Cojimar. Der Müll gelangt mit dem Abwasser ins Meer und wird an Strand gespültFoto: Enrique González (Enro)/ Cubadebate.

Gleich bei Amtsantritt besucht er jede Familie einzeln und macht sich eine Vorstellung von deren Lebensumständen, bekommt Bitten vorgetragen und hilft bei der Überwindung bürokratischer Hürden. Das ist aber nicht nur ein Strohfeuer, eine Aktion zu Beginn und dann schleifen lassen. Nein, der Delegierte des Wahlbezirks, mit dem ich gesprochen habe und auch die anderen in diesem Volksrat machen täglich ihren Rundgang durch ihren Bezirk, sprechen mit den Menschen, gucken, ob Arbeiten gut durchgeführt wurden, melden das Austreten von Abwässern oder auch von Trinkwasser. Dies ist ein gravierendes Problem, besonders in Havanna. Auch vor unserem Haus hatten wir einige Wochen die nicht wohlriechende Brühe aus Abwässern. Es kamen auch die entsprechenden Wagen, die den Abfluss freiräumen. Nur es brachte nichts. Die Delegierte unseres Wahlkreises erklärte uns dann, dass das Problem nur zu lösen sei, wenn zusätzlich eine Pumpe das Wasser nach oben

pumpen würde. Genau habe ich es nicht verstanden, nur so viel, dass im Moment kein Diesel vorhanden sei, um die Pumpe in Gang zu setzen. Glücklicherweise hat sich inzwischen anscheinend Diesel gefunden.

Der tägliche Rundgang und Gespräche mit den Wählern finden nach einem achtstündigen Arbeitstag und auch am Wochenende statt. Zusätzlich können die Wähler mit ihrem Anliegen in seine Sprechstunde kommen, die jeden Mittwoch von 6–8 p.m. abgehalten wird. Der Ort ist immer derselbe. Es kann ein Raum sein, der ihm von einem Unternehmen zur Verfügung gestellt wird, es kann aber auch ein Klassenraum in einer Schule sein.

Die Leute kommen z. B., wenn in ihrer Wohnung ein Teil der Decke heruntergekommen ist. Der Delegierte macht sich dann vor Ort ein Bild, dokumentiert das Ganze, füllt die entsprechenden Formulare aus und geht damit zur Direktorin der für Wohnungen zuständigen Abteilung der Gemeindeverwaltung.

Sie hat jeden Donnerstag zu einer festgesetzten Zeit Sprechstunde nur für die Delegierten, denn das Wohnungsproblem ist ein Dauerbrenner. Dort gibt es dann drei Kopien der Schadensmeldung. Eine für besagte Direktorin, eine weitere an die Gemeinderegierung und eine verbleibt beim Delegierten. Der fragt dann jede Woche nach, ob man eine Entscheidung getroffen hat, die aber innerhalb von spätestens dreißig Tagen erfolgt sein muss. Der Delegierte hält die Betroffenen auf dem Laufenden. Aber alles hängt davon ab, ob im Wohnungsetat der Gemeinde dafür noch Geld zur Verfügung steht. Die Mittel werden auch nach Schweregrad vergeben. Wenn einer Familie die ganze Wohnung zusammenbricht, wird dies prioritär behandelt, damit sie nicht solange in einer Notunterkunft bleiben muss.

Ein großer Teil der Arbeit des Delegierten besteht also darin, sich aufgrund der von seinen Wählern geäußerten Beschwerden an die entsprechenden Unternehmen zu wenden: Austritt von Abwässer – Aguas de la Habana, wilde Müllkippen – Müllabfuhr usw..

Kleinere Probleme löst der Delegierte dann sofort: Die alleinstehende alte Frau, der es zu beschwerlich ist, jeden Tag zur Bäckerei zu gehen, um ihre ihr auf Libreta zustehenden Brötchen abzuholen. Da kann der Delegierte dann ein Formular ausfüllen und die alte Dame bekommt dann an einem Tag ihre gesamte Wochenration. Allerdings muss dieser Antrag zu Beginn jedes Jahres erneuert werden.

Wenn er von Nachbarn erfährt, dass jemand aufgrund eines Unfalls oder aus einem anderen Grund nicht in der Lage ist, sich zu versorgen, kümmert er sich darum und stellt sicher, dass ein Sozialarbeiter sich des Problems annimmt.

Die Probleme, die die Kubaner bewegen, sind Wohnung, Lohn und Ernährung.

Bei der Wohnung versucht man zu helfen, beim Lohn ist nichts zu machen und die Ernährung kann der Delegierte auch nicht beeinflussen. Aber auch da kann er zumindest ein bisschen Einfluss nehmen.

Er informiert seine Wähler, wenn in der Nähe sogenannte Ferias stattfinden. Dort verkaufen dann Produzenten ohne Zwischenhändler direkt ihre Produkte an den Kunden, was sich in günstigeren Preisen für den Kunden äußert.

Zu diesem Zweck haben die meisten Delegierten eine Kommunikation über what's app in ihrem Wahlkreis geschaffen. Dort informieren sie über alles, was für seine Wähler wichtig sein könnte und auch diese können sich darüber direkt mit ihnen in Verbindung setzen. Nun hat natürlich noch nicht jeder ein Handy mit what's app. Gerade in Havanna gibt es jedoch sehr viele, die darüber verfügen. Die Verbindung der Nachbarn untereinander ist so intensiv, dass sich immer einer findet, um über eine Notlage sofort zu informieren. Der Delegierte, den ich befragt habe, ist zuständig für 1070 Wähler. Jeder engagierte Klassenlehrer oder engagierte Klassenlehrerin mit ca. dreißig Schülern kann sich vorstellen, was es bedeutet, für über tausend Menschen immer erreichbar zu sein.

Der Delegierte eines Wahlkreises verfügt natürlich nicht über Haushaltsmittel. Die ihm übergeordnete Instanz ist der Volksrat (Consejo Popular), in dem jeweils zehn Wahlkreise zusammengefasst sind. An dessen Spitze steht ein Vorsitzender. Diese Funktion des Vorsitzenden des Volksrats ist die einzige, die hauptamtlich ist. Das bedeutet, dass dieser das Gehalt bekommt, das er zuvor an seinem Arbeitsplatz erhalten hat, er aber so lange von seiner Arbeit freigestellt ist, wie er diese Funktion ausübt. Die Funktion des stell-

vertretenden Vorsitzenden ist schon wieder ehrenamtlich. Einmal im Monat findet ein Treffen aller zu einem Volksrat zugehörigen Delegierten statt. Dort tauscht man sich aus und es wird immer ein spezielles Thema behandelt, wie z.B. das Wohnungsproblem. Dann wird die für die Abteilung Wohnungen zuständige Direktorin eingeladen, die dann im Detail erläutert, in welcher Phase sich die einzelnen Reparaturarbeiten befinden.

Ebenfalls einmal im Monat kommen die Delegierten in der Gemeinderatsversammlung zusammen. Das ist die Instanz, die über die Verteilung der Haushaltsmittel entscheidet. Jeder Delegierte gehört außerdem einer Kommission des Gemeindeparkaments an: Wohnung, Gesundheit etc. Die Vergabe der Haushaltsmittel erfolgt nach der Dringlichkeit und wie dringlich etwas ist, darüber entscheiden dann die Delegierten.

Wie man unschwer erkennen kann, ist Volksvertreter in Kuba zu sein ein Amt, das nur jemand ausüben kann, der wirklich hinter dem steht, was er tut. Das Mandat des Delegierten eines Gemeindeparkaments oder Provinzparlamentes oder des Abgeordneten der Nationalversammlung hat nichts mit dem lukrativen Posten zu tun, den die westlich kapitalistischen Demokratien vergeben. Man bekommt hier nach dem Ausscheiden auch keine Beraterverträge und Direktorenposten in Konzernen. Hier wissen Delegierte und Abgeordnete, dass der Tag mit seinen 24 Stunden definitiv zu kurz ist. Auch die Abgeordneten müssen ihre Pflichten nach getaner Arbeit erfüllen und nur die Vorsitzenden der Ständigen Ausschüsse werden von ihrer Arbeit freigestellt und erhalten weiter das Gehalt.

Alle in der Gemeinde stellen fest, dass nach den letzten Wahlen ein neuer Geist zu spüren ist, der sich schon einige Zeit davor bemerkbar

machte. Die Tatsache, dass Provinzen und Gemeinden mehr Autonomie bekommen haben und viele Probleme selbst in die Hand nehmen können, die vorher erst von höheren Ebenen genehmigt werden mussten, ist dabei sicherlich der wesentliche Faktor. Die Begeisterung, in der Gemeinde etwas aufzubauen, sie gemeinsam zu verschönern und Initiativen im kulturellen Bereich ins Leben zu rufen, ist in allen Gemeinden zu spüren – in einigen mehr, in anderen weniger. Aber es ist ja auch noch nicht viel Zeit seit den letzten Wahlen vergangen.

Ganz deutlich wird aber – vom Präsidenten der Republik bis hin zum Delegierten im letzten Wahlkreis auf dem Land –, dass der Kontakt mit der Basis, die ständige Verbindung mit der Bevölkerung die einzige Möglichkeit ist, die Revolution lebendig zu erhalten. Nur wenn alle sehen, dass man ihnen zuhört, ihre Probleme ernst nimmt und gemeinsam mit ihnen an deren Lösung arbeitet, geht es in einer Gemeinde voran. Wenn sich alle angesprochen fühlen und den Erfolg der gemeinsamen Arbeit sehen, ist dies ein dauernder Ansporn. Und dabei geht es nicht um die großen Erfolge, sondern um Dinge, die das alltägliche Leben erleichtern oder verschönern. Es geht auch darum, deutlich zu machen, welche Anstrengungen die Regierung unternehmen muss, um sicherzustellen, dass jeden Monat der Reis den Nahrungskorb für die Grundversorgung erreicht. Wie dort wohl jeder hofft und bangt, dass das Geld dafür vorhanden ist und das Schiff rechtzeitig kommt. Welche Belastung es für die betroffene Bevölkerung bedeutet, vierzehn Tage kein Gas zum Kochen zu haben, aber auch für die Regierung, dies zu wissen und welche Erleichterung, als das Schiff mit Flüssiggas schließlich im Hafen von Santiago anlegte. Dann musste die Be-



Arbeiter von Aguas de La Habana bei Arbeiten in der Hauptstadt.  
Foto: aguas de la habana

völkerung anerkennen, dass jeder – vom Hafearbeiter über die Verteilerstellen bis hin zu den Lieferwagen, die die Behälter auslieferten – Tag und Nacht arbeitete, damit die Leute wieder normal kochen konnten. Und jetzt hoffen alle, dass das nächste Schiff rechtzeitig kommt, denn die Ladung des letzten Tankers reicht, um das Land mal gerade dreißig Tage lang zu versorgen. Oder das Tankschiff mit dem Diesel, der teilweise auf andere Tankschiffe umgeladen wurde, um es schnell abfertigen zu können, damit es weiter in andere Häfen des Landes fahren konnte, um die dramatische Mangellage auch dort etwas zu lindern.

Das Leben in Kuba wird immer eine Herausforderung sein. Ganz sicher leiden die Menschen weltweit unter den aktuellen Krisen. Aber nur die Menschen in Kuba leiden zusätzlich unter einer Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade. Nur die Menschen in Kuba sind ständigen Angriffen des mächtigsten Landes der Welt ausgesetzt, das offen zugeht, alle Mittel einzusetzen, um ihr Land, ihr Gesellschaftssystem zu zerstören. Wie soll eine Wirtschaft funktionieren, der die Banken Überweisungen verweigern? Wie soll eine Wirtschaft funktio-

nieren, der zusätzlich zu den extraterritorialen Beschränkungen der Blockadebestimmungen jetzt auch noch mit dem Stigma zurechtkommen muss, ein Staat zu sein, der den Terrorismus unterstützt, was selbst gutwillige Unternehmen in Panik versetzt? Wie soll eine Wirtschaft funktionieren, wenn jeder Tanker verfolgt und bedroht wird?

Dass sie es auf wundersame Weise irgendwie immer noch tut, dass trotz allem die Mehrheit der Bevölkerung auf Seiten der Regierung, auf Seiten der Revolution steht, ist nur damit zu erklären, dass die Wähler jeden Tag sehen, dass man bei allem was passiert, immer versucht, ihnen das Leben zu erleichtern. Dass niemals ein Delegierter oder Abgeordneter oder Minister sagen würde, dass ihm die Wähler egal seien. Das sind sie ganz einfach deshalb schon nicht, weil sie selber zu dem Volk gehören und mit den gleichen Problemen zurechtkommen müssen.

200 Jahre ist es nun her, seit der 6. Präsident der USA, John Quincy Adams, verkündete, dass Kuba ganz automatisch wie eine reife Frucht den USA zufallen und von ihnen annektiert werden würde.

Noch immer beweist Kuba jeden Tag, dass es dies niemals zulassen wird.

# Das Volk hat Farbe bekannt!

Wahl der Nationalversammlung

Von Peter Knappe

Die Rahmenbedingungen für die Durchführung zur Wahl der Nationalversammlung (Asamblea Nacional del Poder Popular/ANPP), die alle fünf Jahre stattfindet, waren nicht die günstigsten, da der Alltag von einer Vielzahl an Problemen und Schwierigkeiten geprägt ist. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Hier ist als allererstes die noch nie dagewesene Verschärfung der seit mehr als sechzig Jahren bestehenden US-amerikanischen Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba zu nennen. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump hat weitere 243 extraterritoriale Maßnahmen verhängt und diese werden unter der Biden-Administration, bis auf geringe Änderungen, weiter praktiziert. Die Blockade hat ein Niveau erreicht, welches es seit 6 Jahrzehnten nicht gegeben hat.

Als ein paar Beispiele sollen nur genannt werden, wie die Verfolgung von Schifffahrtsunternehmen, die Treibstoff nach Kuba transportieren, die Einschränkung von Reisen und Überweisungen aus den USA und die völlig haltlose Einstufung der Insel als ein Land, das den Terrorismus unterstützt, mit all den daraus resultierenden Behinderungen internationaler Finanztransaktionen.

Zu den, alle Bereiche des kubanischen Lebens und Alltag betreffenden Auswirkungen des Wirtschaftskrieges, den die US-Regierung gegen Kuba führt, kommen dann weitere Aspekte, die hier nur in Stichworten genannt werden können, hinzu:

Die gravierenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die kubanische Wirtschaft im Allgemeinen und im Besonderen auf den Tourismus. Die weltwei-

te Wirtschaftskrise, gepaart mit den Folgen des Krieges in Europa, hatten und haben zu zusätzlichen Preissteigerungen geführt. Des Weiteren seien die vom VI. Parteitag 2011 beschlossene langsame Umsetzung der Wirtschaftsreform und die Vereinheitlichung/Umstrukturierung der Währung erwähnt. Wobei niemand zum damaligen Zeitpunkt die Covid-19-Pandemie vorhersehen konnte.

## Die Besonderheiten des kubanischen Wahlsystems

„Wie kann es eine Demokratie mit nur einer Partei geben?“ Diese Frage knüpft an das weitverbreitete Denken an, dass Demokratie gleichgesetzt wird mit Formen der bürgerlichen repräsentativen Demokratie und einem Mehrparteiensystem. Genau hier setzten die Gegner des kubanischen politischen Systems an, mit der Behauptung, dass es in Kuba keine Demokratie gäbe.

Demokratie im wahrsten Sinne des Wortes ist: „Die Regierung durch das Volk“. Im Falle Kubas ist dies dann mit „und für das Volk“ zu ergänzen. Wie diese volksnahe Regierung in Kuba organisiert ist, wird in der herrschenden Berichterstattung (bewusst) ausgeblendet.

Der Artikel 3 der kubanischen Verfassung, die 2019 bei einer Volksabstimmung mit 86,6 Prozent der Stimmen angenommen wurde, sagt: „In der Republik Kuba liegt die Souveränität unübertragbar beim Volk, von dem sich die gesamte Staatsgewalt ableitet. Das Volk übt sie direkt oder über die Volksversammlungen (Asambleas del Poder Popular) und andere von ihnen abgeleitete Staatsorgane aus“.

Auf dieser Grundlage liegt der wesentliche Inhalt der kubanischen Demokratie in der Bürgerbeteiligung, dem Recht aller Menschen am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aufbau der Nation mitzuwirken und sich zu beteiligen. Deshalb kann die kubanische Demokratie auch sozialistische Demokratie genannt werden.

Die zentrale Besonderheit des kubanischen Wahlsystems ist, dass es das Volk ist, welches nominiert und wählt. Dies ist für die eingeschworenen Feinde des Sozialismus inakzeptabel. Deshalb wurde der kubanische Wahlprozess von diesen als „Farce“ denunziert.

## Vorbereitung der Wahl

Zur Durchführung der Wahl wurden 12.427 Wahlbezirke mit 28.648 Wahllokalen gebildet.

Im Laufe des Wahlprozesses waren an der Vorbereitung und Durchführung der Wahl über 200.000 Personen beteiligt. Davon kamen mehr als 62.000 aus den Wahlkreisen und in den Wahllokalen haben sich mehr als 118.000 Menschen auf freiwilliger und ehrenamtlicher Basis engagiert.

Die Nominierungsentwürfe wurden von Kommissionen vorbereitet und vorgelegt, die sich aus Vertretern des Dachverbandes der kubanischen Gewerkschaften (CTC), der Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR), des kubanischen Frauenverbandes (FMC), der nationalen Vereinigung der Kleinbauern (ANAP), des Studentenverbandes (FEU) und des Jugendverbandes (UJC) zusammensetzten.

Diese Organisationen hatten in einem demokratischen und breit angelegten Verfahren mehr als 19.000 Vorkandidaten (bei 470 zu wählenden Abgeordneten) nomi-

niert. Die im vergangenen November gewählten 12.327 Delegierten in den Gemeinden wurden dabei berücksichtigt.

Entsprechend dem kubanischen Wahlgesetz sind nur Personen und keine Parteien zur Wahl zugelassen. Aus diesem Grund wurden auch keine der Kandidatinnen und Kandidaten von der kommunistischen Partei Kubas (PCC) nominiert. Viele Bewerberinnen und Bewerber waren allerdings PCC-Mitglieder.

Maßnahmen, die die Wählerinnen und Wähler mit dem Ziel beeinflussen, sich für oder gegen einen Kandidaten zu entscheiden, sind nicht zugelassen.

Nach Abschluss des Nominierungsverfahrens wurden die Namen, Fotos und Kurzbiografien der Kandidatinnen und Kandidaten in den Medien des Landes veröffentlicht und an den Orten mit dem größten Zulauf (Schulen, Geschäfte usw.) ausgehängt. Parallel dazu besuchten die Nominierten unter anderem Stadtviertel, Arbeitsplätze, Studierendenzentren, um mit den Menschen direkt über ihre Pläne und Erwartungen zu diskutieren.

Voraussetzung war, dass die Vorgeschlagenen in hunderten von Veranstaltungen, die von den Wahlschüssen in den 168 Gemeinden organisiert wurden, mehr als 50 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen erhalten hatten.

Unter den Kandidaten befanden sich bekannte Persönlichkeiten, wie der Präsident der Republik, hochrangige Regierungsmitglieder, Künstler und Sportler mit regelmäßiger Medienpräsenz oder auch renommierte Wissenschaftler. Mehrheitlich handelte es sich aber um Menschen, die nicht über ihren Wohnort hinaus bekannt waren.

## Die Wahl

Die Wahllokale waren jederzeit öffentlich zugänglich und gemäß Artikel 7 des Wahlgesetzes konn-

ten sich grundsätzlich alle Kubanerinnen und Kubanern, wenn sie im Wahlregister eingetragen sind, sich an den geheimen Wahlen beteiligen.

Zu Beginn des Wahltages wurden die Wahlurnen geöffnet, damit die anwesenden Menschen sehen konnten, dass sich in ihnen nichts befindet, was den Vorwurf des Wahlbetrugs rechtfertigen könnte.

Die Auszählung der Stimmen erfolgte öffentlich. „Wir brauchen keine internationalen Beobachter. Das ganze Volk hat das Recht, die Möglichkeit und die Macht, Beobachter zu sein, und es macht auch davon Gebrauch.“<sup>1</sup> Gewählt sind dann die Kandidaten, die mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten.

Dem Wahlgesetz entsprechend konnten am 26. März 2023 alle Wählerinnen und Wähler so viele Kandidaten wählen, wie auf dem Stimmzettel aufgeführt waren. Wer dies, aus welchen Gründen auch immer, nicht wollte, hatte die Möglichkeit auch nur eine Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen. Die Führung der kubanischen Revolution hatte, als Ausdruck der Einheit (Cuba voto unida!), dazu aufgerufen, für alle Kandidatinnen und Kandidaten zu stimmen.

Anders als beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland sind die Abgeordneten ihren Wählern gegenüber rechenschaftspflichtig und können, auch zwischen den Wahlterminen, jederzeit wieder abgewählt werden. Ebenfalls anders als bei uns erhalten die Abgeordneten auch keine besonderen Vergünstigungen in Form von Diäten oder ähnlichem.

Während in repräsentativen Demokratien die Wählerinnen und Wähler nach der Stimmabgabe kaum noch Einfluss auf die Ent-

scheidungen der Regierung haben, hat Kuba nach dem Sieg der Revolution ein System der direkten Demokratie entwickelt.

## Das Wahlergebnis

Nach Mitteilung der Präsidentin des nationalen Wahlrates (CNE), Alina Balseiro, lag die Wahlbeteiligung bei 75,92 Prozent. Dieses Ergebnis ist zwar etwas niedriger als bei den vergangenen Wahlen im Jahr 2018 (78,92 %), allerdings ist es besser als angesichts der schwierigen Lage des Landes erwartet wurde.

In konkreten Zahlen ausgedrückt haben von den insgesamt 8.126.321 Wahlberechtigten 6.167.605 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Im Vergleich zu den letzten landesweiten Abstimmungen, dem Referendum/Volksabstimmung über das „Gesetzbuch der Familien“ ein Plus von 1,8 Prozent und bei den Kommunalwahlen im November ein Plus von 7,36 Prozent.

Gemäß den Informationen des Nationalen Wahlrates (CEN) wurden alle Abgeordneten mit mehr als 61 Prozent Stimmen gewählt. Von den abgegebenen Stimmen waren 90,28 Prozent gültig, 6,22 Prozent der Stimmzettel waren leer und 3,50 Prozent waren ungültig.

Somit sind 72,1 Prozent dem Aufruf der Führung der Revolution „Cuba voto unida!“ gefolgt und 27,9 Prozent haben selektiv gewählt.<sup>2</sup>

Weltweit nimmt Kuba mit einem Frauenanteil von 55,7 Prozent im Parlament den zweiten Platz ein. Im Vergleich kommt die BRD auf Platz 42 mit einem Frauenanteil von 35 Prozent.

Ebenfalls im Vergleich mit anderen Ländern ist die jüngere Gene-

<sup>1</sup> <https://de.granma.cu/cuba/2023-03-30/diaz-canel-das-kubanische-volk-hatte-bei-dem-wahlsieg-die-hauptrolle>

<sup>2</sup> <https://de.granma.cu/cuba/2023-03-31/endergebnis-bestatigt-mehrheitliche-beteiligung-der-bevolkerung-an-den-nationalen-wahlen>

ration im kubanischen Parlament stärker vertreten. Von den 470 Abgeordneten sind 93 (19,8%) jünger als 35 Jahre.<sup>3</sup>

Zum Ergebnis der Wahl erklärte Díaz-Canel: „Mit dem einheitlichen Votum verteidigen wir die Einheit des Landes und die Zukunft und legitimieren das Erbe von Fidel, Raul und allen Gefallenen.“<sup>4</sup>

Das Wahlergebnis ist Ausdruck des Vertrauens der Kubanerinnen und Kubaner in die Revolution. Es ist auch ein Ergebnis der politischen Bildung, also dem Wissen über die wesentliche Ursache (der Wirtschaftskrieg, den die USA gegen Kuba führt), die für die aktuelle Situation verantwortlich ist.

### Konstituierung der Nationalversammlung

Die konstituierende Sitzung des neuen kubanischen Parlaments fand am 19. April 2023 statt, dem Jahrestag des Sieges über die Invasion in der Schweinebucht.

Der bisherige kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel wurde in seinem Amt für eine weitere fünfjährige Amtszeit bestätigt. Der 62-jährige hat 459 von 460 gültigen Stimmen erhalten.

Der bisherige Vizepräsident, der ehemalige Vorsitzende des Dachverbandes der kubanischen Gewerkschaften (CTC), Salvador Valéz Mesa, wurde mit 439 Stimmen ebenfalls erneut bestätigt. Der Präsident des Ministerrats, Manuel Marrero Cruz, wurde wiedergewählt. Für diese drei gilt allerdings, dass sie nach der zehnten Wahlperiode nicht erneut kandidieren können, da die im Jahre 2019 in Kraft getretene Verfassung nur eine einmalige Wiederwahl zulässt.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> UZ, 14. April 2023, S. 7

<sup>4</sup> Granma International, April 2023, S. 3

<sup>5</sup> jW/21.04.2023/Ausland/Seite 6

### Anstehende Aufgaben

Die 470 gewählten Abgeordneten stehen vor der großen Aufgabe, sich mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation auseinanderzusetzen und Lösungen auf den Weg zu bringen, die eine positive Entwicklung ermöglichen.

Das Wichtigste ist die Bekämpfung der Inflation und die Reduzierung, im besten Falle die Beseitigung, der Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Medikamenten sowie die Stabilisierung der Stromversorgung.

In seiner ersten Rede nach seiner Wiederwahl sagte der kubanische Präsident Díaz-Canel: „In den vergangenen Jahren haben wir jeden Tag die Schläge des unerklärten Krieges gegen die Wirtschaft und die Gesellschaft unseres Landes, gegen das tägliche Leben und die Träume eines ganzen Volkes vom Fortschritt gespürt.“<sup>6</sup>

Er kündigte an, dass für die unmittelbare Zukunft der Schwerpunkt „(...) auf der Nahrungsmittelproduktion, der Nutzung brachliegender Produktionskapazitäten, der Steigerung der Deviseneinnahmen, den von den sozialistischen Staatsunternehmen geforderten Umgestaltungen, der Effizienz des Investitionsprozesses und der Beteiligung ausländischer Investitionen (...)“ liegen werden.<sup>7</sup>

Das Ziel aller Maßnahmen ist es, das Angebot an Waren und Dienstleistungen zu erhöhen und die Inflation unter Kontrolle zu bekommen.

„Wenn wir Abgeordneten systematisch in jeder Gemeinde oder jedem Bezirk arbeiten und die lokalen Behörden begleiten, ohne sie aus ihren Funktionen zu verdrängen, wenn wir weiterhin den Menschen zuhören und Probleme,

<sup>6</sup> jW/21.04.2023/Ausland/Seite 6

<sup>7</sup> jW/21.04.2023/Ausland/Seite 6

me, die über die Provinzen hinausgehen, zur Lösung auf höhere Ebenen bringen, werden wir ihnen jeden Tag ein Stückchen mehr von ihren Problemen abnehmen“, fuhr er fort.

Er äußerte sich auch zu der Arbeit, die geleistet werden muss, um das Bildungs-, Gesundheits-, Kultur- und Sportsystem weiter zu stärken. Es geht darum, ein angemessenes Verhältnis zwischen dem staatlichen und dem nicht-staatlichen Sektor der Wirtschaft zu erreichen. Die Bekämpfung der Inflation und der spekulativen Preise steht ebenfalls auf der Agenda. Darüber hinausgeht, die Jugend stärker an grundlegenden Aufgaben zu beteiligen, bei der sozialen Umgestaltung der Stadtviertel und bei der Betreuung von Menschen in prekären Situationen voranzukommen. Ebenfalls sollen alle Formen von Gewalt gegen Frauen und jede Form von Diskriminierung beseitigt werden. Die Bekämpfung von Korruption, Kriminalität und Verbrechen steht im Fokus sowie die Förderung von Projekten der sozialen Entwicklung.<sup>8</sup>

Die kubanische Revolution hat ein politisches Novum geschaffen, indem sie eine Versammlung von Arbeitern, Bauern, Intellektuellen, Studenten, Frauen und Männern, Weißen, Schwarzen und Mulatten, jungen und nicht mehr ganz so jungen, religiösen und nicht religiösen Menschen ins Leben gerufen hat.

Und über die Wahl hinaus verfügt die kubanische Gesellschaft über viele andere Formen der demokratischen Beteiligung und der Verteidigung der Rechte der Arbeiter, der Studenten und der Bewohner der Gemeinden, die denen des Kapitalismus überlegen sind.

<sup>8</sup> <https://de.granma.cu/cuba/2023-03-30/diaz-canel-das-kubanische-volk-hat-te-bei-dem-wahlsieg-die-hauptrolle>

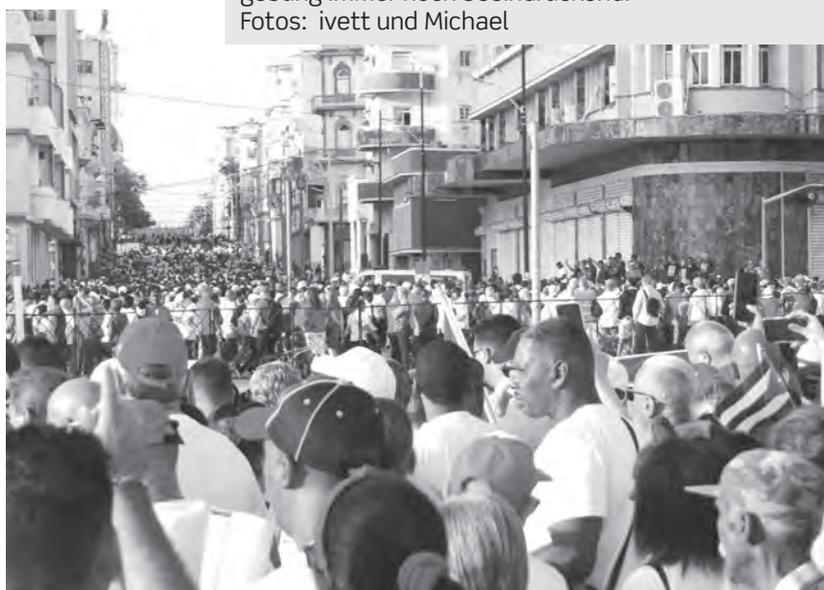
## Erster Mai – Tag der Solidarität

Die US-Blockade hatte in diesem Jahr auch Auswirkungen auf den Internationalen Kampf- und Feiertag der Werktätigen in Kuba. Der Wirtschaftskrieg gegen Kuba ist der Hauptgrund für den derzeitigen Treibstoffmangel. Daher musste die zentrale Mai-Demonstration in der Hauptstadt Havanna abgesagt werden. Stattdessen gab es zahlreiche kleinere Veranstaltungen in Stadtteilen und Gemeinden, Betrieben und Bildungseinrichtungen und eine Verschiebung der Events auf den 5. Mai, wobei zugleich der Geburtstag von Karl Marx mitgefeiert wurde.

In Havanna lud der Gewerkschaftsdachverband CTC und das Institut für Völkerfreundschaft (ICAP) zum traditionellen „Internationalen Treffen der Solidarität mit Kuba und dem Antiimperialismus“ ein, in dessen Rahmen zahlreiche Veranstaltungen und Begegnungen mit den mehr als 2.000 Teilnehmern aus 262 Delegationen aus der ganzen Welt stattfanden. In der BRD beteiligten sich in über 20 Städten Kuba-Solidaritätsorganisationen an den Kundgebungen und Demonstrationen und in zahlreichen Ländern in aller Welt wurde am 1. Mai der Solidarität mit Kuba Ausdruck verliehen.



1. Mai in Havanna: Trotz der Absage nationalen Kundgebung immer noch beeindruckend.  
Fotos: ivett und Michael



## „Wir haben es in der Hand“

Stärkung landwirtschaftlicher Produktion in den Gemeinden

Von Peter Knappe



46,3 Prozent der ländlichen Bevölkerung sind Frauen  
Foto: invasor.cu

Anfang Mai 2023 wurden auf Kuba ein Arbeitstreffen mit den Leitungen der Provinzen und der obersten Führung des Landes durchgeführt. Dabei ging es um eine Bewertung der im Januar eingegangenen Verpflichtungen, die zur Bewältigung der komplexen wirtschaftlichen, sozialen und politisch-ideologischen Situation des Landes beitragen sollen.

Die Treffen wurden vom ersten Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Kubas

(PCC) und Präsident der Republik, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, geleitet. Er wurde unter anderem begleitet von Ministerpräsident Manuel Marrero Cruz und dem Organisationssekretär des Zentralkomitees der PCC, Roberto Morales Ojeda.

Grundlage der Treffen war die Tatsache, dass Kuba mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert ist, wie in den vergangenen Jahren: Der verschärften US-amerikanischen Wirtschafts-, Han-

dels- und Finanzblockade, den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, der Entschlossenheit der Feinde der Revolution, diese zu zerstören, und die Krise in Europa mit ihren weltweiten Folgen wie steigende Preise für Nahrungsmittel usw.

Unter den derzeitigen Bedingungen des Landes und der komplexen internationalen Lage ist es nicht möglich, sich auf zentrale Importe zu verlassen, betonte Díaz-Canel. Die Konsequenz daraus sei es, dass jede Provinz in der Lage sein sollte, einen großen Teil der Nahrungsmittel zu produzieren, die von der Bevölkerung benötigt werden.

Wie die Nahrungsmittelproduktion auf lokaler Ebene nachhaltig gesteigert werden kann, stand im Zentrum der Gespräche. Díaz-Canel kündigte an, dass unverzüglich alle notwendigen strukturellen und verwaltungstechnischen Änderungen vorgenommen und die noch bestehenden Hindernisse beseitigt werden, die dem Ziel der Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion in den Provinzen im Wege stehen.

Ministerpräsident Manuel Marrero Cruz erläuterte, ein Teil des Problems sei, dass die Produktion von Nahrungsmitteln in der Landwirtschaft zu 80 Prozent in privaten Betrieben erfolge. Dies stelle die Regierung vor die Aufgabe, über die staatlichen Unternehmen auf die Erzeuger zuzugehen, um Verträge abzuschließen, damit die Verteilung der Lebensmittel gewährleistet werden könne.

Am Beispiel von Camagüey führte Marrero Cruz aus, dass der Grad der Auftragsvergabe bei der Milchproduktion niedrig sei. Er wies darauf hin, dass aktuell 70 Prozent der in Kuba konsumierten Milch importiert werde. Gleichzeitig werde im Land Milch produziert, die



Büffelzucht in der Provinz Ciego de Ávila  
Foto: invasor.cu



Auf acht Hektar sind Kochbananen gewachsen  
Foto: invasor.cu

nicht unter Vertrag genommen ist, die abgezweigt werde und nicht bei den Kindern und Menschen ankomme, die sie brauchen.

Der Ministerpräsident kritisierte, dass Erzeuger ihre Produkte zu einem bestimmten Preis verkaufen. Dann kommt eine Reihe von Zwischenhändlern dazu, die nichts anderes tun, als zu kaufen und wieder zu verkaufen. Am Ende gibt es zwei Hauptbetroffene: Auf der einen Seite diejenigen, die jeden Tag in der Sonne produzieren und am schlechtesten bezahlt werden und auf der anderen Seite die Bevölkerung, die die hohen Preise bezahlen müsse.

Er verdeutlichte dies an einem Beispiel aus Camagüey, wo ein Erzeuger seinen Kürbis für sechs Peso pro Pfund direkt verkauft, während er auf den Märkten zu 40 Peso pro Pfund, also mehr als das Sechsfache, kostet. Marrero Cruz betonte, dass „wir es in der Hand haben, dieses Problem zu lösen, und zwar in jeder Gemeinde.“

Ein weiteres Thema, welches den Menschen große Sorgen bereitet, sei die Kriminalität. Dinge, die

zeitweise fehlen, würden teilweise aus den Betrieben oder Fabriken gestohlen, um diese dann zu überhöhten Preisen auf der Straße weiterzuverkaufen. Dies sei nicht nur eine Angelegenheit für das Innenministerium, sondern eine Angelegenheit für mehr interne Kontrolle, bei der alle auf ihre eigenen Dinge und vor allem auf die Dinge achten müssten, die für die Menschen garantiert werden sollen.

Der Premierminister betonte, „dass jede Analyse, die wir machen, eine Vision für die Menschen haben muss. Wenn man die Ergebnisse der Analysen und die Verpflichtungen, die in diesem Zusammenhang

eingegangen wurden, nicht am Familientisch sehe, haben wir nichts erreicht.“

Er betonte weiter, dass „wir uns nicht nur auf die nicht erfüllten Indikatoren konzentrieren müssen, sondern auch auf die Qualität und die Weiterverfolgung der erfüllten Indikatoren“, da dies auch die Nachhaltigkeit der Ergebnisse bestimmt. „Wir müssen dem Vertrauen, das die Menschen in uns setzen, gerecht werden“, sagte er, „und die Menschen brauchen Ergebnisse, und alles, was wir tun, muss zu diesen Ergebnissen führen.“

Quelle(n): *de.granma.cu/cuba*

#### Deutsches Unternehmen in Mariel eingeweiht

In der Sonderwirtschaftszone Mariel wurde im Mai ein deutsches Unternehmen eingeweiht. Es soll Importe von Hydraulikschläuchen und anderen Industrieausrüstungen in Kuba ersetzen. Die Hydraulikschläuche werden mit Materialien vom europäischen Marktführer als Systemlieferant im Bereich der Fluidtechnik produziert.

Neben der Reparatur und Instandsetzung von großen Pumpen und Ventilen, die in thermoelektrischen Anlagen und im Bergbau zum Einsatz kommen, konzentriert sich das Unternehmen auf die Herstellung und Vermarktung von Hydraulikschläuchen.

## Von Kuba nach Miami: Die Lüge reist auf einem Drachenflieger

Die Sendung „Lektionen der Manipulation“ auf Cubainformación TV

In den Sportnachrichten eines spanischen Senders, Antena 3, heißt es: „Sie wählten den perfekten Tag, um ihre Mission zu erfüllen: aus Kuba zu fliehen. Sie entkamen in einem motorisierten Drachenflieger (...). Ihre Art, sich den Lebensunterhalt zu verdienen, wurde zu ihrem Fluchtweg“.

jemandem gejagt oder bedroht wurden. Oder etwa nicht? Nun, offensichtlich nicht. Es handelt sich um zwei Wirtschaftsmigranten. Genau wie die aus Honduras oder Haiti.

Und warum haben sie sich für den Diebstahl eines Hängegleiters entschieden? Weil die USA einige Wochen zuvor einem anderen Pi-

loten politisches Asyl gewährt hatten, der in jenem Fall ein Sprühflugzeug gestohlen hatte.

Man kann dies einen „Nachahmungseffekt“ nennen. Oder einen „Zynismus-Effekt“,

denn wenn einer der drei Piloten einen Antrag auf legale Auswanderung – oder sogar auf eine Reise – in die USA gestellt hätte, hät-

In der Tat bereiten ihre Familien und viele Medien ihnen bereits das Terrain: „Die Familien wollen, dass ihnen in den USA Asyl gewährt wird (...), denn wenn sie abgeschoben werden, ist ihre Zukunft in Kuba zum Gefängnis verdammt“, heißt es. Natürlich würde das in jedem Land mit jedem passieren, der Eigentum stiehlt. Und in Kuba würde es jeden treffen, der ein öffentliches Produktionsmittel entwendet, das einem Land Devisen einbringt, das unter einer Wirtschaftsblockade steht. Oder wer einfach die Luftverkehrssicherheit gefährdet, indem er ohne Vorwarnung oder Genehmigung fliegt.

Doch die Nachrichtensendung von Antena 3 wollte die Geschichte aufbauschen und befragte einen spanischen Fluglehrer, der die gewünschte Schlagzeile lieferte: „Man muss schon sehr verzweifelt sein, um eine solche Odyssee in einer solchen Art von Fluggerät zu unternehmen“.

Welche Schlussfolgerung wird ein uninformatierter Betrachter ziehen, wenn ihm nicht jeden Tag gesagt wird, dass „Kuba den größten Migrations-Exodus seiner Geschichte erlebt“ und ihm die brutalen Auswirkungen der US-Sanktionen auf die Wirtschaft der Insel verschwiegen werden? Dass in Kuba „das System“, „der Sozialismus“ oder – besser noch – „der Kommunismus gescheitert ist“, dass er gleichbedeutend sei mit Mangel und Armut. Dies wurde ihnen durch eine anhaltende Dauerberieselung mit Desinformationen und Halbwahrheiten eingetrichtert, die die internationale öffentliche Meinung seit Jahren prägt.

Übrigens, über den Erfolg des Kapitalismus in Honduras und Haiti werden wir ein anderes Mal reden.

Übersetzung:

Klaus Lehmann/Tobias Kriele



2 Cuban Migrants Fly to Florida on Powered Hang Glider, Landing Safely in Key West

Entkommen, flüchten, fliehen: Dies ist das übliche sprachliche Arsenal, das auf jedes Migrationsereignis in Kuba angewendet wird. Dies sind die Verbformen, die im Falle eines ähnlichen Ereignisses in einem anderen Land – Honduras oder Haiti, um naheliegende Beispiele zu nennen – durch andere ersetzt würden: Die Migranten würden weder „entkommen“ noch „fliehen“, sondern „auswandern“, „fortgehen“, „reisen“ oder einfach „eine bessere Zukunft“ in einem reichen Land suchen.

Und Worte sind nicht unschuldig. Denn wenn die beiden kubanischen Piloten in den Nachrichten, die aus einem Fliegerclub, der auf der Insel touristische Dienstleistungen anbietet, einen Hängegleiter stahlen und mit ihm in die USA gekommen sind, „geflohen“ sind, dann deshalb, weil sie in Kuba von

te die Botschaft ihnen mit großer statistischer Wahrscheinlichkeit das Visum verweigert. Und zwar nicht nur die US-Botschaft, sondern auch die Botschaft Spaniens wie auch die so vieler anderer Staaten auf der Welt. Die kurze Begründung für die Ablehnung ist tausenden von Antragstellern aus Kuba wohlbekannt: „Ein möglicher Immigrant“.

Aber wenn die Show erst vorbei ist, wenn die Drachenflieger sowie der erste Flieger in Miami erklären, dass sie aus Kuba „geflohen“ sind, weil „es im kommunistischen System keine Freiheit gibt“ und dass sie, wenn sie auf die Insel zurückkehrten, gefoltert oder erschossen würden, haben sie gewonnen! Sie werden nicht länger „mögliche Migranten“ sein, sondern arme Seelen, die im „Land der Freiheit“ willkommen sind.

# Kubanischer Schotter für Mexiko

Contras springen auf den Tren Maya auf

Von Tobias Kriele

Die mexikanische Regierung führt mit dem sogenannten Tren Maya ein umstrittenes Infrastruktur- und Industrialisierungsprojekt entlang der Gebiete der indigenen Gruppe der Maya durch. Es gilt als ein Prestigeprojekt des mexikanischen Präsidenten López Obrador. Das Projekt hat Proteste von Indigenen ausgelöst. An dem „Leuchtturmprojekt“ der Regierung López Obrador, „Tren Maya“, mischen zahlreiche internationale Konzerne mit. Auch die Deutsche Bahn ist mit einem Auftrag als „Schattenbetreiber“ mit knapp 9 Millionen Euro beteiligt. Kuba liefert Schotter für den Bau der Trasse und hat sich damit internationale Kritik zugezogen.

Die Regierung von Andres Manuel Lopez Obrador bezeichnet den „Tren Maya“ als Schlüssel zur Weiterentwicklung der ganzen Region. Sieben mexikanische Bundesstaaten sollen so ihre natürlichen Rohstoffe auf dem Weltmarkt vertreiben können. Der mexikanische Präsident kündigte an, mit dem Projekt den ökonomisch weniger entwickelten Süden des Landes zu unterstützen. 114.000 Arbeitsplätze soll der „Maya-Zug“ bereits geschaffen haben, bis zu 715.000 weitere werden erwartet. Auch eine Ankurbelung des Tourismus verspricht man sich von der ausgebauten Infrastruktur.

Das Eisenbahnprojekt mit einer Gesamtlänge von etwa 1.500 Kilometern, das an historischen Maya-Stätten entlangführt, war eines der zentralen Wahlkampfversprechen des mexikanischen Präsidenten und soll noch 2023 fertiggestellt werden. Von einem Gesamtvolumen von rund 20 Milliarden US-Dollar ist die Rede. Das eigentliche Vorhaben geht darüber hinaus.



Geplante Trasse des Tren Maya auf der Halbinsel Yukatan

Foto: Trainspotting34/wikipedia/ CC BY-SA 4.0

Der „Tren Maya“ stand allerdings von Anfang an in der Kritik. Insbesondere Teile der indigenen Bevölkerung fühlen sich übergangen. Da das Projekt durch Biosphärenreservate läuft, musste ein Umweltgutachten erstellt werden. Laut dem ILO-Übereinkommen der UNO muss im Vorfeld von Projekten dieser Art zudem ein Referendum organisiert werden. Dieser partizipative Prozess muss vor Projektbeginn in indigenen Sprachen angeboten und dem kulturellen Kontext angepasst vorgenommen werden, über die Einzelheiten des Projektes und seine Folgen informieren und dabei einen offenen Charakter bewahren. Im Falle des „Tren Maya“ gab es zwar ein Referendum, das eine schwache Beteiligung aufwies, aber mit überwältigender Mehrheit für das Projekt votierte. Der UN-Menschenrechtsrat bemängelt allerdings anschließend, die im Vorfeld angebotenen Informationen seien einseitig gewesen. Zwischenzeit-

liche Baustopps aufgrund von Bedenken hinsichtlich der mit dem Projekt verbundenen ökologischen und kulturellen Einschnitte wurden wieder aufgehoben, das Projekt weitergeführt.

Die Proteste indigener Gruppen fanden auch ihren Widerhall in westlichen Medien. Die *taz* zum Beispiel zitierte indigene Gemeinden, es handle sich um „Projekte des Todes“. Dass sich ein Großteil der Menschen in den betroffenen Gebieten für das Projekt ausgesprochen hat, weil sie sich Verbesserungen ihrer Lebenssituation davon erhoffen, bestreitet die ehemals „alternative“ Zeitung nicht. Die *taz* legt aber nahe, dass diese Zustimmung durch die Sozialprogramme des mexikanischen Präsidenten „gesichert“ worden sei. Für *taz* & Co. ist es seit jeher ein Ärgernis, dass arme Menschen dazu neigen, die Verbesserung ihrer Lebenssituation gegenüber dem Schutz von Lurchen und Libellen zu priorisieren. Auf



Schotter aus Kuba für das Projekt Tren Maya in Mexiko  
Quelle: ecured.cu

der anderen Seite entdeckt die *taz* „kapitalistische Verwertungslogik“ ausgerechnet und exklusiv bei der Regierung Mexikos unter Lopez Obrador, welche für den Versuch steht, sich aus der Abhängigkeit von den USA zu lösen und sich nicht in die eigenen Entscheidungen hineinreden zu lassen.

Eine neue Seite tat sich in der Debatte um den „Tren Maya“ auf, als bekannt wurde, dass Kuba Schotter für die Eisenbahntrasse liefern soll. Insgesamt werden etwa 1,4 Millionen Tonnen Schotter benötigt, wovon Kuba etwa 15 Prozent beisteuern soll. Der Naturstoff stammt aus der Nähe von Cienfuegos. 150 Werk tätige sind derzeit in der Produktion beschäftigt. Wer die wirtschaftliche Lage Kubas kennt, weiß, wie dringend die dabei erwirtschafteten Devisen gebraucht werden. Ganz abgesehen von der Notwendigkeit, die US-Blockade symbolträchtig zu durchbrechen.

Lopez Obrador wurde innenpolitisch für die Entscheidung, den Auftrag an Kuba zu vergeben, hart kritisiert. Der Präsident rechte fertigte seine Entscheidung da-

mit, dass Mexiko nicht in der Lage sei, die entsprechende Menge an Schotter in der benötigten Qualität zu produzieren, Kuba hingegen schon. Der kubanische Schotter könne per Schiff an die nahe gelegene Halbinsel Yucatán angeliefert werden. Dadurch könne man auf das Anlegen von Transportschneisen durch den Regenwald verzichten und die Biosphäre schonen – was ja eigentlich im Sinne der indigenen Kritiker wäre. Letztere waren den Medien an dieser Stelle allerdings bereits wieder relativ egal.

Die Meinungsführerschaft in dieser Frage hatten längst die Contra-Kräfte übernommen. So warf die Zeitung *El Nuevo Herald* aus Miami beispielsweise der mexikanischen Regierung vor, durch diese Lieferung (sowie die vertraglich geregelte Inanspruchnahme von medizinischem Fachpersonal) die kubanische Regierung gezielt unterstützen zu wollen. Um Lurche ging es zu diesem Zeitpunkt schon längst nicht mehr, und erst recht nicht um die Sorgen indigener Gruppen.

Die Mischung von *taz* und *Contra* zeigt mittlerweile Wirkung.

Auch in Deutschland werden Stimmen laut, wonach Kuba sich nicht an einem Projekt wie dem „Tren Maya“ beteiligen dürfe. Auch wenn die Intentionen andere sein mögen, spielen diese Forderungen auf der Klaviatur eines Werte-Imperialismus, der die Ökologie und den Erhalt indigener Kulturen gegen das Recht auf Selbstbestimmung der Nationen des Südens stellt. Länder wie Mexiko, so die („westliche“) Logik, sind zu sehr von Armut und Unterentwicklung geprägt, als dass sie sich adäquat mit ökologischen Fragen beschäftigen könnten. Und von Kuba wird scheinheilig erwartet, es habe sein Interesse, seine Exportmöglichkeiten auf dem Weltmarkt auszubauen, zurückzustellen, sobald diese mit kapitalistischer Verwertung in Berührung kämen. Noch einmal zur Erinnerung: Kuba hat sich den kapitalistischen Weltmarkt nicht ausgedacht. Mexiko übrigens auch nicht. Und jetzt sollen die Länder des Südens für ihn und die Schäden, die er anrichtet, verantwortlich sein? Absurde Welt, in der wir leben. Schluss mit der Blockade gegen Kuba!

## „Wunderbare Menschen“

Beginn der Revolution vor 70 Jahren

Von Wolfgang Mix

Der 26. Juli 1953 ist ein Eckdatum in der Geschichte der Kubanischen Revolution. An diesem Tag begann der Angriff auf die Moncada-Kaserne in der zweitgrößten Stadt der Insel, Santiago de Cuba. Der junge Rechtsanwalt Fidel Castro hatte ein geheimes Netzwerk von etwa 1200 Gegnern der Batista-Diktatur um sich geschart, um mit allen persönliche Gespräche zu führen, legte er 50.000 km zurück. Viele von ihnen stammten aus dem Umfeld der Orthodoxen Partei, einer Partei „der Mittelschicht, der einfachen Leute, Arbeiter, Bauern, Angestellten und Studenten. Auch Arbeitslose gab es.“, so Fidel. In dem Interview, das Ignacio Ramonet mit ihm führte, spricht er von „wunderbaren Menschen“. Auch er bewegte sich im Umfeld dieser Partei, hielt jedoch auf Abstand zu deren Führung, die weitgehend aus Reichen und Landbesitzern bestand.

„Ich habe echte Bekehrungsarbeit geleistet (...) Wenn du nicht auf die Arbeiterklasse, die Bauern und die Armen setzt, in einem Land, das so ausgeblutet ist und so gelitten hat, dann hat alles keinen Sinn. Es war kein Klassenbewusstsein vorhanden, aber es gab etwas, das ich oft als Klasseninstinkt bezeichne. (...) Ich war erstaunt, wie schnell man mit der richtigen Argumentation und ein paar Beispielen jemanden davon überzeugen konnte, dass diese Gesellschaft absurd war und dass man sie verändern musste. (...) Es gab viele Menschen, die gegen Raub, Unterschlagung, gegen Arbeitslosigkeit, Missbrauch und Ungerechtigkeit waren; sie glaubten aber, dies sei schlechten Politikern geschuldet. Sie konnten nicht begreifen, dass es das System war, das all das hervorbrachte. (...) Ich war fest davon



Am 26. Juli führte Fidel Castro seine Kameraden zur ersten Schlacht auf dem Weg zur Befreiung und sozialistischen Revolution.  
Quelle: Radio Revolution / Santiago Romero Chang

überzeugt, dass man dieses System auslöschen musste.“

Der Angriff auf die Kaserne hatte ihre Einnahme zum Ziel, um die dort lagernden Waffen an die Bevölkerung zu verteilen. Die weit verbreitete Unzufriedenheit der Menschen mit dem Leben unter der Diktatur wurde als Ausgangspunkt für einen Volksaufstand angesehen. Die Aktion, die unmittelbar nach dem Karneval stattfand, scheiterte aufgrund unglücklicher Umstände. Bevor die Rebellen in Soldatenuniformen in die Festung gelangen konnten, brach eine Schießerei aus. Der Überraschungseffekt, auf den man gesetzt hatte, kam nicht mehr zum Tragen und der Rückzug musste angetreten werden. Von vielen Autoren wurde die Aktion in der Rückschau als Verrücktheit eingeschätzt, doch Fidel blieb auch Jahrzehnte später bei seiner Sicht: „Wenn ich nochmal einen Angriff auf die Moncada-Kaserne organisieren müsste, würde ich es wieder ganz genauso machen. Das, was dort schiefging,

war einzig und allein auf unsere mangelnde Erfahrung im Kampf zurückzuführen. Die haben wir erst später erworben“, so Fidel gegenüber Ramonet. Das beim Rotbuch-Verlag 2008 erschienene Interview unter dem Titel „Mein Leben“ ist eine hervorragende Quelle über diese Episode.

Fünf der Angreifer fielen im Kampf, 56 der in Gefangenschaft geratenen Mitkämpfer wurden gefoltert und ermordet. Fidel, sein Bruder Raúl und einige andere wurden erst nach Tagen verhaftet, als die Empörung über die Brutalität der Batista-Schergen bereits weite Kreise in der Bevölkerung zog. In seinem Prozess verteidigte Fidel die Aktion, indem er die unhaltbaren Zustände im Lande anprangerte und konkrete Lösungen propagierte. Diese Rede wurde nach seiner Verurteilung im Gefängnis unter dem Titel „Die Geschichte wird mich freisprechen“ rekonstruiert und von seinen Anhängern in hoher Auflage verbreitet. Das Gefängnis selbst wurde von den inhaftierten Revolutionären ge-



Die geschmückte Moncada. Hier begann die kubanische Revolution.  
Foto: invasor.cu

nutzt, revolutionäre Autoren zu studieren, ein vorläufiges Fazit zu ziehen und über die zukünftige Strategie nachzudenken.

„Wir sind keine professionellen Unruhestifter noch blinde Verfechter von Gewalt. Wir würden nicht auf Gewalt zurückgreifen, wenn das bessere Heimatland, das wir anstreben, mit den Waffen der Vernunft und der Intelligenz erreicht werden könnte,“ schrieb Fidel am 25. Mai 1955, wenige Monate vor einer Amnestie, die den Inhaftierten vorzeitig die Freiheit brachte. „Kein Volk würde einer Gruppe von Abenteurern folgen, die das Land in einen Konflikt stürzen wollen, außer dann, wenn es keine friedlichen, legalen Mittel für alle Bürger gibt in dem zivilen Wettstreit der Ideen. Wir stimmen mit Martí darin überein, dass derjenige, der einen vermeidbaren Krieg beginnt, ein Krimineller ist, ebenso wie derjenige, der es vermeidet, einen Krieg zu führen, wenn dieser unumgänglich ist.“

Nach Fidels Entlassung war die wichtigste Sache zu jener Zeit seiner Meinung nach, zu demonstrieren, dass es keine politische, das heißt friedliche Lösung für Kubas missliche Lage mit Batista an der Macht geben konnte. „Wir sagten, wir würden eine friedliche Lösung akzeptieren auf der Grundla-

ge bestimmter Bedingungen. Uns war klar, dass diese Bedingungen nicht eintreten würden. Es dauerte nur wenige Wochen, der Öffentlichkeit zu zeigen, dass Kubas Probleme niemals mit Batista friedlich gelöst werden konnten.“ Die Diktatur blockierte alle Wege für einen Dialog und das Leben der Revolutionäre war zunehmend in Gefahr. Fidel verließ Kuba mit einer Gruppe von Getreuen, um sich in Mexiko für eine bewaffnete Invasion der Insel vorzubereiten. Doch er mahnte auch zur Geduld und verwies immer wieder auf die Gefahren, mit anderen politischen Kräften fragwürdige Allianzen einzugehen, welche die eigenen Positionen und ihr bereits erworbenes Prestige schwächen würden. Er setzte auf Zeit und konzentrierte alle Energie darauf, die Bewegung des 26. Juli zu festigen und zusammenzuhalten. „Das Programm muss die wirtschaftlichen und politischen Probleme des Landes vollständig, konkret und mutig benennen, um den Massen eine wahrhaft neue und erfolgversprechende Botschaft zu senden.“

Von Sozialismus oder Kommunismus zu sprechen hielt er für verfrüht. Dies hätte bei vielen Menschen unnötige Widerstände hervorgerufen und die Durchführung des ersten Schrittes, den Sturz der

Diktatur, behindert. Auch nach dem Sieg der Revolution am 1. Januar 1959 ließ er den weiteren Entwicklungen die Entfaltung ihrer aufklärerischen Wirkung. Im Oktober 1960 sagte er in einem Fernsehauftritt über das Moncada-Programm: „Heute sind wir in der Lage, mit Genugtuung festzustellen, dass das Programm erfüllt wurde. Viele glaubten nicht daran und sind deshalb erstaunt, weil wir keinerlei Verpflichtungen eingegangen sind zu Gefälligkeiten gegenüber den Großgrundbesitzern, den großen Ausbeutern, den Monopolisten, noch gegenüber ausländischen Interessen, welche die Wirtschaft unseres Landes geplündert haben. Wir haben uns auch nicht verpflichtet, Privilegien, Raub, politisches Manövrieren oder Korruption weiterhin zu tolerieren (...) Und wir können es gegenüber den Bauern und dem ganzen Volk erneut sagen: Hier habt ihr euer Land; hier habt ihr eure Schulen und Hospitäler; hier habt ihr eure Kasernen, zu Schulen umgewandelt; hier habt ihr eure Fabriken, die ausländischen Konzernen gehörten; hier habt ihr eure Elektrizitäts- und Telefongesellschaften; hier habt ihr eure Raffinerien. Während ihr vorher nichts hattet (...) Wir haben keine Versprechungen gemacht, sondern die Realitäten verändert. Und wir glaubten daran, dass das Volk, wenn ihm gegeben wird, antworten wird und bereit ist, seine Errungenschaften zu verteidigen.“

Erst ein halbes Jahr später, am 16. April 1961, erklärte Fidel vor bewaffneten Volksmilizen den sozialistischen Charakter der Revolution. Es war am Vorabend der von den USA unterstützten Invasion konterrevolutionärer Exil-Kubaner in der Schweinebucht. Dieser militärische Angriff wurde in den folgenden drei Tagen vollständig von den Kubanern niedergeschlagen.

# Frieden ist Terror und Opfer sind Täter

Kuba auf der Terrorliste

Von Marion Leonhardt

Anfang des Jahres haben 160 prominente Anwälte auf Initiative der „Allianz für Engagement und Respekt für Kuba“ (Alliance for Cuba Engagement and Respect, Acere) US-Präsident Joseph Biden in einem offenen Brief aufgefordert, Kuba von der Liste der staatlichen Terrorunterstützer (State Sponsors of Terrorism) zu streichen.

Zuvor hatten bereits 18 ehemalige Staatsoberhäupter, hunderte von zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie tausende von Bürgern ähnliche Forderungen an den US-Präsidenten gerichtet.

Donald Trump hatte die sozialistische Insel wenige Tage vor dem Ende seiner Amtszeit wieder auf die Liste setzen lassen. Zur Last legte man Kuba unter anderem die Unterstützung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduros sowie die Tatsache, als Garantiestaat (auf Wunsch der kolumbianischen Regierung wohlgermerkt) bei den Friedensverhandlungen mit den Farc-EP (ab 2012) und von 2017 bis zum Abbruch 2019 mit der ELN gewirkt zu haben. Somit verweigerte Kuba selbstverständlich die Auslieferung der ELN-Delegation.

Biden weigert sich bis jetzt, Kuba wieder von der Terrorliste zu streichen, obwohl es mehr als offensichtlich ist, dass es allein politisch motiviert war, Kuba wieder auf diese zu setzen: Außer Kuba sind nur Syrien, Nordkorea und der Iran auf dieser Liste. Die Begründungen dafür sind hahnebüchen, Biden gibt hier den Wünschen reaktionärer Exilkubaner in Miami nach.

Kürzlich verblüffte die kubanische Journalistin Liz Oliva Fernandez den Sprecher des US-Außenministeriums, Vedant Patel, als sie ihn fragte: „Warum steht Kuba auf der Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus, wenn Sie doch versu-



„Der Frieden Kolumbiens ist der Frieden unseres Amerikas.“ Foto: Voces

chen, mit ihnen im Kampf gegen den Terrorismus zusammenzuarbeiten?“ Er wich der Frage völlig aus und weigerte sich, Beispiele für kubanischen Terrorismus zu nennen.

Sogar kubafeindliche Mainstream-Medien in den USA haben berichtet, dass die Bezeichnung „Terrorist“ ein „Schwindel“ ist. NBC News schrieb: „Laut einem halben Dutzend Interviews mit ehemaligen Geheimdienstanalysten und Beamten, die sowohl in republikanischen als auch in demokratischen Regierungen an der Kuba-Politik gearbeitet haben, ist die ‚Konsensposition‘ in der US-Geheimdienstgemeinschaft seit Jahrzehnten, dass Kuba keinen Terrorismus sponsert.“

Kubas Außenminister Bruno Rodríguez machte mehrfach deutlich, was dies für sein Land bedeutet. Die Folgen für Kuba sind schwerwiegend und verschärfen die US-Blockade. Der wirtschaftliche, finanzielle, technische, soziale und kulturelle Austausch Kubas mit anderen Ländern wird damit erschwert bzw. verhindert.

Kubas Erscheinen auf der Liste bezeichnete Rodríguez als „finan-

ziell tödlich“. Kuba müsse dadurch für den Erwerb jeglicher Güter zwischen einem Drittel und der Hälfte mehr bezahlen.

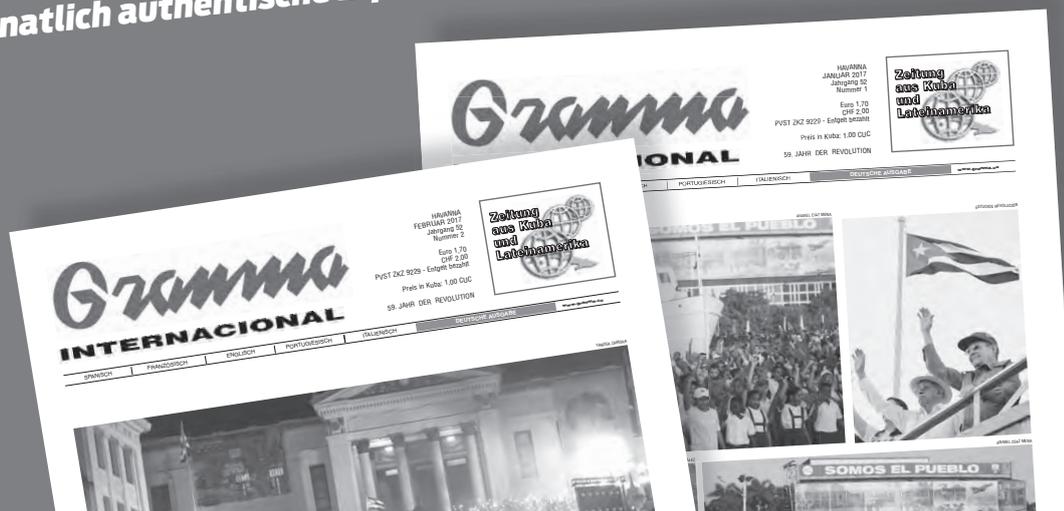
Massiv sind auch die Auswirkungen auf den Tourismus, so etwa für europäische Reisende in die USA. Denn die müssen nun ein Einreisevisum beantragen, wenn sie vorher in Kuba waren. Europäer, die in die USA reisen möchten, beantragen in der Regel im Rahmen des Visa Waiver Program die Einreisegenehmigung ESTA (Electronic System for Travel Authorization). Diese ist für zwei Jahre gültig. Das reicht nun bei vorheriger Kuba-Reise nicht mehr aus wegen Kubas Einstufung als „terrorfördernder Staat“. Dann muss man ein Visum für die Einreise in die USA beantragen. Das Ziel ist klar: Unsicherheit schüren und den kubanischen Tourismussektor treffen.

Außenminister Rodríguez hob hervor, dass die Blockade „eine dauerhafte Pandemie, ein dauerhafter Hurrikan“ gegen Kuba sei. Auf diese Weise sei Kuba Opfer von Terrorismus – von Staatsterrorismus der USA und von US-finanzierten Aktionen – geworden, betonte er.

Anzeige

# Granma Internacional bestellen!

Monatlich authentische Informationen aus Kuba – in deutscher Sprache



- unter [www.jungewelt.de/granma](http://www.jungewelt.de/granma)
- per Abotelefon: 0 30/53 63 55-80/-81/-82
- oder nutzen Sie untenstehenden Coupon

Einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH/Granma, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-48.

**Ja, ich bestelle die deutschsprachige Ausgabe der Zeitung *Granma Internacional* für mindestens ein Jahr.**

Das Abo verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn ich es nicht sechs Wochen vor Ende des jeweiligen Liefer-/Rechnungsjahres (Poststempel) bei Ihnen kündige. Für Lieferungen ins Ausland werden 5,00€/Jahr Zusatzporto berechnet.

Frau  Herr Cuba libre

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Land

Telefon/E-Mail

Ich bestelle das  Normalabo (18 €/Jahr)  Förderabo (33 €/Jahr)

Das Abo bezahle ich per Rechnungslegung

Datum/Unterschrift

Kolumne

## Jorgitos Log

Trojanische Pferde vor den Toren Kubas

Von Jorge Enrique Jerez Belisario

Mit den von Barack Obama nach dem 17. Dezember 2014 initiierten Veränderungen eröffnete sich in Kuba ein neues politisches Szenario, das darauf abzielte, den Feind zu verwischen und die politische Mitte als Lösung zu präsentieren, d. h. die extremen Positionen beider Seiten zu verwerfen. Zu diesem Zweck wurde eine als „Dritter Weg“ bekannte Alternative vorgestellt.

Die Denkfabriken dieses Dritten Weges versuchen, Staat und Regierung als Elemente einer modernen Gesellschaft zu verteufeln und sie als unfähig darzustellen, gesellschaftlichen Wohlstand zu gewährleisten.

Angesichts dieser Situation rufen sie die Bürger Kubas dazu auf, sich nicht aus einer revolutionären Perspektive in die Realität ihres Landes einzumischen und zugleich offensichtlich reaktionäre Positionen zu vermeiden, sich nicht im politischen Diskurs der beiden Extreme zu polarisieren und eine Position der „aktiven Neutralität“ zu bewahren.

In diesem Zusammenhang wurde in Kuba vor allem in den digitalen Medien die Idee eines „politischen Zentrismus“ angesichts der durchschlagenden Misserfolge und der Diskreditierung der traditionellen Konterrevolution gefördert. Das Interesse, Einfluss auf die kubanische Jugend auszuüben, hat zur Entstehung einer Reihe so genannter „neuartiger“ Websites geführt, die das kubanische Modell nicht direkt angreifen; ihr Inhalt ist attraktiv und sie arbeiten mit prominenten Fachleuten aus den Bereichen Kommunikation, Kultur und anderen sozialwissenschaftlichen Fachgebieten zusammen.

Diese Websites präsentieren sich gerne als alternative Medien. Diese Bezeichnung wird seit den 1960er Jahren für soziale Bewegungen verwendet, die einen Raum außerhalb der konventionellen Kommunikation besetzen und somit Themen, Ansätze, Bilder und Praktiken eines praktizierenden Journalismus zeigen, die sich von denen der Massenmedien unterscheiden. Dabei präsentieren sie sich als einen antihegemonialen Informationsansatz, der darauf abzielt, den vorherrschenden Diskurs zu verändern.

Aber was für eine Alternative stellen sie wozu dar, wenn ihre Positionen, wenn auch auf subtilere Weise, mit denen der großen Medienmonopole und der Mainstream-Presse gegen Kuba übereinstimmen?

Zwei dieser Websites mit dem größten Einfluss innerhalb Kubas, die auch als nicht-konfrontativ bezeichnet werden, sind El Toque und El Estornudo. Obwohl sie offensichtlich keine direkte Auseinandersetzung mit dem Staat suchten, waren sie an mehreren der Medienangriffe gegen Kuba beteiligt. Ihr Diskurs zeugt von bestimmten Strukturen und Strategien, die ihre Behauptung, sie würden eine unparteiische und unpolitische Darstellung bieten, als Schutzbehauptung entlarven.

So erhielt El Toque beispielsweise mehr als 200.000 Dollar von den europäischen Botschaften in Havanna. Zu den wichtigsten Geldgebern im untersuchten Zeitraum gehörte die Norwegian People's Aid, eine dem norwegischen Außenministerium unterstellte Nichtregierungsorganisation, Mitglied der Europäischen



Die Kubanische Revolution schreibt unglaubliche Geschichten. Jorge Enrique Jeréz Belisario kam 1993 mit einer schweren spastischen Lähmung auf die Welt. Er selbst sagt, dass es Jorgito el Camagüeyano nur deshalb heute noch gibt, weil er unter der schützenden Hand der Revolution aufwachsen konnte. So verwirklichte er seinen Lebensraum und studierte Journalismus. Jorgito war einer der wichtigsten Aktivisten im Kampf für die Freilassung der „Cuban Five“. Besonders verbunden ist er Gerardo Hernández, dessen Rückkehr nach Kuba er im Dezember 2014 feiern durfte. Der Dokumentarfilm „Die Kraft der Schwachen“, der Jorgitos Leben erzählt, ist über die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba erhältlich.

Jorgito bloggt regelmäßig auf <http://jorgitoxcuba.net>.

Die CUBA LIBRE ehrt er mit einer regelmäßigen Kolumne, deren aktuelle Ausgabe wir im Folgenden abdrucken.

Plattform Alliance 2015, deren Hauptverantwortliche Büros in Nicaragua hatten und den Staatsstreich in dem mittelamerikanischen Land finanzierten.

Im Jahr 2015 wurde von der deutschen Tageszeitung taz in Kooperation mit der Panther-Stiftung und mit Unterstützung deutscher Parteien die erste Gruppe

von kubanischen Journalismus-Studierenden in Deutschland ausgebildet. Die Mitglieder dieser Gruppe wurden kurz darauf in den Redaktionen von El Toque und einem anderen Medium tätig: El Estornudo.

2011 ging Radio Nederland mit Sergio Acosta Peña, einem in den Vereinigten Staaten lebenden Kubaner, der kubanische Journalisten ausbildete, nach Kuba, und als El Toque (2013) und El Estornudo (2014) herauskamen, diente er als Finanzierungsbrücke zwischen den beiden.

Das National Democratic Institute (NDI), das International Center for Journalists (ICFJ), das Institute for War and Peace Reporting (IWPR) des Vereinigten Königreichs und die Nichtregierungsorganisation Open Society Foundations, die von der schwedischen Menschenrechtsstiftung und der Gabriel García Márquez Foundation for Latin American Journalism unterstützt werden, haben sich ebenfalls an der Finanzierung von El Toque und Estornudo beteiligt. Auf diese Weise erhielt El Estornudo pro Jahr 15.000 Dollar. Zu diesem Programm gehörte auch eine Versicherungsgesellschaft mit Sitz in El Salvador, die die Ausgaben kontrollierte.

Die Alternative ist nach diesen Medien zu urteilen nicht mehr die, in der das Geld klein ist, in der die Hegemonie oder der Markt kritisiert werden; in dieser Alternative werden der American Way of Life, die Werte der repräsentativen Demokratie amerikanischer Prägung gefördert, und ihr Diskurs macht sie zu Promotoren der kapitalistischen Restauration.

Im Rahmen dieser Politik veranstaltete die US-Regierung am 12. und 13. September 2016 die erste Konferenz über die sogenannte freie Nutzung des Internets in Kuba, die vom US-Büro für die Rundfunkausstrahlung nach Kuba organisiert wurde.

In den letzten Jahren wurde im Internet ein System von fremdfinanzierten Publikationen aufgebaut, das darauf abzielt, Schlüsselbereiche der Gesellschaft zu beeinflussen, um innerhalb von Institutionen als trojanische Pferde für US-Interessen zu agieren.

Es sei daran erinnert, dass Donald Trump, als er am 20. Januar 2017 sein Amt als Präsident der Vereinigten Staaten antrat, entschlossen war, zur alten Rhetorik der Konfrontation zurückzukehren. Damals gab es trotzdem Medien, die weiterhin auf die unter Obama eingeführten neuen Strategien setzten und von Machtgruppen getragen wurden, die den „Annäherungskurs“ unterstützten. Es wäre eine Untersuchung notwendig, um zu zeigen, dass es sich dabei nicht um eine Alternative handelt, sondern dass der Kommunikationszweck derselbe ist, nämlich, die kubanische Realität zu demontieren.

Diese neuen Strategien zum Sturz der kubanischen Revolution setzen auf einen Diskurs über einen sanften Staatsstreich und den nicht-konventionellen Krieg. Dabei werden die relevanten sogenannten Sozialen Netzwerke (so wie auch das Internet als solches) technisch gesehen in den USA kontrolliert. Um den ideologischen, politischen und legitimatorischen Fokus der Interessen derjenigen zu verstehen, die die ideologische Aushöhlung der Revolution vorantreiben wollen, ist es notwendig, diese Ansätze kommunikationswissenschaftlich zu untersuchen.

Alternative Medien können als unabhängige Informationskanäle definiert werden, die weder eine Informationsagentur noch ein als Unternehmen organisiertes Massenmedium darstellen. Die Geldspur derjenigen, die diese neue Art von Medien, die gegen Kuba eingesetzt werden, finanzieren, passt jedoch nicht zu diesen Definitionen.

In diesem Kontext der Ablehnung von Extremen und der För-

derung von Positionen „der Mitte“ entsteht ein Mediennetzwerk, das versucht, die US-Vision von Demokratie in Kuba zu legitimieren. Mit dieser Strategie erreichen sie die sozialen Netzwerke mit verzerrten Versionen von fast allem, was auf der Insel passiert.

Oncuba, CiberCuba, ADN Cuba, Cubanos por el Mundo, Cubita Now, Cubanet, Periodismo de Barrio, El Toque, El Estornudo und YucaByte, die sich selbst als unabhängige oder alternative Medien bezeichnen, haben etwas gemeinsam: Alle ihre Direktoren leben im Ausland, die meisten von ihnen in den Vereinigten Staaten selbst, und ihre Kommunikationsstrategien vertreten letztendlich die Interessen der Machtgruppen im Norden des Landes. Aus ihrer „Neutralität“ heraus versuchen sie, ausländische Modelle zu verteidigen und das kubanische Modell zu delegitimieren.

Die US-Kommission zur Unterstützung eines freien Kubas legte im Juni 2004 die wichtigsten subversiven Linien gegen die Insel dar, zu denen auch die Förderung von Medienprojekten gehörte, die den Interessen des Regimewechsels entsprachen. Um zügig Finanzmittel zu erhalten, haben sich mehrere dieser digitalen Publikationen in anderen Ländern registrieren lassen und werden von Nichtregierungsorganisationen finanziert. Die Wahrheit ist jedoch, dass das Außenministerium, die USAID und die Nationale Stiftung für Demokratie (NED) diejenigen sind, die diese Medienmaschine finanzieren, die von mehr als 500 Millionen Dollar profitiert hat, die das Weiße Haus und der Kongress in den letzten 20 Jahren für die Subversion in Kuba bereitgestellt haben.

El Toque ist über das in Polen ansässige Kollektiv Más Voces eine Erweiterung von Radio Nederland. El Estornudo wurde in Kuba gegründet und dann in Mexiko als NGO legalisiert.

Ein Beispiel dafür, dass die Ziele die gleichen bleiben, war die Ankunft von Carlos Manuel Álvarez, dem Direktor von El Estornudo, am 24. November in Kuba, um an der Medienmontage von San Isidro teilzunehmen.

Der kubanische Amerikaner Aimel Ríos Wong, Leiter des Kuba-Programms, der die bewilligten Mittel für den Abbau ideologischer und kultureller Paradigmen von außerhalb und innerhalb der Insel verteilt, sticht in diesem Entwurf des NED hervor.

Sie wählen die führenden Köpfe aus, bilden sie aus, belohnen sie, finanzieren sie, regen sie an, machen sie sichtbar, vernetzen sie, ermächtigen sie, leiten sie an und geben ihnen Raum und Plattformen. Mit anderen Worten: Niemand muss ihnen vorschreiben, was sie zu schreiben haben, denn sobald sie ausgewählt und finanziert sind, haben sie innerlich bereits die Richtung vorgegeben.

In Kuba haben die Menschen immer mehr Zugang zum Internet, und der Krieg um dieses Medium hat zugenommen und ist organisierter geworden, weil die Möglichkeit, bestimmte Teile der Bevölkerung mit dieser Art von Medienmanipulation zu erreichen, zugenommen hat.

Aus öffentlichen Quellen der US-Regierung geht hervor, dass diese Mittel in den letzten Jahren aufgestockt wurden, als der kubanische Staat gerade Fortschritte bei der Umgestaltung des neuen Wirtschafts- und Sozialmodells machte. Zusammen mit der Auferlegung restriktiver wirtschaftlicher Maßnahmen und dem komplexen epidemiologischen Szenario von COVID-19 haben sich diese Medien darauf ausgerichtet, die Verwaltung der kubanischen Regierung zu diskreditieren und das Sozialsystem zu delegitimieren.

Die Meinungsmatrizen werden geschaffen, um die bestehende Unzufriedenheit in Bezug auf be-

stimmte Themen zu steuern und sie gegen die Regierung, den Sozialismus und das politische System zu richten. Außerdem sollen sie in Kuba ein freizügiges Denken hervorbringen, das sich auf den Liberalismus beruft, der Ideologie des Kapitalismus.

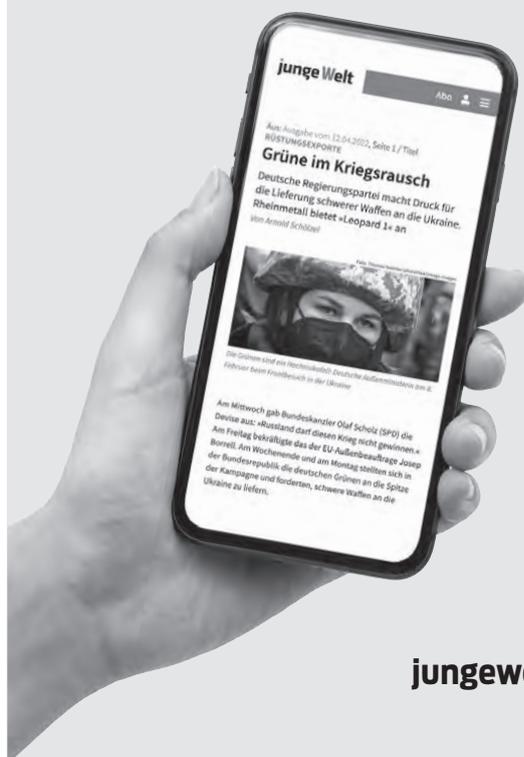
Übersetzung: Tobias Kriele



Anzeige

[www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)

# Wie Anna\_log, nur digital.



Jetzt bestellen!  
**3 Monate  
für 18 Euro\***

\*Abo endet automatisch,  
muss nicht abbestellt  
werden.



[jungewelt.de/onlineaktion](http://jungewelt.de/onlineaktion) ●  
030 / 53 63 55-80 ●  
[abo@jungewelt.de](mailto:abo@jungewelt.de) ●

DIE TAGESZEITUNG  
**junge Welt**



**Augsburg:** Franz Egeter,  
Berliner Allee 22 B, 86153 Augsburg  
E-mail: augsburg@fgbrdkuba.de

**Berlin:** Jan Schulze-Husmann,  
E-mail: berlin@fgbrdkuba.de  
Homepage: www.fgbrdkuba-berlin.de

**Bonn:** Luiz Fernando Moser,  
Lengsdorfer Straße 35, 53127 Bonn

## regionalgruppen und lokale ansprechpartner/innen

E-mail: lfernandomoser@gmail.com  
Homepage: www.fgbrdkuba.de/bonn

**Bremen:** Elka Pralle, Blücherstr. 3, 28203 Bremen  
E-mail: Elka.Pralle@gmx.de

**Duisburg/Mülheim/Oberhausen:**  
Richard Höhmann-Rölle und Silvia Rölle  
E-mail: kuba@hoehmann-roelle.de

**Düsseldorf:** Jürgen Kelle,  
Sistenichstraße 3, 40597 Düsseldorf  
E-mail: duesseldorf@fgbrdkuba.de

**Erfurt/Eisenach/Leipzig:** Roland Wanitschka,  
Windmühlenweg 33, 04107 Leipzig  
E-mail: roland.wanitschka@t-online.de

**Essen:** Carola Wollweber  
E-mail: fg-essen@outlook.de

**Frankfurt a.M.:** Willi Gerhard,  
Anne-Frank-Str. 3, 60433 Frankfurt  
E-mail: frankfurt@fgbrdkuba.de  
Homepage: www.fgbrdkuba.de/frankfurt

**Freiburg:** Carmen Giesin,  
Weinbergstr. 6, 79111 Freiburg  
E-mail: carmengiesin@gmx.de

**Gelsenkirchen:** Christa Grewe,  
Festweg 12, 45886 Gelsenkirchen  
E-mail: grewechr@aol.com

**Gießen:** Erika Beltz,  
Diezstraße 7, 35390 Gießen  
eumbeltz@aol.com

**Göttingen:** Gunnar Siebecke,  
Harzstr. 13, 37081 Göttingen  
E-mail: goettingen@fgbrdkuba.de

Homepage: www.fgbrdkuba.de/goettingen

**Hamburg:** Wolfgang Mix,  
Holstenplatz 10, 22765 Hamburg  
E-mail: hamburg@fgbrdkuba.de

**Herford/Ostwestfalen:** Peter Knappe  
Stiftskamp 10, 32049 Herford  
E-Mail: peter-knappe0726@riseup.net

**Idar-Oberstein:** Karin Gottlieb,  
Frinkenstraße 9, 55743 Idar-Oberstein

**Karlsruhe:** Roland Armbruster,  
Wilhelmstr. 85, 76137 Karlsruhe  
E-mail: Roland.Armbruster@t-online.de

**Koblenz:** Robert Peiter,  
Friedrichstr. 7, 56333 Winnigen

**Köln:** Dieter Hehr, Wichterichstr. 34, 50937 Köln,  
E-Mail: dieter.hehr@koeln.de

**Mainz:** Tobias Kriele, Lauterenstr. 28, 55116 Mainz  
E-mail: mainz@fgbrdkuba.de

**Mannheim/Rhein-Neckar:** Barbara Caroli-Buch,  
Gneisenastr. 18, 68259 Mannheim  
E-mail: barbara@muellerweb.de

**München/Südbayern:** Werner Ströhlein,  
Knorrstraße 83 a, 80807 München  
E-mail: stroehlein-sanchez@t-online.de

**Nürnberg:** Marianne Schweinesbein,  
Sielstr. 6, 90429 Nürnberg  
E-mail: schweinesbein@t-online.de

**Regensburg:** Bernhard Ostermeier,  
Mariaorterstr. 9, 93161 Sinzing  
E-mail: bernhard.ostermeier@web.de

**Saarbrücken:** Volker Jung,  
Ottweiler Str. 4, 66113 Saarbrücken

**Stuttgart:** Reiner Hofmann,  
Rohrdommelweg 6, 70378 Stuttgart  
E-mail: Reiner\_Hofmann@t-online.de  
Homepage: www.fgbrdkuba.de/stuttgart

**Würzburg:** Michael Meyer,  
Rückertstr. 7, 97072 Würzburg  
E-mail: cubasoli@onlinehome.de

# Lieferbare Materialien

Gruppen der FG BRD - KUBA e.V.  
erhalten 30 Prozent Rabatt,  
15 Prozent auf Bücher und Zeitschriften

	Preis
<b>Pins, Feuerzeuge, Schlüsselanhänger, Aufkleber</b>	
Pin mit Che-Porträt, rot-schwarz, rund, 2 cm	2,50 €
Pin Kubaflagge, farbig, 1 x 2 cm	2,00 €
Freundschaftspin Flaggen BRD-Kuba, farbig, ca. 1 x 3 cm	2,50 €
Feuerzeug mit Che-Motiv, verschiedene Farben und Feuerzeug „Havanna“	1,50 €
Schlüsselband mit Karabinerhaken, rot mit Che-Aufdruck, ca. 90 x 2 cm	2,50 €
Schlüsselband mit Karabinerhaken weiß, Flaggenaufdruck BRD - Kuba farbig, ca. 90x2 cm	2,50 €
Aufkleber m. Che-Motiv, rund, rot-schwarz, 5 cm	0,60 €
Aufkleber Kubaflagge, 9 x 7 cm	1,00 €
Aufkleber „No Más Bloqueo“	0,20 €
<b>Fahnen, Textilien</b>	
Kubafahne, 90 x 150 cm, m. Ösen	12,00 €
Kubafahne m. Che-Motiv, 90x150 cm	12,00 €
Fahne M-26-07, 90 x 150 cm	17,00 €
Che-Baretts, schwarz/ olivgrün wendbar	12,00 €
<b>Bücher</b>	
Ernesto Che Guevara: Kubanisches Tagebuch	14,00 €
Volker Hermsdorf: Fidel Castro (2018)	9,90 €
Volker Hermsdorf, Paula Klattenhoff u.a. (Hrsg.): Kuba im Wandel (2017)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Havanna. Kultur - Politik - Wirtschaft (2015)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Raul Castro - Ein Leben für die Revolution (2016)	16,00 €
Volker Hermsdorf: Kuba - Aufbruch oder Abbruch? (2016)	10,00 €
Volker Hermsdorf: Die Kubanische Revolution - Basiswissen (2015)	9,90 €
Volker Hermsdorf, Hans Modrow: Amboss oder Hammer. Gespräche über Kuba (2015)	16,00 €
H.C. Morales: Ein Gespräch unter Freunden. 56 Fragen an Heinz Langer (2014)	7,00 €
H.W. Hammer / F. Schwitalla: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker. 20 Jahre Netzwerk Cuba e.V. (2013)	12,00 €
Raúl Capote: Der andere Mann in Havanna (2019)	15,00 €
H. Langer: Mit Bedacht, aber ohne Pause. Zur Entwicklung in Kuba (2011)	10,00 €
H. Langer: Zärtlichkeit der Völker - die DDR und Kuba (2010)	9,50 €
André Scheer: Che Guevara, Basiswissen	9,90 €

	Preis
E. Panitz: Comandante Che - Biographische Skizze (Neuaufgabe)	10,00 €
R. + U. Fausten: Helden der freien Welt - Dissidenten in Kuba (2007)	5,00 €
E.F. Fürntratt-Kloep: Unsere Herren seid Ihr nicht! Das politische Vermächtnis des Fidel Castro	10,00 €
mediCuba-Schweiz: Schweizer Banken gegen Kuba - Chronik eines amtlich beglaubigten Skandals	10,00 €
Wolfgang Mix: Kubas Internationalismus, Angola 1975-1991	10,00 €
Paco Ignacio Taibo II: CHE - die Biographie des Ernesto Guervara	28,00 €
mediCuba-Suisse (Hrsg.): Kuba macht es vor; Solidarisch für das Recht auf Gesundheit weltweit	18,80 €
Jürgen Kupfer: Kubas Weg zur kostenlosen Bildung für alle (2018)	17,95 €
Das trikontinentale Solidaritätsplakat; reduzierte Restexemplare 70,- €,- statt 150,- €	70,00 €
Nicht vergessen - Grenada 1983	10,00 €

## CD / DVD

CD „Música y Revolución“	5,00 €
DVD „Wo der Himmel aufgeht“, Dokumentarfilm Kuba/ BRD 2018, 45 Minuten, Deutsch/ Spanisch mit Untertiteln	12,00 €
DVD „Zucker und Salz“ - Rückblick vier kubanischer Freundinnen auf 50 Jahre Revolution (OmU)	10,00 €
DVD „La Clave“ - Das Geheimnis der kubanischen Musik (Spanisch, Untertitel: Deutsch/Englisch)	12,00 €
DVD „Wege der Revolution - Fidel Castro“ (OmU)	7,00 €

## Zeitschriften / Zeitungen

<b>Cuba Libre - Zeitschrift der FG BRD-Kuba e.V.</b>	
Einzelpreis	3,50 €
Jahresabo (4 Ausgaben)	12,50 €
Bezug für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten	
Kostenlose Zusendung eines Probe-Exemplars	

<b>Granma Internacional</b>	
<b>Zeitung für Kuba und Lateinamerika</b>	
deutsche Ausgabe - monatlich - Jahresabo seit 1. 1. 2017 über Verlag 8. Mai	18,00 €

**Verleih von Spielfilmen und politischen Filmen aus Kuba und Lateinamerika auf Anfrage**

**FG BRD-Kuba e.V.**  
Maybachstr. 159, 50670 Köln  
Tel.: 0221 - 2 40 51 20 • Fax: 0221 - 6 06 00 80  
info@fgbrdkuba.de  
Alle Preise plus Porto und Verpackung  
Vorauszahlung vorbehalten

In unregelmäßigen Abständen veröffentlichen wir in CUBA LIBRE Beiträge aus der Diskussion in Kuba über den weiteren Weg des Sozialismus und der Revolution. Dabei geht es vielfach um die Rolle, die den privatwirtschaftlichen Akteuren zukommen soll oder darf, um die Ausgestaltung der Planwirtschaft, die sozialistische Demokratie und andere Fragen. Dabei fällt die Offenheit und Klarheit der Argumentationen auf, aber auch die zunehmende Schärfe, die sich in der Debatte zeigt. Womöglich spiegelt sich in ihr die Zuspitzung der ökonomischen und politischen Widersprüche auf Kuba wider, die eben auch mit der erwähnten verstärkten privaten Aneignung von Produktionsmitteln in Zusammenhang stehen.

Wir dokumentieren im Folgenden einen Text der Journalistin und Universitätsprofessorin Karima Oliva, welcher ein nachdrückliches Beispiel für diese Diskussionskultur abgibt. Wir haben als Redaktion einen Moment gezögert, den Beitrag zu veröffentlichen. Es gab Bedenken, er könnte als eine Anklage der kubanischen Regierung missverstanden werden. Überwogen hat aber das Vertrauen, dass die kubagebildete CUBA LIBRE-Leserschaft diesen Debattenbeitrag als ein Ringen um die Verteidigung des Sozialismus einzuordnen weiß.

Tobias Kriele

## Kubanischer Sozialismus

von Karima Oliva

1. Die wirtschaftlichen Veränderungen verlangen, dass wir darüber nachdenken, wie sie die Fortsetzung des Sozialismus belasten. Das ist etwas, was nicht unter den Teppich gekehrt werden darf.

Das gesellschaftliche Projekt, welches im Januar 1959 in Kuba seinen Anfang nahm, hätte viel mehr erreichen können, wenn man es denn gelassen hätte. Auch so stellt es die größte Errungenschaft dar, die in unserer Region auf dem Weg erreicht wurde, die Träume der Gründerväter, unter ihnen Martí, zu verwirklichen: Eine Gesellschaft mit den einfachen Leuten für die einfachen Leute aufzubauen, frei von den üblichen Formen der strukturellen Gewalt des Kapitalismus und den Bestrebungen von Eliten oder Gruppen mit bourgeoisen Interessen.

Dieses Vorhaben, welches in Kuba eine beispiellose Verwirklichung fand und die fortschrittlichsten Bewegungen der Welt jahrzehntelang inspirierte, steht heute vor schwierigen Herausforderungen, von deren Bewältigung sein Fortbestand abhängt.

Der wichtigste Faktor, der für die derzeitige Situation auf der Insel verantwortlich ist, ist der Wirt-

schaftsterrorismus, der das Land seit 60 Jahren plagt und aufgrund der aufrechterhaltenen materiellen Bedürfnisse einen erheblichen Verschleiß auf verschiedenen Ebenen verursacht, einschließlich hinsichtlich der Stimmung der Menschen. Dies sollte die Grundlage für jede Analyse Kubas sein.

Die durch die Blockade fabrizierte Lüge, dass der Sozialismus wirtschaftlich gescheitert sei, verleitet zu der Annahme, dass es keine Alternative zum freien Markt und zu seiner Wiedereinführung gibt. Vor diesem Hintergrund scheint es undurchführbar, den radikalen Charakter des kubanischen Sozialismus aufrechtzuerhalten. Dies war jedoch die Grundvoraussetzung für die Errungenschaften der Freiheit, der Souveränität, der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit, die wir Kubaner trotz wirtschaftlicher Beschränkungen jahrzehntelang genießen konnten. Zugleich wurde die Welt um uns herum durch die in den 1970er Jahren begonnene und bis heute anhaltende neoliberale Politik für die Mehrheit der Menschen immer unsicherer, ungerechter und ungleicher.

Der Versuch unserer Gegner, die Radikalität unseres Sozialismus zu

verteufeln, findet Widerhall in einer durch die interne Wirtschaftssagenda verdünnten Atmosphäre, angesichts der ideologischen Zaghaftigkeit unserer politischen Kommunikation und mit der Komplizenschaft derjenigen, die von innen heraus eine offene Kampagne führen, um jede Position als Fundamentalismus (und anderes) zu disqualifizieren, die eine Berücksichtigung der kulturellen, soziopolitischen und ideologischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Veränderungen einfordert.

Die Veränderungen des (Sozialismus-) Modells, die beschlossen wurden, um die durch die Blockade ausgelöste Krise zu überwinden, indem die Förderung des Privatsektors beschlossen wurde, bringen offensichtliche Widersprüche zur Kontinuität des Sozialismus hervor. Ich teile nicht den Standpunkt, vor diesen Widersprüchen die Augen zu verschließen. Umgestaltungen sind notwendig. Wir sollten den Privatsektor nicht verteufeln, ihn aber auch nicht idealisieren.

Das Privatkapital wird für sich selbst Reichtum schaffen, aber es wird keines der Probleme des Volkes allein und aus freien Stücken lösen, wenn das Volk nicht die Me-



„... wieder hätten wir kein anderes Dilemma als das, mit dem wir den revolutionären Kampf begonnen haben: das um Freiheit oder Tod. Nur bedeutet Freiheit jetzt noch mehr: Freiheit bedeutet Heimat. Und unser Dilemma wäre Heimat oder Tod!“, sagte Fidel am 5. März 1960 nach einem Sabotageakt auf den französischen Frachter La Coubre im Hafen von Havanna mit vielen Toten und Verletzten. Dieser Anschlag gilt als Auslöser für die in der Folge vom Auslandsgeheimdienst CIA koordinierte Strategie der USA, die kubanische Regierung mit Gewalt zu stürzen

chanismen findet, um es zu begrenzen und die Verwaltung des geschaffenen Reichtums zum Wohle der Allgemeinheit zu beeinflussen. Die kubanischen Institutionen müssen zu einem Vehikel für beides werden; das ist die große Herausforderung, wenn man weiterhin sozialistisch sein will.

Die Steuerhinterziehung (wie diese durch den Staat kontrollieren?), die prekäre und informelle Auftragsvergabe (wie diese durch den Staat kontrollieren?), das übermäßige Profitstreben auf Kosten der Vermarktung der Bedürfnisse des Volkes (dito), die Anhäufung von Reichtum in den Händen einiger weniger im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Engpässen der Mehrheit, die Wucherpreise und die wachsenden Ungleichheiten (dito) sind nicht weniger wahr, nur weil wir nicht über sie sprechen.

2. Die Schaffung einer Kultur des Sozialismus ist eine Notwendigkeit ersten Ranges in dem neuen Szenario, welches durch den Aufschwung des Privatsektors geschaffen wurde.

Zum ersten Mal werden die Bedingungen für die Beziehung von

Privatkapital, Medien und politischer Macht geschaffen. Welche Auswirkungen dies auf den Sozialismus hat, ist eine Frage, die wir unbedingt klären müssen.

Was mit dem Gesetzesentwurf zur sozialen Kommunikation geschehen ist, der überarbeitet werden musste, weil Bedenken aufkamen, die seine Verabschiedung in der Versammlung verzögerten, ist ein Ausdruck der Widersprüche, die sich abspielen.

Was die Kommunikation betrifft, versucht ein technizistischer Ansatz derzeit, sich als neuartig darzustellen, obwohl er letztendlich das alte Schema der kommerziellen Werbung kopiert. Die Behandlung wichtiger politisch-ideo-

logischer Fragen wird vermieden, um das Vorankommen der wirtschaftlichen Agenda nicht zu problematisieren. Der Unfug, inmitten eines ideologischen Krieges die Beschäftigung mit der Ideologie für überflüssig zu halten, zusammen mit dem Rückzug von Positionen, sind Tendenzen, die eine kritische Überprüfung verdienen. Vor allem braucht es eine Analyse, die die auf den Parteitagen mit großer Klarheit verteidigte Ansicht berücksichtigt, wonach der Ideologie eine grundlegende Rolle zukommt.

Wir erleben derzeit ein Bekenntnis zu einem politischen Konsens, der sich als Loyalität gegenüber der Regierung und nicht unbedingt gegenüber dem Sozialismus, als nationalistisch und nicht unbedingt kommunistisch versteht. Auf der medialen Ebene schlägt sich das in der Unterstützung derjenigen nieder, die die Realität nicht problematisieren und sich auf eine Öffentlichkeitsarbeit beschränken, die nicht vom politisch Bequemen abweicht. Sie impliziert mitunter sogar die Unterstützung von Personen, die dilettantische, sozialdemokratische und liberale Positionen vertreten (was eine Distanzierung

von radikalen revolutionären Positionen erfordert). Dazu gehört auch die Förderung von Kampagnen ohne ideologische Bedeutung; die Vermeidung jeglicher Art von Polemik oder Problematisierung, was zu einer Demobilisierung des politischen Bewusstseins und des revolutionären Denkens führt; obwohl diese Positionen auf bestimmten Ebenen die Einheit fördern, senden sie zugleich eine verwirrende Botschaft und schwächen die führende Rolle, welche die kubanische Verfassung der Partei zuweist.

Die moderate Ausdrucksform der Regierung ist verständlich, sollen so doch mehr Menschen, unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung, erreicht werden. Aber diese inhaltliche Abschwächung sollte durch die Stärke und Entschlossenheit des Diskurses der Partei bei der ideologischen Stärkung des Weges zum Sozialismus ausgeglichen werden.

Wir sehen in diesem fehlenden Gleichgewicht zwischen dem wirtschaftlichen Impuls auf der einen Seite und der Aufmerksamkeit für die soziopolitischen, kulturellen und ideologischen Auswirkungen auf der anderen Seite einen potenziellen Rückschlag. Wir werden stets die revolutionäre Regierung und die kommunistische Partei als Mittel zum Aufbau der sozialistischen Alternative verteidigen. Ohne eine revolutionäre Regierung und ohne eine kommunistische Partei, die den Sozialismus verteidigen, würde das Volk auf eine Weise verwundbar werden, wie es das seit 60 Jahren nicht mehr erlebt hat. Die Auswirkungen dessen könnte man sich nicht vorstellen.

Es steht nirgendwo geschrieben, wie man den Sozialismus aufzubauen hat. Wie man ihn zerstört, ist dagegen bereits erprobt. Parallel mit den wirtschaftlichen Veränderungen ist es daher notwendiger denn je, die Ausübung einer zugunsten der Revolution engagierten Kritik zuzulassen. Es ist not-

wendig, eine Denkweise zu entwickeln, die sich ihrer Radikalität nicht schämt, die als Instrument zum Durchdenken der Widersprüche dient und uns bei der notwendigen Veränderung anleitet, ohne andere Realitäten zu kopieren. Diese Denkweise muss auf einem praktischen und effektiven Engagement für die Kontinuität des kubanischen Sozialismus beruhen, und darf nicht nur auf der Ebene des Diskurses stattfinden.

Es ist notwendig, eine Kultur des Sozialismus zu fördern. Diese Kultur kann nicht nur antikolonial sein, sie muss antikapitalistisch sein, denn der Kolonialismus begann als Instrument des Kapitalismus und ist es immer noch.

3. Die Partei und die Regierung sind Instrumente, um die Rechte des Volkes durch die Verteidigung des Sozialismus durchzusetzen.

Die Ergebnisse der letzten Wahlen zeigen, dass das Volk immer noch den Institutionen Anerkennung zollt, die von der Revolution unter der Anleitung von Fidel und der Generation, die ihn begleitete, geschaffen wurde, dem Ergebnis von sechzig Jahren kontinuierlicher Investitionen in soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Sicherheit, Bildung, Gesundheit und Kultur. Die Menschen wollen sich vor allem wirtschaftlich verbessern, aber sie wollen nicht den erreichten Zustand von Gerechtigkeit und Sicherheit opfern.

Jeder Kubaner, unabhängig von seinem Bildungsniveau, seiner sozialen und beruflichen Stellung, seiner Hautfarbe, seinem Geschlecht, seinem Einkommen, einfach nur weil er geboren wurde, muss weiterhin das unveräußerliche und freie Recht auf Gesundheitsversorgung, Bildung, Nahrung, Unterkunft, Trinkwasser, Zugang zu öffentlichen Räumen, würdige Arbeit und bürgerliche Sicherheit zu gleichen Bedingungen wie jeder andere Kubaner genießen.

Jeder Kubaner hat das Recht, dass die Früchte seiner Arbeit in die Verbesserung der Qualität der von ihm genutzten Dienstleistungen und öffentlichen Güter sowie in die Verbesserung seiner Lebensqualität investiert werden und nicht in den Händen bestimmter Sektoren landen, die allmählich eine privilegierte Klasse oder eine Wirtschaftselite bilden. Wir haben die durch die Blockade verursachten Engpässe verstanden. Aber die Engpässe, die mit dem Akkumulationsstreben bestimmter Gruppen zu erklären sind, werden wir nie verstehen.

Jeder Kubaner hat das Recht, dass strategische natürliche Ressourcen wie Wasser, Bodenschätze und die grundlegenden Produktions- und Kommunikationsmittel in gesellschaftlichem Besitz sind und dem Gemeinwohl dienen.

Jeder Kubaner hat das Recht, dass die Regierung und die von der sozialistischen Revolution geschaffene Partei Instrumente sind, um diese eroberten Rechte bis zur letzten Konsequenz zu verteidigen, notfalls über die Verteidigung der Interessen des Privatkapitals auf der Insel hinaus. Bis 1959 waren diese Rechte das Privileg bestimmter Familien und nicht des ganzen Volkes.

Von 1959 bis heute haben wir mit Stolz die Bemühungen der kubanischen Regierung beobachtet, das Land unter schwierigsten Bedingungen aller Art voranzubringen und notwendige ausländische Investitionen zu erreichen, ohne es dadurch an das nationale oder transnationale Privatkapital zu verkaufen (wie auch immer dieses sich nennt). Dafür haben wir den Sozialismus.

Die US-Blockade hat immer ein Hindernis dargestellt, das Vorhaben einer besseren Nation für das kubanische Volk zu realisieren. Der Wille, es umzusetzen, darf uns aber niemals verloren gehen.

## Internationales Treffen der Solidarität mit Kuba

Im Palacio de Convenciones fand am 2. Mai das traditionelle „Internationale Treffen der Solidarität mit Kuba und dem Antiimperialismus“ statt.

Bei dem Treffen waren mehr als tausend Delegierte aus über 60 Ländern aller Kontinente vertreten. An dem vom kubanischen Gewerkschaftsdachverband CTC und dem kubanischen Institut für Völkerfreundschaft organisierten Treffen nahmen unter anderem Gewerkschaftsführer sowie führende Vertreter von Solidaritätsorganisationen und sozialen Bewegungen teil.



### Abschlussklärung des Internationalen Treffens der Solidarität mit Kuba

Wir, die mehr als tausend Teilnehmer des „Internationalen Treffens der Solidarität mit Kuba und dem Antiimperialismus, 200 Jahre nach der Monroe-Doktrin“, haben uns mit Stolz erneut auf der Insel der Würde versammelt, um unsere feste Unterstützung für die Revolution und das kubanische Volk zu bekräftigen.

In einer äußerst komplexen Welt, in der die Existenz der Menschheit in Gefahr ist, widersteht diese Schwesternation mit Stoizismus der verschärften Blockade, die von der Regierung der Vereinigten Staaten in unvorstellbarem Ausmaß verhängt wurde, in dem imperialistischen Versuch, das Projekt der sozialen Gerechtigkeit zu zerstören, das in Kuba mit Opfern, Mut, Einheit und Kreativität aufgebaut wird.

Vertreter von 271 politischen, gewerkschaftlichen und sozialen Organisationen aus 58 Ländern verbrachten intensive Tage und tauschten ihre Erfahrungen mit Arbeitern, Jugendlichen und Menschen an ihren Arbeitsplätzen und in ihren Stadtvierteln aus, die sich im sozialen Wandel befinden, wobei wir die Widerstandsfähigkeit und das kreative Potenzial zur Überwindung enormer Hindernisse und Engpässe würdigten.

Im vergangenen Jahr hatte Kuba drei schlimme Ereignisse zu verkraften, bei denen Menschenleben zu beklagen waren und die hohe materielle Kosten verursachten: die Explosion im Saratoga-Hotel, der Brand in der Supertank-Basis im Industriegebiet von Matanzas und der verheerende Hurrikan Ian, der eine große Menge an Ressourcen und eine Welle der Solidarität von tausenden Kubanern und Freunden aus vielen Ländern mobilisierte und damit bestätigte, dass Kuba nicht allein ist. Das kubanische Volk dankt uns, und wir danken Kuba für seine Impfstoffe gegen Covid-19, für seine medizinischen Brigaden, die überall auf der Welt Leben retten, dafür, dass es existiert, Widerstand leistet und etwas schafft; dafür, dass es ein Leuchtturm des Engagements und der Loyalität ist, das Vermächtnis von Fidel, Raúl und der Generation, die uns weiterhin zusammenruft; dafür, dass es aufrecht steht und kämpft; dafür, dass es ein Land des Friedens und der Freundschaft ist, dafür, dass es sich die Idee zu eigen macht, dass eine bessere Welt möglich und vor allem notwendig ist. Der US-Imperialismus und die NATO entfesseln militärische Aggressionen, sie hören nicht auf, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, um legitime fortschrittliche Regierungen zu stürzen, Blockaden, einseitige Zwangsmaßnahmen, politische Erpressung, Drohungen und



Gewaltanwendung zu verhängen, die den Weltfrieden, die reale Möglichkeit eines Atomkriegs und die Wiedergeburt des Faschismus ernsthaft gefährden.

Angesichts dieser Versuche, die Monroe-Doktrin im 200. Jahr ihres Bestehens zu internationalisieren, um sich der natürlichen Ressourcen zu bemächtigen und die Völker der Welt zu unterjochen, rufen wir alle demokratischen, fortschrittlichen und revolutionären Kräfte auf:

- Zur Schaffung einer breiten nationalen und internationalen Front im Kampf für den Frieden und gegen den Krieg. Durchführung einer massiven Mobilisierung am 21. September 2023, dem Weltfriedenstag, zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien und zur Verteidigung der Ausrufung Lateinamerikas und der Karibik als Zone des Friedens.

- Zur Förderung von Ideen und Sensibilisierung für die Notwendigkeit der Einheit in der Vielfalt zur Verteidigung der Souveränität, der Rechte der Arbeitnehmer und der Völker sowie der Erhaltung der Umwelt.

- Zur Stärkung der Solidarität mit dem Kampf für die sozialen und Arbeitnehmerrechte der Arbeiter und Völker in Europa, Amerika, Afrika, Asien und Ozeanien.

- Zur Umsetzung und Steigerung von Solidaritätsaktionen mit den gerechten Anliegen der Völker Venezuelas, Nicaraguas, Palästinas, Puerto Ricos, der Arabischen Demokratischen Republik Sahara und anderer Völker.

- Zur Vervielfältigung des Kampfes in den sozialen Netzwerken und digitalen Räumen, um den Lügenkampagnen der Medienimperien des Imperialismus entgegenzutreten und die Identität unserer Völker gegen den kulturellen Neokolonialismus zu verteidigen, den sie uns auferlegen wollen.

- Zur Forderung nach der sofortigen Streichung Kubas von der unrechtmäßigen Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus, die einseitig, illegal und unmoralisch von der US-Regierung aufgestellt wurde, eine willkürliche Entscheidung, die keinerlei Rechtfertigung hat.

- Zur Verteidigung der kubanischen Revolution zu mobilisieren und aufzurufen, Aktionen auf den fünf Kontinenten durchzuführen, damit die Regierung der Vereinigten Staaten die verschärfte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade beendet, die die Entwicklung und das Wohlergehen des kubanischen Volkes beeinträchtigt.

Lasst uns nach dem Beispiel Kubas eine breite antiimperialistische Einheit aufbauen, um Widerstand zu leisten, etwas zu schaffen und die Widrigkeiten zu überwinden, der einzige Weg, der unsere Träume von einer besseren Welt möglich und notwendig machen wird!

ArbeiterInnen aller Länder, vereinigt euch!

Das sozialistische Kuba hat das Recht zu existieren!

Es lebe der Internationalismus und der Frieden!

Es lebe die internationale Solidarität mit Kuba und den Völkern im Kampf!

Es lebe das freie Kuba!

Kuba Ja, Blockade Nein!



Delegierte aus über 60 Ländern trafen sich in Havanna, unter ihnen Präsident Miguel Díaz-Canel.  
Fotos: Ivett und Michael

## Cangamba

Episode des Engagements Kubas in Angola

Von Wolfgang Mix

Diese kurze Episode um den Ort Cangamba ist in meinem vor vier Jahren erschienenen Buch über die Geschichte und Hintergründe dieses Konfliktes nicht enthalten, da sie eher untypisch für den Krieg war und keine Auswirkungen auf seine Entwicklung hatte. In Kuba selbst erlangte sie jedoch große symbolische Bedeutung. Das war vor 40 Jahren.

Zwischen 1975 und 1991 war Kuba im Prozess der Entkolonialisierung an einem Krieg in Angola beteiligt. Die nachkoloniale, sozialistisch orientierte Regierung des Landes hatte Kuba um Unterstützung gegen das aggressive südafrikanische Apartheid-Regime gebeten. Dieses praktizierte in Südafrika selbst und im praktisch von ihm annektierten Namibia eine von aller Welt verachtete Politik der Rassentrennung. Nach außen fungierte es als

verlängerter Arm antikommunistischer Subversion des westlichen Imperialismus.

In den 1980er Jahren war die UNITA (Nationale Union für die totale Befreiung Angolas), eine von den USA und Südafrika unterstützte Guerillabewegung, im Aufwind. Sie erhielt viel Geld und modernste Waffen und konnte ihren Einfluss im Südosten Angolas ausweiten. Der dort gelegene kleine Verwaltungsort Cangamba hatte ursprünglich etwa 8000 Einwohner und wurde von der angolanischen Regierung kontrolliert. Er wurde jedoch zunehmend zu einem isolierten Außenposten in einem feindlichen Umfeld und war immer schwerer zu versorgen. Am frühen Morgen des 2. August 1983 schlossen Verbände der UNITA und südafrikanische Spezialkräfte einen Belagerungsring um die Stadt, die schon vorher ständigem Artilleriebeschuss ausgesetzt war. Un-

terschiedliche Quellen sprechen von 3000 bis 6000 Angreifern. Im Ort befanden sich etwa 800 angolanische Soldaten und 92 Kubaner – zum Teil schon in unterirdischen Verteidigungsanlagen. Kubanische Helikopter konnten noch etwa hundert Kämpfer zur Verstärkung einfliegen. Die nächstgelegene Stadt Menongue war etwa 250 km entfernt. Von dort und aus der Großstadt Huambo wurden Truppen entsandt, die durch vermintes Gelände und unter Angriffen der UNITA nur langsam voran kamen. Kampfhubschrauber setzten kleinere Verbände im Umland des Ortes ab, welche die Artilleriestellungen der UNITA angriffen und den Feind gezielt verunsicherten. Gleichzeitig flogen kubanische Kampfflugzeuge ununterbrochene Angriffe gegen die Belagerer. Für die Eingeschlossenen ging es um Leben oder Tod: Während Kuba Gefangene entsprechend der Gen-



Fidencio González Peraza (Mitte), in Cangamba nach der Befreiung ...  
Foto: EcuRed Kuba

fer Konvention anständig behandelte, hatte die UNITA wiederholt gezeigt, dass diese für sie nur ein Stück Papier war.

Es gelang ihr, große Teile des Ortes zu besetzen und die Wasserversorgung zu unterbinden. Die Lage wurde zunehmend schwieriger und Beteiligte sprechen von einem Inferno. Die Munition wurde knapp und nach kurzer Zeit gab es kaum noch Nahrung und Trinkwasser. Die Verteidiger kauten Papier und aßen Zahnpasta. Kühlwasser wurde aus Fahrzeugen abgelassen und aufgeteilt, vorrangig an die Verwundeten. Aus Schlamm wurde versucht, mit Verbandsmüll etwas Trinkbares herauszufiltern.

Der spätere Brigadegeneral Harry Villegas, der schon an der Seite Che Guevaras in Kuba, im Kongo und in Bolivien gekämpft hatte, war zu jener Zeit ein wichtiger Verbindungsmann zwischen der Regierung Kubas und den Zuständigen in Angola. Er berichtet, dass die Kampfflieger nach einigen Tagen keine Raketen mehr hatten. Nachschub aus der UdSSR verzögerte sich. „Unsere Führung entschied, unsere Reserven in

Kuba nach Angola zu senden“. Fidel Castro ließ sofort die Sitze aus einem Passagierflugzeug ausbauen, die Raketen wurden verladen und kamen einen Tag später in Cangamba zum Einsatz.

Gleichzeitig schrieb Fidel einen Brief an die Eingeschlossenen, in dem es u. a. hieß: „Stunde um Stunde verfolgen wir euren heroischen Widerstand in Cangamba. Wir haben alle Maßnahmen getroffen, euch zu unterstützen. (...) Jetzt hängt alles ab von eurer Fähigkeit, so lange wie nötig zu widerstehen (...) Macht Cangamba zu einem Beispiel dafür, dass das Blut der Angolaner und Kubaner für die Freiheit und Würde Afrikas nicht vergeblich vergossen wurde. Ich habe vollste Zuversicht in euren unerschütterlichen Mut. Ich verspreche eure Rettung, was auch immer dazu erforderlich ist.“ Fidencio González Peraza, einer der Eingeschlossenen, berichtete später, dass Fidels Schreiben sie nicht erreichte: Es wurde aus großer Höhe mit Nachschubmaterial abgeworfen, welches jedoch auf vom Feind kontrolliertes Gelände fiel. Doch seine Botschaft

kam trotzdem an: Sie wurde auch über das Radio verlesen, jemand schrieb sie auf und sie wurde in den Schützengräben weitergegeben. „Das hatte eine enorme Wirkung,“ so González, „die Kampfmoral aller Kubaner und Angolaner hob sich.“ Er berichtete weiter, dass Fidel vorgeschlagen hatte, einen Ausbruch in Erwägung zu ziehen und sich durchzuschlagen. „Um 2 Uhr in der Nacht kamen wir jedoch zu dem Schluss, dass es angesichts unserer Verfassung und mit den Verwundeten nicht möglich war. Wir entschieden, die Position zu halten, bis zur letzten Konsequenz.“

Nach acht langen Tagen zogen die Belagerer am 9. August ab. Vor allem die pausenlosen Luftangriffe hatten ihnen schwerste Verluste zugefügt und ihre Moral untergraben. Die Verteidiger hatten 60 angolansische Tote und 177 Verwundete zu beklagen, 18 Kubaner waren gefallen und 27 verwundet.

Nach diesem Erfolg schlug Fidel vor, den Ort sofort zu räumen. Er war praktisch zerstört und man rechnete mit einem Gegenschlag der Südafrikaner. Doch sowjetische Berater in Angola hatten andere Vorstellungen. Sie drängten die angolansische Regierung, zusätzliche Truppen hinzuschicken, um von dort in die Offensive zu gehen. Harry Villegas dazu: „Die sowjetischen Berater präsentierten ihre Pläne, als wären sie Marschall Schukow bei der Vorstellung seiner Pläne zur Eroberung Berlins gegenüber Stalin. Aber der Kampf gegen die Banditen der UNITA erforderte leicht bewaffnete, kleine Einheiten.“ Fidel Castro telegraphierte nach Angola: „Wir sind schockiert über die Worte der Leitung der sowjetischen Militärmission. Sie zeigen einen vollständigen Mangel an Realismus ... Weder wollen wir weitere tote Kubaner, noch eine schmerzliche Niederlage riskieren aufgrund absurder Entscheidungen.“ Hier und beson-



... und Jahrzehnte nach seiner Heimkehr: „Es gab keinen einzigen Genossen, der in dieser Situation an Aufgabe dachte.“

Foto: ACN Armando Ernesto Contreras Tamayo/sdl, Cubadebate

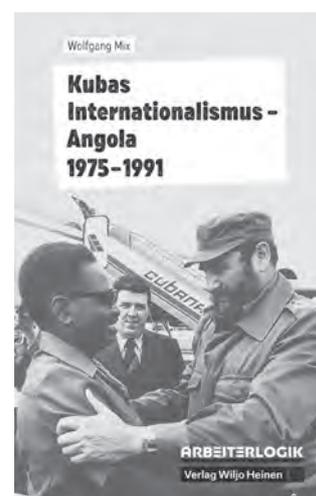
ders später offenbarten sich erhebliche Differenzen in der Frage der Kriegsführung. Die angolische Regierung war überfordert. Nach einem Tag ergebnisloser Debatten gab Raúl Castro aus Havanna die kategorische Anweisung an die kubanische Führung vor Ort, sofort abzuziehen, unabhängig von der Haltung der Angolaner. „Diese Entscheidung ist unwiderruflich. Verschwendet keine weitere Minute.“ Während die Kubaner abrückten, trafen angolische Truppen in Bataillonsstärke ein und versuchten, sich in den Ruinen einzurichten. Zwei Tage später führten Angriffe südafrikanischer Bombergeschwader zur völligen Zerstörung des Ortes. Die Angolaner mussten überhastet und unter großen Verlusten wieder abziehen.

Bis heute verbreiten konterrevolutionäre Propagandisten in Miami, dass Kuba die Angolaner im Stich gelassen habe. Der US-Historiker Piero Gleijeses weist darauf hin, dass Kuba einen ge-

meinsamen Abzug vorgeschlagen und dafür vernünftige Argumente vorgebracht hatte. Das wird dabei verschwiegen. Gleijeses: „So wird Geschichte manipuliert – wenig Wahrheit vermischt mit viel Lüge.“

Die kubanischen Internationalisten, ob militärisch oder mit ziviler Hilfe betraut, waren ausnahmslos Freiwillige. Die Bereitschaft, in Afrika zu helfen, war groß. Die Masse von Bewerbungen Einsatzwilliger war von Anfang an weit höher, als es die Lage erforderte. Die Zahl der Bewerber erfuhr nach der erfolgreichen Befreiung der Eingeschlossenen noch einen gewaltigen Schub nach oben. Cangamba wurde zu einem Symbol heldenhaften Widerstandes. Nationalstolz und internationalistisches Bewusstsein, Gerechtigkeitsgefühl, das Vorbild der eigenen revolutionären Generationen sowie die Ehrlichkeit der Führung unter Fidel Castro motivierten die Menschen. Die-

se weit verbreitete Haltung war die Grundlage dafür, dass Kuba den Einsatz einige Jahre später in seinem Sinne zum Abschluss bringen konnte.



Das Buch ist für 10 Euro erhältlich über den Shop der Freundschaftsgesellschaft, direkt beim Verlag oder über den Buchhandel.

## Sieben Bände zum 95.

Zum Geburtstag Che Guevaras erscheint eine neue Ausgabe Ausgewählter Werke

Von Andre Scheer



Originalabzug des ikonischen Bildes von Alberto Corda, 1960

Am 14. Juni wäre Ernesto Che Guevara 95 Jahre alt geworden. In Kuba, Argentinien und vielen anderen Ländern fanden aus diesem Anlass zahlreiche Veranstaltungen statt, die sich mit dem Erbe und den Ideen des Revolutionärs auseinandersetzten. So präsentiert die Regierung von Ches argentinischem Geburtsort Rosario noch bis September eine Ausstellung unter dem Titel „Als Ernesto den Che erträumte“, die sich auf die Jugendjahre des späteren Guerillero konzentriert und bereits in Mexiko und Kuba zu sehen war. Schon im April befasste sich in Havanna ein wissenschaftliches Kolloquium mit den wirtschaftspolitischen Diskussionen, an denen sich Che in seiner Zeit als Minister aktiv beteiligte. Hauptreferent Fidel Vascós hob dabei die Fähigkeit Guevaras hervor, die Diskussionen auf Augenhöhe und respektvoll zu führen, auch wenn Kontrahenten anderer Meinung waren. So war es durchaus üblich, dass in den

von Che gegründeten Zeitschriften – etwa der „Verde Olivo“ der Revolutionären Streitkräfte Kubas oder der vom Wirtschaftsministerium herausgegebenen „Nuestra Economía“ – in der selben Ausgabe Beiträge von Che und anderen Re-

volutionären erschienen, die sich inhaltlich widersprachen.

Einen Eindruck dieser Diskussionskultur könnte auch eine Neuerscheinung des Che-Guevara-Studienzentrums und des Verlags Ocean Sur vermitteln. Ende Mai kündigten beide die Herausgabe einer siebenbändigen Anthologie mit Briefen, Reden, Artikeln und anderen Texten von Che an. Leider lagen die Bände bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht zur Rezension vor, aber die Ankündigungen lesen sich vielversprechend. Zwar sind bekannte Reden und Aufsätze von Che längst in Einzel- oder Werkausgaben erschienen, aber in den letzten Jahren sind viele Texte aufgetaucht, die zuvor unbekannt oder in Vergessenheit geraten waren. Insbesondere bei den späten Analysen kam noch hinzu, dass deren Veröffentlichung bis 1989 die Beziehungen zur Sowjetunion hätten belasten können, weil Che in seiner Kritik an der Entwicklung des real existierenden Sozialismus kein Blatt vor



1960 besuchte eine kubanische Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Präsidenten der kubanischen Nationalbank, Ernesto Guevara, die DDR. Hier mit dem Minister für Außenhandel, Heinrich Rau.  
Foto: Bundesarchiv / Horst Sturm / CC-BY-SA 3.0

den Mund nahm – ohne dabei allerdings in das Lager der „linken Kritiker“ abzurutschen.

Der erste Band der neuen Anthologie umfasst Jugendschriften wie Ches Reisetagebücher, Briefe und Zeitungsartikel aus seiner Jugend sowie seine philosophischen Notizen. Von besonderer Bedeutung in dieser Zeit waren die Erlebnisse Ches in Guatemala, wo 1954 der fortschrittliche Präsident Arbenz durch eine von Washington gesteuerte Söldnerinvasion gestürzt wurde. Ches Analyse der damaligen Ereignisse, die er in einem Artikel zusammenfasste, sollten keine zehn Jahre später für Kubas Revolutionäre wichtig werden – als die USA 1961 in der Schweinebucht versuchten, das guatemaltekische Rezept zu wiederholen und krachend scheiterten.

Im zweiten Band sind Ches Schriften aus der Zeit des Guerillakampfes in Kuba und unmittelbar danach versammelt, darunter bekannte Bücher wie „Episoden des Revolutionskrieges“, aber auch Befehle, Briefe und Interviews aus dieser Zeit. Es folgt in Band drei die erste Phase der revolutionären Macht von 1959 bis 1961 mit Essays, Artikeln, Interviews und Briefen aus dieser Zeit, die – so der Verlag im Ankündigungstext – wichtige Vorarbeiten für spätere, grundsätzlichere Arbeiten waren. Diese finden sich in den Bänden vier und fünf, die die Phase des sozialistischen Übergangs auf Kuba behandeln. Seine Schriften aus dieser Zeit belegen, wie Che vom Marxismus ausgehend die Besonderheiten des Sozialismus in den bisher abhängigen Ländern analysiert und den Weg zur radikalen Veränderung ihrer kapitalistischen Strukturen skizziert.

Band sechs, der den Titel „Solidarität und Internationalismus“ trägt, konzentriert sich dann auf die Beteiligung Che Guevaras am Kampf im Kongo und beinhaltet Reden, Essays und Briefe sowie das Buch „Episoden des Revoluti-



Ernesto Guevara, 1963, in seinem Büro als Industrieminister (im achten Stock des Hotel Riviera in Havanna), während eines Interviews mit dem US-Magazin Look. Foto: René Burri / gemeinfrei

onskrieges: „Kongo“ und zwei zumindest hierzulande bisher kaum bekannte Kurzgeschichten, die Che direkt im Kongo in sein Notizbuch geschrieben hatte: „La Piedra“ (Der Stein) über die Nachricht vom Tod seiner Mutter Celia, die ihn mitten in Afrika erreichte, und „La Duda“ (Der Zweifel) über das Grübeln eines im Krieg Verwundeten. Schließlich finden sich auch seine „kritischen Notizen zur Wirtschaftspolitik“ und „philosophische Notizen“, die er nach dem Rückzug aus dem Kongo in Prag verfasst hatte. In diesen nie vollendeten Texten hinterfragte Che grundsätzlich die Prämissen der sowjetischen Wirtschaftspolitik und warnte (1966!), dass man in die Gefahr laufe, den Kapitalismus wiederherzustellen.

Der letzte, siebte Band umfasst dann die Jahre 1966 und 1967, als Che in Bolivien seine letzte Schlacht kämpfte. Er enthält berühmte Texte wie Ches „Botschaft an die Trikontinentale“ und das bolivianische Tagebuch, aber auch Korrespondenzen und Dokumente der Guerilla.

Leider ist bislang nicht absehbar, ob es von dieser Anthologie in nächster Zeit auch eine deutschsprachige Übersetzung geben wird. Zumindest bei einigen der „Neuentdeckungen“ (die inzwischen auch schon mehrere Jahre bekannt sind) wäre es schön, wenn sich ein Verlag darum kümmern würde, sie auch Leserinnen und Lesern zugänglich zu machen, die des Spanischen nicht mächtig sind.



Zweiter Besuch Ches in China 1965, hier mit Ministerpräsident Zhou Enlai. Foto: gemeinfrei

## In den Kinosälen Havannas

Filmische Rundreise durch Lateinamerika

Von Franziska Rheinke

**Nachdem in der letzten Ausgabe von Cuba Libre das Festival des neuen lateinamerikanischen Films selbst, die Bedeutung für die Filmschaffenden und die allgemeine Atmosphäre im Vordergrund standen, soll hier den Filmen selbst Raum gegeben werden, die im Dezember 2022 gezeigt wurden.**

Aus über 2.000 Filmen hatte das Festivalkomitee knapp 200 ausgewählt. Über 100 Lang- und Kurzfilme liefen im Wettbewerb um die Auszeichnungen in den unterschiedlichen Sparten Spiel- und Dokumentarfilm sowie Animation (jeweils unterteilt in lange und kurze Formate) und Debütfilm.

Die andere Hälfte lief außerhalb des Wettbewerbs in Rubriken wie *En Perspectiva* (Ausblick), *Panorama Internacional* oder in speziellen Filmreihen zu einzelnen Künstlerinnen und Künstlern (wie Nicolás Guillén-Landrián) oder der Reihe in der *Casa de las Américas*. Dort waren Dokumentarfilme zu großen lateinamerikanischen – in diesem Jahr chilenischen – Persönlichkeiten zu sehen: *Gabriela de Elqui*, *Mistral del mundo (Gabriela aus Elqui, Der Wind der Welt)*/*Al-lende*, *De Valparaiso al mundo (Al-lende, Von Valparaiso in die Welt)*/

*Neruda, El hombre y su obra (Neruda, Der Mensch und sein Werk)*/*Viola Chilensis*.

Die Rubrik „Restaurierte Klassiker“ rückt Kinogeschichte in den Mittelpunkt. *La porta del cielo* (1945) stammt vom sozial engagierten Drehbuch- und Regie-Duo des italienischen Neorealismus, Cesare Zavattini und Vittorio de Sica. Seine Vorführung wurde ergänzt durch einen Dokumentarfilm, der – ausgehend von der Restauration u. a. von *La porta del cielo* – die Geschichte des italienischen Filmeschaffens seit den 1940er Jahren betrachtet.

Die 15 zeitgenössischen internationalen Filme kamen insbesondere aus Frankreich und Spanien, aber auch Italien, der Iran und die Türkei waren vertreten.

### Lateinamerika in all seiner Widersprüchlichkeit: Geschichte und Gegenwart – Unterdrückung und Kampf um Befreiung

Ansonsten konzentrierte sich das Festival natürlich auf Lateinamerika. Die Themen waren die, die den Subkontinent betreffen und seit Jahrzehnten begleiten:

Geschichte und Auswirkungen des Kolonialismus und Neokolonialismus, der Reichtum bzw. die Bereicherung Weniger und die Armut

bzw. Verarmung vieler sowie die Gewaltstrukturen, die diese Ausbeutungsverhältnisse in den unterschiedlichen Herrschafts- und Staatsformen in Verbindung mit dem Wirtschaftssystem hervorbringen: Kolonialherrschaft, (Militär-)Diktatur, parlamentarische Demokratie innerhalb der (globalen) Marktwirtschaft, soziale Kämpfe innerhalb dieser Systeme und Versuche, die Diktatur des Marktes und des Profits gänzlich abzuschaffen. Gezeigt wird, wie das mal besser, mal schlechter gelingt, wie der Kampf um eine bessere Gesellschaft ebenfalls eigene repressive Gewaltdynamiken entfalten kann. Aber auch, welches Potential dieser Kampf in den Menschen und der Gesellschaft freisetzen kann und wie wichtig der Kampf für Gerechtigkeit trotz allem bleibt.

Die Verhältnisse in Lateinamerika sind eben wesentlich sichtbarer als in Europa von Ausbeutung unterschiedlichster Art, sozialer Ungleichheit, Gewalt, Machtmissbrauch und Korruption geprägt. Themen, die sich als roter Faden durch die Filme des Festivals zogen.

### Schwere Zeiten für Komödien

Das ist vermutlich einer der Gründe, weshalb Komödien auf dem Festival deutlich unterrepräsentiert waren. Dabei sind gute Komödien die Königsklasse des Filmeschaffens, die nur Wenige wirklich beherrschen. Die Gefahr ist zu groß, bei der Gratwanderung zwischen Humor, Witz und einem ernstem Thema, ins Lächerliche abzurutschen.

2022 habe ich beispielsweise überhaupt keine Komödie gesehen. Der einzige Film, bei dem ich laut Beschreibung komödiantische Elemente vermute, ist *Carro rei* (Das Königsauto/königliche Auto) aus Brasilien. Er handelt von

★ Gabriela Mistral war eine chilenische Dichterin und Diplomatin, die 1945 mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet wurde. Geboren wurde sie in Vicuña, einer Stadt im Elqui-Tal. Ihre ersten Gedichte wurden in der Zeitung ‚Stimme von Elqui‘ veröffentlicht.

★ Viola Chilensis ist ein Dokumentarfilm über das Leben der chilenischen Sängerin Violeta Parra und ein Wortspiel mit ihrem Namen. Chilensis ist eine Bezeichnung aus der Botanik, die einheimische Pflanzen kennzeichnet - was wohl stärker noch als das eigentlich verwendete Adjektiv chilena (chilenisch) ihre enge Verbindung und Verwurzelung mit ihrem Land zum Ausdruck bringen soll, Viola ist ein Veilchen. Der Film kann auch in Youtube angesehen werden: [www.youtube.com/watch?v=EO5l7dYmWYc](http://www.youtube.com/watch?v=EO5l7dYmWYc)

einem Jungen, der mit Autos sprechen kann und diese Fähigkeit dazu nutzt, das Taxiunternehmen des Vaters zu retten, dem durch ein neues Gesetz, das alte Autos in der Stadt verbieten will, die Pleite droht.

Gelungene Komödien werden dafür umso mehr goutiert: 2019 durfte die argentinische Komödie (*La odisea de los giles*) das Festival eröffnen (und war auch der Publikumsliebbling). Ihr gelingt es, ausgehend von Bankenkrise und Korruption, den Kampf einer Gruppe Verbündeter um ihr Geld (und Recht) amüsant zu verpacken. Die Beschreibung des Films mit Ricardo Darin ist im Festivalbericht 2019 von Uli Fausten in der CL vom Juli 2020 zu finden:

[www.fgbrdkuba.de/cl/cltxt/cl2020209-havanna-filmfestival.php](http://www.fgbrdkuba.de/cl/cltxt/cl2020209-havanna-filmfestival.php).

### Diktatur, Staatsterror und Widerstand

Ricardo Darin – als wohl bekanntester argentinischer Schauspieler dauerpräsent auf den Festivals in Havanna – ist auch Hauptdarsteller des Eröffnungsfilms des letzten Festivals: *Argentina 1985*.

Er erhielt den Preis als bester männlicher Hauptdarsteller für seine Rolle als Staatsanwalt Julio Strassera, der mit seinem Kollegen ein Team junger, engagierter und möglichst nicht korrumpierbarer junger Juristen („die noch wenig zu verlieren haben“) um sich schart, um die Ermittlungen gegen hohe Militärs durchzuführen. Die auf wahren Begebenheiten beruhende Geschichte folgt dem Ermittlungsteam, das gegen alle Widerstände und Bedrohungen – die Hand der Militärs reicht noch immer weit und viele Mörder sind nach wie vor im Amt – die Bluttaten der Diktatur aufdeckt. In akribischer Kleinarbeit beweisen sie vor Gericht, dass die Gewaltexzesse keineswegs wie behauptet Überschreitungen einzelner Untergebener waren, sondern systematisch und von oben angeordnet erfolgten.



Einen weiteren Gerichtsprozess während der ‚Post-Diktatur‘ zeigt der Dokumentarfilm *El silencio del topo*, der den Journalisten Elias Barahona bei seinen Zeugenaussagen begleitet. Zum ersten Mal spricht er öffentlich über seine Zeit als Informant im Zentrum der Diktatur in Guatemala Ende der siebziger Jahre. Der Film veranschaulicht sowohl die blutige Verfolgung von Gegnern in den Militärdiktaturen nach dem Putsch gegen den gewählten demokratischen Präsidenten Jacobo Árbenz 1954, als auch das noch immer präsen-

gen und die Angst derer, die Widerstand geleistet haben.

Was es bedeutet, das eigene Land verlassen zu müssen und ins Exil zu gehen, greift ein anderer spannender Dokumentarfilm auf: *Villa Olympica. Recuerdos de un mundo fuera del lugar*. In ihm kommen einige der etwa 3000 Exilanten, u. a. aus Chile und Argentinien, zu Wort, die in den 1970er Jahren in dem mitten in Mexiko-Stadt für die Olympischen Spiele gebauten Stadtviertel untergebracht wurden. Die Eltern und Kinder erzählen von den Schwierigkeiten, sich einerseits ein



neues Leben aufzubauen und sich auf das neue Land einzustellen und andererseits dem Bedürfnis, weiter an der Veränderung in ihrem Heimatland mitwirken zu wollen.

Die Frage nach Exil stellt sich der Protagonistin aus 1976, dem Debütfilm der chilenischen Regisseurin Manuela Martelli, nicht. Carmen ist eine Frau aus der Oberschicht, die aus dem Alltag ihres heilen Lebens gerissen wird, als der Priester sie bittet, einen Verletzten heimlich zu pflegen. Zuvor war sie mit der Verfolgung der politischen Gegner nur durch kurze Zwischenfälle konfrontiert, als z. B. vor dem Laden, in dem sie gerade ein-

kauft, eine Frau verprügelt und in ein Auto gestoßen wird, die verzweifelt den Umstehenden ihren Namen zuruft, um nicht ganz spurlos zu verschwinden. Doch kurz darauf hat der Alltag Carmen wieder. Sie zögert zunächst, gibt aber dann der Bitte des Priesters nach. Langsam baut sie eine Beziehung zu dem Verletzten auf und begibt sich in größere Gefahr, als ihr bewusst ist.

Auch in dem erschütternden dominikanischen Film *Perejil* (*Petersilie*) sind sich nicht alle über die Gefahr im Klaren, in der sie schweben. Dem Publikum wird zunächst das Leben und der Alltag der 1937 im Grenzgebiet der Dominikani-

schen Republik lebenden haitianischen Einwanderer gezeigt. Die Bedrohung durch die permanente rassistische Mobilmachung des Diktators Trujillo wird zwar immer wieder in Gesprächen aufgegriffen, aber nur wenige nehmen die markigen Ankündigungen wirklich ernst. Viele denken, da sie arbeiten und treue Staatsdiener sind oder mit einem Dominikaner verheiratet sind oder Geld haben oder oder oder ... dass die Taten, die den Worten vielleicht folgen, nicht sie betreffen.

Während des mehrtägigen Massakers, dem zehntausende Menschen zum Opfer fallen, begleiten wir die hochschwängere Protagonistin auf ihrer Flucht und bei ihren verzweifelten Versuchen, ihren Mann und die Kinder zu finden. Der dominikanische Ehemann wird – kurz nachdem sie sich in den Wirren endlich wiederfanden – von einer Patrouille entdeckt. Diese prüft seine Loyalität, indem sie ihn zwingen will, zunächst einen Mann, dann einen Jungen abzuschlachten. Die Verweigerung des zweiten Mordes ist sein Todesurteil. Nach Tagen der Angst, in denen sie Hilfe und Verrat erfährt, bringt sie mit letzter Kraft ihr Kind zur Welt, das von einer jungen Frau, die die Schreie hört, an sich genommen wird. Ein kleiner Hoffnungsschimmer, den der Regisseur José Maria Cabral dem Publikum mitgeben wollte, bevor es das Kino verlässt.

Das rassistische „Petersilien-Massaker“ hat seinen Namen von einem zynischen Sprachtest: Wer aussah wie ein Haitianer und das Wort „Perejil“ nicht richtig aussprechen konnte, wurde ermordet.

Diese direkte Darstellung der Gewalt ist schwer erträglich, aber lehrreich. Doch fast noch erdrückender ist die strukturelle Gewalt, die den herrschenden Ausbeutungsverhältnissen zugrunde liegt und sich immer wieder auf unterschiedlichen Ebenen Bahn bricht.

Der argentinische Dokumentarfilm *En el cumplimiento del deber*

(*Bei der Erfüllung der Pflicht*) stellt Fragen zum Tod von acht Feuerwehr- und zwei Sicherheitsleuten bei dem Brand am 5. Februar 2014 in einem Archiv der Firma Iron Mountain in Barracas, Buenos Aires. Der Brand scheint nicht zufällig ausgebrochen. In dem Archiv lagerten Unterlagen einiger mächtiger Banken und großer Konzerne, gegen die wegen Geldwäsche ermittelt wurde. Die Angehörigen der Toten kämpfen um Aufklärung und werden von der Firma massiv unter Druck gesetzt, mit Gewalt bedroht oder mit Entschädigungszahlungen gelockt.

Die Gewalt wirkt gerade dadurch, dass sie nicht nur in eindeutigen Diktaturen, nur von Militärs oder in Favelas von Drogenbanden ausgeübt wird, sondern omnipräsent ist in Form von prügelnden Eltern (z. B. in *Rafaela*, Dominikanische Republik), Zwangs bordellen bei Goldminen (*La Pampa*, Peru u. a.), gelangweilten Neureichen, die indigene Jugendliche mit Baseballschlägern jagen (*1991*, Guatemala), Vorgesetzten im Militärdienst und der Odyssee, der sich eine Mutter ausliefert, um ihren Sohn vor der Front zu bewahren (*Amparo*, Kolumbien). Gewalt geht auch von einem gutmeinenden Justizangestellten an verurteilten jugendlichen Straftätern in einem Wiedereingliederungsexperiment (*La jauría, Die Meute*, Kolumbien) aus. Sie begegnet Straßenjungen aus dem Medellín, die auf der Suche nach dem Stück Land, das der Großmutter gestohlen und nun vom Gesetz den ursprünglichen Eigentümern wieder zuerkannt wurde, auf Schritt und Tritt. Am Ende werden sie – sich kurz vor dem Ziel wädhend – von Arbeitern des Konzerns, der auf besagtem Stück Land eine Mine betreibt, ermordet (*Los reyes del mundo*, Kolumbien). Gewalt begegnet der selbstbewussten

Fernanda, die in *Forageu (Vogelfrei*, Brasilien) nach dem Tod ihrer Adoptivmutter in ihr Heimatdorf zurückkehrt, und dort die Ausbeutung von geistig Behinderten aufdeckt, die u. a. als Hausangestellte ‚gehalten‘ und auch sexuell missbraucht werden. Sie erfährt, dass sie selbst ‚Resultat‘ einer solchen Vergewaltigungen ist, kommt aber gegen die von ihrer Familie ausgehende Macht nicht an und wird zwangspsychatrisiert. Und immer wieder wird – insbesondere in Filmen aus Mexiko, ob auf dem Dorf oder in der Stadt – die Entführung von Familienangehörige thematisiert, die plötzlich verschwunden sind und die qualvolle und gefährliche Suche nach ihnen.

Gewalt erfahren auch viele Menschen, die Traditionen durchbrechen oder sich jenseits der gesellschaftlich definierten geschlechtlichen Rollenbildern definieren. Filme, die die Themen sexuelle Selbstbestimmung und Vielfalt behandeln, wurden auf dem letzten Festival besonders gewürdigt.

### **Neu: Ein Preis für die Vielfalt – der Premio Arrecife**

Der 2022 zum ersten Mal vergebene Premio Arrecife (übersetzt: Korallenriff, das sich durch seine Vielfalt auszeichnet und an den sonst vergebenen Preisen, die Korallen heißen, gut anschließt) ging an den kolumbianischen Film *Un varón*, von Fabián Hernández, in dem ein Jugendlicher in Bogota sich unter Druck gesetzt fühlt, seine Männlichkeit unter Beweis zu stellen.

Viele weitere Filme (insbesondere aus Brasilien) zeigten die Suche nach und das Ausleben von sexueller Selbstbestimmung. Das Publikum konnte drei junge queere Menschen in Sao Paulo begleiten, die ihrer Lebenslust und sexuellen Experimenten fröhnen (*Tres tigres*

*tristes*) oder der sadomasochistischen Experimentierfreude einer jungen Jurastudentin (*Regra34*).

Ein besonders beeindruckender Film war *Desierto Particular* (Brasilien/Portugal) von Aly Muritiba, der die Entwicklung eines Polizisten zeigt, der einerseits liebevoll seinen Vater pflegt, andererseits wegen übersteigerter Gewalt vom Dienst suspendiert wird. Seit geraumer Weile hat er eine online-Beziehung und möchte die virtuelle Geliebte nun besuchen. Er fährt durch halb Brasilien, um in ihr Dorf zu kommen, doch sie ist dort unbekannt. Nach einigen Hindernissen findet er sie, doch sie ist schüchtern und entzieht sich ihm immer wieder. Er ist verwirrt und verzweifelt. Es entwickelt sich dennoch eine Romanze, bis er herausfindet, dass sie Trans ist. Er rastet erwartungsgemäß aus, schlägt sie aber nicht. Gefühlsverwirrt fährt er ab, kommt wieder, doch nun muss sie nun ihrerseits gehen, da ihre Familie das outing, das er forciert hat, nicht erträgt. Sie haben noch Abschiedssex auf der Bushofoilette, dann geht jede/r seiner Wege in ein neues Leben.

### **Schlussbemerkung: Was fehlt?**

Die Sparte der Animationsfilme schafft es leider auch in diesem zweiten Teil nicht in den Artikel, es gibt einfach zu viele spannende Dinge von diesem Festival zu berichten.

Auch die kubanischen Filme selbst kamen an dieser Stelle noch gar nicht zu ihrem Recht – das wird ein dritter Teil dieses Artikels werden.

Ich hoffe dennoch, dass ich einen Eindruck vom Festival vermitteln konnte und kann nur allen, die sich für Lateinamerika und oder Film interessieren und spanisch

Hier kann der Katalog des Festivals heruntergeladen werden:

[habanafilmfestival.com/wp-content/uploads/2022/12/CATALOGO-43-FESTIVAL-WEB.pdf](http://habanafilmfestival.com/wp-content/uploads/2022/12/CATALOGO-43-FESTIVAL-WEB.pdf)

## CON FILO

Eine für Kuba ziemlich atypische Fernsehsendung

Von Ulli Fausten

Die Sendung ist sicher hier und da bereits erwähnt worden, aber ins Detail wurde dabei bisher nicht gegangen. Hier also etwas mehr zu dem Programm, das dienstags und donnerstags in fast jeder Woche auf *Cubavision* 15-minütig übertragen wird, und zwar „vor der Telenovela“, wie die Macher von CON FILO nicht müde werden, jedesmal aufs Neue zu betonen, da dieser Umstand die Sendung zweifellos aufwertet.

CON FILO bedeutet „Mit Schärfe“ oder „Mit scharfer Klinge“ und signalisiert allein schon durch den Titel, dass den kubanischen Zuschauern Unerhörtes bevorsteht, zumindest denen, die dieses Programms bislang nicht kannten. Es gab ja bereits über 170 Folgen.

Um begreiflich zu machen, was an CON FILO für kubanische Verhältnisse so „unerhört“ ist, muss man etwas weiter ausholen. Stellen wir uns eine für die Insel völlig alltägliche Situation vor: Irgendeine geistige Koryphäe der US-Politik mit kubanischen Wurzeln, wie etwa Marco Rubio, hat die 237. Maßnahme von Trumps Blockadenovitäten ausdrücklich gutgeheißen und erinnert – sozusagen en passant – die „freie Welt“ einmal mehr daran, dass sie über eine militärische Intervention in Kuba (zu dessen eigenem Besten natürlich) noch mal nachdenken sollte. Oder bei der Endrunde des World Baseball Classic in Miami werden im Semifinale zwischen den USA und Kuba unsere Peloteros durch während der Partie auf das Spielfeld rennende Demonstranten an ihren Aktionen behindert, ohne dass Platzordner – oder die Polizei – einschreiten, derweil Spieler auf der Bank sowie Angehörige und Freunde im Publikum mit Gegenständen beworfen werden. Oder irgendetwas in der Art.



Wenn wir einmal voraussetzen, dass die Sache in ihrer Unverfrorenheit spektakulär und auch von einer gewissen Bedeutung ist, könnte man die Frage ableiten: Wie pflegt Kuba mit derlei umzugehen? Antwort: Mit einer Deklaration des Außenministeriums.

Ich muss sofort diejenigen enttäuschen, die hoffen, dass sich hier Spott anbahnt. Durchaus nicht! Diplomatische Gepflogenheiten bringen es mit sich, dass solche Dokumente den sie begrenzenden Rahmen nicht überschreiten. Zwischen dem, was unser geschätzter Bruno Rodríguez Parrilla darf und was er tunlichst unterlassen sollte, ist dann noch Platz für „Wir verwahren uns mit Entschiedenheit gegen das Ansinnen ...“ oder „Die kubanische Regierung protestiert auf das Energischste gegen den Versuch ...“. In aller Regel sind Erklärungen dieser Art in der Gemessenheit ihrer Sprache völlig asymmetrisch zu ihrem Auslöser. Anders gesagt: Unverschämtheiten, die nach Ohrfeigen oder der Pulverisierung von Hinterteilen durch Fußtritte förmlich schreien, führen zu offiziellen Reaktionen, die in punkto Zivilisiertheit nichts zu wünschen übrig lassen. Aber noch einmal: Das sind

die Spielregeln der Diplomatie. Es ist unvermeidlich so.

Unvermeidlich ist freilich auch, dass sich die Impertinenten, die Schaffer all der Zumutungen, jenseits der Straße von Florida (oder auch in Kuba selbst) ins Fäustchen lachen ob der hölzernen wirkenden Protestrepliken der Revolution. Die einen provozieren kalkuliert, die anderen gehen erwartungsgemäß hoch wie der Knallfrosch aus der Redewendung, jedoch gebremst von der Contenance, die der gute Ton gebietet. Welche Seite dürfte sich bei diesem vorhersehbaren Vorgang wohl mehr amüsieren? Eben. Das wird sich eine Handvoll junger, ausgeschlafener hiesiger Fernsehleute auch gedacht haben und so entstand – besser spät als nie – CON FILO.

CON FILO ist eine nicht ausschließlich, aber doch im Wesentlichen satirische Sendung, mit einer nicht unwichtigen Einschränkung: Sie richtet ihre Pfeilspitzen nicht nach innen, sondern nach außen, auf – wie es der political correctness geschuldet heißt – den politischen Gegner. Satire ist auf der Insel noch ziemlich unvertraut. Wenigstens läuft in Kuba die Entwicklung darauf zu, während sie in

Deutschland davon wegläuft. Was dieses wunderbare Genre angeht, fremdeln, wie wir hören, Deutsche zunehmend. Es muss der auf Putin gerichtete Tunnelblick sein, der jegliches spöttische Lachen als Frivolität erscheinen lässt. Und Hildebrand, Hüsch, Schramm und Pispers – gab’s die wirklich mal?

Dass man sich in Kuba mit der Verhohnepiepelung des Gegners/Feindes nach wie vor etwas schwer tut, hat nachvollziehbare Gründe: Es ist ein Land, das – wenn man von Nuklearwaffen absieht – seit 65 Jahren in jeder erdenklichen Weise attackiert worden ist und wird. Auf diese unaufhörliche Drangsal (und allein mit diesem Thema hat CON FILO sämtliche Hände voll zu tun) medial in einer Art zu reagieren, die überwiegend humoristisch ist, mag vielen immer noch unangemessen erscheinen.

Am komischsten ist die Sendung dann, wenn sie sich eines Mittels bedient, das von denkbar geringem Aufwand ist: Die Einfaltspinsel in Miami einfach reden lassen. Unkommentiert. Während es früher undenkbar war, dass man auch nur den Namen eines sogenannten Oppositionellen oder eines Konterrevolutionärs nannte und noch viel weniger, dass man sie zu Wort kommen ließ, hat man jetzt erkannt, dass sie selbst sich besser entlarven, besser lächerlich machen können, als wir dazu jemals in der Lage wären.

Nicht alle Sendungen haben die gleiche Schärfe, aber es gab diverse Highlights, auf die immer wieder gerne zurückgegriffen wird. Eines davon war das Pferd Malangón. Der kubanische Konterrevolutionär Eliécer Ávila hat dieses Video nach sieben Jahren aus der Versenkung geholt. Warum, wird wohl immer sein Geheimnis bleiben. Dieses Pferd Malangón ist offizielles Mitglied der Unión Patriótica de Cuba. „Das ist Malangón“ sagt der Mann auf dem Video und zeigt Blätter in die Kamera, die beweisen sollen,

dass das Pferd, das an einem Bein eine Banderole mit der Aufschrift „Freedom Fighter“ trägt, bereits 12 mal angeklagt wurde. Dabei machen der Mann und die Frau ein todernstes Gesicht und der Zuschauer glaubt, dass sie jeden Augenblick in Gelächter ausbrechen werden oder jemand „Versteckte Kamera!“ ruft, aber nein, es ist ein Propagandafilm der Opposition. Malangón hat bei CON FILO inzwischen Kultstatus.

Ein anderes Video, das außerdem wieder deutlich macht, wie hart die Konterrevolution in Miami von der Sendung getroffen ist, zeigt angeblich die Ana von CON FILO, wie sie in Miami ankommt, mit Hut und großer Sonnenbrille, verfolgt von einem Kamerateam, das den Leuten in Kuba weismachen will, sie habe sich dorthin abgesetzt. Was das Ganze bringen sollte, da Ana natürlich nie in Miami war und wieder die nächste Sendung moderierte, ist nie genau zu ergründen gewesen.

Immer wieder gern dazwischengeschaltet wird auch der sogenannte Oppositionelle José Daniel Ferrer García, wie er plötzlich im Verhör mehrmals mit Gebrüll seinen Kopf heftig auf den Tisch schlägt. Er wollte dann mit den Beulen kundtun, wie er von den Sicherheitskräften misshandelt wurde. Ihm war

offensichtlich nicht klar, dass sein ganzer Auftritt von einer Kamera festgehalten wurde. CON FILO bringt die Szene immer mal wieder, weil sie wirklich so unglaublich ist.

Und dann Yunió García – „einer unserer Favoriten“, wie Chefmoderator Michel Torres immer wieder betont. Der Dramaturg als Oppositionsführer und Liebling der ausländischen Medien aus der Bewegung 15 N, der den großen „friedlichen“ Marsch gegen die Regierung anführen sollte. Das Ganze wurde damals medienmäßig aufgebauscht, Yunió García: Der neue Guaidó. Als sich nichts tat, wurde dann medial zuerst verbreitet, er sei entweder tot, verschwunden oder entführt. In Wirklichkeit hatte er sich schon Tage vorher ein Visum für Spanien besorgt. CON FILO zeigte ihn dann, – untermalt von dem Lied „Se fue“ („Er ist fortgegangen“) von Raúl Torres – wie er mit Lebensgefährtin und Koffern auf dem Flughafen von Havanna in Richtung Spanien abdüste und seine frustrierten Anhänger zurückließ. Timothy Zúñiga Braun, Geschäftsträger der US-Botschaft in Havanna, nannte das Ganze ein Fiasco. CON FILO erinnert immer wieder gern daran. Yunió forderte (aus seinem Exil), man müsse CON FILO ein Ende bereiten.





Wir sind ein recht gebildetes Volk. Wenn man uns dummes Zeug andrehen will, merken das die meisten von uns. Die „Freiheit“, die sie meinen. Die frugale, an Ausgezehrt-heit grenzende „Demokratie“ westlichen Musters, mit der wir uns begnügen sollen. Mit Helms-Burton III – einem US-Gesetzesartikel, der unsere angeblichen Schulden bei diesem Land in wievielen tausend Jahren nihilieren würde? Eine wahnsinnig attraktive Vorstellung!

Die Influencer, die 90 Meilen gegenüber ihr Unwesen treiben, mögen CON FILO gar nicht. Sie waren jahrelang konkurrenzlos glücklich mit ihren Falschmeldungsorgien. Und nun das! Man sah sich gezwungen, zu härteren Mitteln der Desinformation zu greifen, deren härtestes wohl die Behauptung war, das Programm sei überhaupt nicht so beliebt – und das just zu dem Zeitpunkt, da es hier die Schallmauer von einer Million Zuschauern pro Sendung knackte ...

Hier nun passiert etwas Seltsames: Die Tatsache, dass sie wütend werden, wenn man sich über sie lustig macht, setzt voraus, dass sie merken, dass man sich über sie lustig macht. Na sowas! Da sitzen sie

in ihrem „Sunshine State“ und sondern eine Ungereimtheit nach der anderen ab, vermischt mit vulgären Intervikten, und dabei ist ihnen nicht klar, wie sehr sie sich zum Gespött machen. Aber wenn sie ihr eigenes Zeug – mit ihren eigenen Gesichtern – in CON FILO wiedersehen, dann erkennen sie mit einer (nennen wir es mal) unbewusst aktivierten Restintelligenz, dass man sie hochnimmt. Merkwürdige Zeitgenossen.

Auf der Präsentationsebene besteht die „Chefetage“ des Programms aus drei Leuten: Die Frontfigur ist Michel Torres. Er spielte fast von Anfang an die Hauptrolle und tut es im Grunde immer noch. Allerdings hat er sich in letzter Zeit etwas zurückgenommen, was daran liegt, dass er auch noch anderweitig beschäftigt ist, etwa als Direktor des Verlags „Nuevo Milenio“ oder als Autor für die Granma. Wer die deutsche Ausgabe der Zeitung im Abo hat, kennt ihn schon seit längerem. Seine beiden kongenialen Gefährtinnen Gabriela Fernández und Ana Álvarez ersetzen ihn jedoch nicht minder souverän. Während Gabriela ihre Moderation mit sehr viel Charme an-

reichert, ist Ana eher der trockene Typ; meines Erachtens sind es aber vor allem die Sendungen, durch die Letztere führt, die ihr Tempo aufrecht halten – häufiger Sprecherwechsel, kein Redebeitrag über zwei Minuten und ähnlich harte Kriterien. Da sind die beiden anderen mitunter schon nachlässiger. Die Gefahr ist besonders hoch, wenn Prominente aus der Politik sich an CON FILO beteiligen und dabei dem Zuschauer ein Bein abreden wollen. Das ist pures Gift für die Sendung. Es ist ihr einfach nicht gemäß. Ich fürchte, binnen kurzem wechseln Leute den Kanal. Die ultimative Abstrafung!

Michel, jemand der, wie schon erwähnt, mehreren Sätteln gerecht werden muss, hat seit einiger Zeit den Posten des Ersten Steuer-manns für die Live Performance der „Pupila afilada“ (geschärfte Pupille), inne, welche die „Pupila asombrada“ (erstaunte Pupille) ersetzt hat, über die ich mindestens zwei frühere CL-Beiträge geschrieben habe. Der Ort des einstigen Events war das „Hueco“, Ecke G und 21. Straße. Die Heimat des jetzigen ist die „Casa de Amistad“ des ICAP, Ecke Paseo und 17. Straße. Da ist auch mehr Platz! Etwa für die vielköpfige Band „Arnaldo y su Talisman“, die erst kürzlich das Publikum dort von den Sitzen riss. Arnaldo war übrigens – inzwischen gewählter – Abgeordneterkandidat aus Ciego de Ávila für die Wahlen zur Nationalversammlung. Er und seine Leute waren für diesen Gig folglich weit angereist. Heiße Rhythmen sind das Eine, und die Politik, ohne die bei der Veranstaltung gar nichts geht, ist das Andere.

Das Programm des kubanischen Fernsehens CON FILO entstand als Koproduktion zwischen *Cubadebate*, „La Pupila Insomne“ und dem ICRT als Reaktion auf jenen berühmten 11. Juli 2021, als man zum x-ten Male das Ende des kubanischen Sozialismus herbeizu-

schreiben bemüht war. Im Ausland, wohlgemerkt – während man sich auf der Insel anschickte, Unruhe wieder durch Ruhe zu ersetzen. Erheblicher Vandalismus gegen Material (umgestürzte Autos/geplünderte Geschäfte), gegen Menschen (eingeworfene Fensterscheiben in Krankenhäusern, eines davon eine Kinderklinik/Steine auf Leute, die öffentliche Gebäude hatten schützen wollen), sowie etliches andere mehr, waren in einer Art argumentativem Schraubensalto uminterpretiert worden zu legitimen Protesten von „Regimegegnern“. Die Geburtsstunde der konzertierten Fake-News-Kampagne schlug an diesem Tag. Es betraf sowohl jene Netzwerke, von denen sich nicht wenige aus nur schwer nachvollziehbaren Gründen „sozial“ nennen und mit besonderer Vorliebe „linchamientos“ begehen (d. h. mediales Lynchen von kubanischen Künstlern, die sich nicht gegen die „grausame Diktatur“ positionieren) als auch Mainstream-Medien, die nach dem sattem bekannten Motto verfahren: Nur schlechte Nachrichten über Kuba lohnen die Berichterstattung. Da ließ sich trefflich der Mythos vom Polizeistaat füttern. Was hatten wir doch wieder alles verbochen! Politische Gefangene zu Straftätern ohne jeden Rechtsbeistand gemacht, unsere Haftanstalten mit Minderjährigen gefüllt und Gott weiß, was sonst noch.

Diese schamlose Realitätsverzerrung über Wochen hinweg wurde exakt einen Monat nach den Ausschreitungen, also am 11. August, durch die Uraufführung von CON FILO gekontert. Ganz am Anfang lag die Leitung bei Karima Oliva Bello, aber schon bald übernahm Michel Torres Corona. Eigentlich war die Sendung nicht als feste Einrichtung angedacht, sondern zuerst nur als Bestandteil des Sommerprogramms geplant. Damals noch dreimal pro Woche, aber *nach* der

Telenovela! Ihre sprunghaft wachsende Beliebtheit schuf jedoch neue Regeln. Normalerweise beginnt die Sendung um 9 Uhr 15 abends, es sei denn, Kuba fällt der Himmel auf den Kopf, was er öfters tut und damit eine Verlängerung des „Noticiero“ auf Cubavision nötig macht, die bis zu einer halben Stunde dauern kann. Grundsätzlich ist man gut beraten, vor der Sendung auf Kubas „Erstem“ zu bleiben, um nicht den Anfang zu verpassen. Gar nicht so selten kommt es auch zu Verfrühungen (die sich kein Mensch erklären kann).

In einem Charakterisierungsversuch heißt es unter anderem, die Sendung suche „nach dem Wesen hinter dem Schein, den bestimmte hegemoniale Medien der Insel aufzwingen wollen“. CON-FILO-Frontmann Michel Torres weist immer im Vorspann als Ziel aus: „Die Nähte der Medienmanipulation aufreißen“ (was er mit einer lässigen Geste illustriert, als ziehe er einen Reißverschluss nach unten) „und die Schärfe der Ereignisse herausarbeiten.“

In einem schon etwas älteren Granma-Beitrag (27. Juni 2022) mit dem Titel „Sag mir, was du angreifst, und ich sage dir, was du verteidigst“ reagiert Antonio Rodríguez Salvador auf eine der Frontalattacken von virtuellen CON-FILO-Jägern auf die Sendung. Er schreibt: „Was für Adjektive diese Leute zu benutzen wissen! Was für eine Steinigung! Und selbst solche, die als intelligent oder zumindest informiert gelten, geben ihre >Likes< zu der Behauptung, dass viele Menschen ihren Fernseher ausschalten, wenn CON FILO beginnt. (...) Wirklich, ihr Lieben, woher wisst ihr das? Welche Art von Umfrage legt ihr zu Grunde?“ Er führt aus, dass das Programm in vom kubanischen Fernsehen wöchentlich durchgeführten allgemeinen Studien eine durchschnittliche Einschaltquote von 15 Punkten erreicht habe –

eine sehr hohe Quote für eine politische Sendung. Süffisant hakt er nach: „Facebook-Milizionäre, habt ihr jemals eure geschätzten >Likes< mit einer Million geteilt?“ Den „Träumern auf dem Podium“ gibt er zu bedenken, „dass man für eine Rede mehr braucht als Adjektive oder emotionsgeladene Aussagen, man braucht vor allem Argumente“. Und über den Maximalismus dieser Minimalisten äußert sich der Granma-Autor so: „Ich vermute, dass ihre Vorfahren in der Steinzeit vom Beerensammeln lebten und dann fette Mammuts an die Höhlenwände malten.“

Zum Zeitpunkt des Erscheinens besagten Artikels waren 95 Sendungen von CON FILO ausgestrahlt worden, „95 präzise Schläge gegen die Medienmanipulation gegen Kuba ... ein zu Unrecht angegriffenes Land“. Und hier kommt Rodríguez Salvador auf seine Titelseite zurück. Sag mir, was du angreifst, und ich sage dir, was du verteidigst. Angesichts der Tatsache, dass kein Tag mehr vergeht, an dem nicht versucht wird, „eine Matrix zu erzeugen, die Unbehagen, Angst, Hass, Misstrauen weckt“ und dass „unser >Richter< das Land mit der traurigsten Bilanz an Aggressionen und Attentaten in der ganzen Welt“ ist, stellt er die Frage, ob diejenigen, „die uns – aus Mittelmäßigkeit, Opportunismus oder sogar aus einem punktuell triftigen Grund – mit übertriebener Vehemenz kritisieren, sich der Seite bewusst sind, die sie wählen“

Ich unterstelle hier einmal, diese vom Schreiber in den Raum gestellte Frage ist rhetorischer Natur. Die Täter wissen sehr wohl um die Konsequenzen ihres Tuns und er weiß, dass sie es wissen. Er endet seinen Beitrag mit einer Song-Zeile seines berühmten Nachnamen-Vetters Silvio Rodríguez: „Viven muy felices/los que no miran más allá de sus narices“ (Sie leben sehr glücklich/die, die nicht über ihre Nasen hinausschauen).

## Irland bittet Kuba um Hilfe

Das britische Gesundheitssystem NHS (National Health Service) ist in der Krise. Im nordirischen Enniskillen, Grafschaft Fermanagh, ist die Situation besonders schlimm. Der Betrieb des lokalen Krankenhauses kann nicht mehr aufrechterhalten werden, da geeignetes Personal fehlt. Die Notaufnahme musste eingeschränkt werden, die Notfallchirurgie sogar gänzlich geschlossen werden. Immer mehr Ärztinnen und Ärzte wandern aus den ländlichen Regionen aufgrund der Wohnungsnot und Teuerungskrise ab. Im Vereinigten Königreich kämpfen Jungärztinnen und -ärzte seit Monaten für bessere Löhne. Mitte Mai 2023 gab es abermals Streiks, da sie endlich eine reale Lohnerhöhung bekommen wollen.

Der Gemeinderat hat daher im Dezember 2022 beschlossen, die kubanische Botschaft in London um Hilfe zu bitten. Die Gespräche verliefen erfolgreich und in den nächsten Monaten werden vier Chirurgen aus Kuba im Krankenhaus Enniskillen ihre Arbeit beginnen.

Cuba Libre sprach mit dem unabhängigen Gemeinderat Eamon Keenan, der im Dezember den Antrag eingebracht hat, und mit dem Abgeordneten zum irischen Parlament in Dublin, Thomas Pringle TD, über die Solidarität in Irland mit Kuba und über die gemeinsame Geschichte und den antikononialen Kampf, der die beiden Inseln verbindet. Pringle ist im irischen Parlament, Dáil Éireann, Vorsitzender der Cuba Ireland Parliamentary Friendship Group, einer überparteilichen Interessensvertretung kubasolidarischer Parlamentarier.

Das Gespräch führte Dieter Reinisch, Belfast

*Cuba Libre: Eamon, du hast im Dezember 2022 den Antrag im Gemeinderat eingebracht, um Unterstützung von kubanischen Ärztinnen und Ärzten zu bekommen. Wieso hast du das getan?*

Eamon Keenan: Letzten Herbst wurde die Notaufnahme im Krankenhaus South West Acute Hospital in Enniskillen geschlossen. Ich selbst verfolge die Arbeit der kubanischen Medizinerinnen und Mediziner schon seit vielen Jahren und sie leisten außergewöhnliche Arbeit überall auf der Welt. Ich habe daher in der Sitzung des Gemeinderats von Fermanagh, dem Fermanagh and Omagh District Council, einen Antrag eingebracht, dass wir um Hilfe von der Henry-Reeves-Brigade ersuchen. Wir haben dafür eine überwältigende Mehrheit bekommen. Das lag sicherlich an der prekären Situation hier.

Wir haben die kubanische Botschaft in London angeschrieben und ein Antwortschreiben von Marta Castillo González erhalten. Darin bat sie um ein Gespräch mit

uns und um weitere Informationen von uns. Alle voran natürlich, was der genaue Umfang unserer Bitte war. Es gab dann Treffen mit den Krankenhausbetreibern Western Trust, in denen die wichtigsten Punkte geklärt wurden. Marta informierte uns dann, dass für unsere Situation nicht die Henry-Reeves-Brigade, sondern das Cuban International Medical Service Team, der beste Ansprechpartner sei. Die arbeiten nun mit dem Personalbüro von Western Trust zusammen, um alles für ein kubanisches Ärzteteam vorzubereiten.

*CL: Wie ist die Situation im Gesundheitssystem? Warum habt ihr diesen Schritt gesetzt?*

EK: Der NHS in der Grafschaft Fermanagh ist in einer schweren Krise. Die Situation mit praktischen Ärztinnen und Ärzten ist besonders schlimm. Sehr viele Praxen mussten in der letzten Zeit schließen, weil Ärztinnen und Ärzte in Pension gehen und es kommen keine jungen Ärztinnen und Ärzte nach. Immer mehr arbeiten auch in Privatpraxen. Als das Krankenhaus vor zwölf Jah-



Thomas Pringle und Ana Teresita González Fraga, Stellvertretende Außenministerin Kubas

Foto: privat

ren errichtet wurde, war es ein sehr modernes Krankenhaus, aber es gibt nicht genug Personal.

Die Eigentümer sagen, dass Menschen nicht in diese ländliche Gegend ziehen wollen, aber ich glaube das nicht. Das ist nur ein vorgeschobenes Argument. In Wahrheit sind die Probleme die Sparmaßnahmen und die Privatisierungen des Gesundheitswesens. Die Eigentümer sagen, sie können niemanden rekrutieren. Sie hätten auch international versucht, Ärztinnen, Ärzte und medizinisches Personal anzuwerben. Sie haben es offensichtlich nicht in Kuba versucht, denn sofort, als die Bitte vom Gemeinderat kam, gab es eine positive Rückmeldung aus Kuba.

*CL: Wie ist der aktuelle Stand der Gespräche mit der kubanischen Botschaft in London?*

EK: Die kubanische Botschaft hat direkten Kontakt zwischen den Krankenhausbetreibern und dem Gesundheitsministerium in Kuba hergestellt und nun arbeiten sie an den Formalitäten. Das kann ein paar Monate dauern, aber ich habe die Betreiberfirma gebeten, monatlich dem zuständigen Komitee des Gemeinderats Bericht zu erstatten. Wir wollen wissen, dass alles problemlos vonstatten geht und es auf keiner Seite irgendwelche Probleme gibt. Und um Druck auszuüben, dass etwas weitergeht. Denn natürlich ist nicht jeder mit der Unterstützung, die wir von Kuba bekommen, glücklich. Es gibt unterschiedliche politische Positionen. Aber mir ist das egal, denn gleich welcher politischen Überzeugung du bist, irgendwann brauchst du auch einmal einen Arzt.

*CL: In welchem Umfang braucht ihr Unterstützung? Wieviele Ärzte und in welchem Zeitraum?*

EK: Um die Notfallchirurgie wieder öffnen zu können brauchen wir

vier Chirurgen. Das ist, was wir nun vorrangig brauchen und die Krankenhausbetreiber und Kuba sind sehr zuversichtlich, dass dies funktioniert.

*CL: Thomas, du hast im irischen Parlament einen ähnlichen Antrag wie Eamon im Gemeinderat im Norden, eingebracht. Wie ist die Situation in der südlichen Republik?*

Thomas Pringle: In der Republik Irland ist die Situation ein wenig anders, da wir hier nicht die privaten Trusts haben, die Eigentümer von Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen sind. Das Gesundheitswesen ist zentralisiert und das Gesundheitsministerium ist zuständig und delegiert die Zuständigkeiten. Aber genauso wie Eamon die Situation in Fermagh beschrieben hat, haben wir sehr große Probleme im medizinischen Bereich. Ich bin Abgeordneter für die Grafschaft Donegal, das ist im äußersten Nordwesten der Insel. Für die ganze Grafschaft haben wir zwei Krankenhäuser in Letterkenny und Sligo. Letterkenny hat sehr ähnliche Probleme im Anwerben von Ärztinnen und Ärzten. Auch hier gibt es eine ganze Bandbreite an Problemen.

Das Hauptproblem hier ist, dass alle Ressourcen von den kleineren Krankenhäusern abgezogen werden und in großen Krankenhäusern zentralisiert werden. Das größere, zentrale Krankenhaus für Donegal ist in der Stadt Galway. Von dort ist es viereinhalb Stunden Fahrzeit für die Leute aus Malin Head oder Inishowen im Norden von Donegal. Es ist sehr weit weg und sehr mühsam für die dort lebenden Menschen, die medizinischen Angebote dort in Anspruch zu nehmen. Donegal liegt in der Republik und wir haben auch versucht zwischen Letterkenny und Derry über die Grenze hinweg mit Nordirland ein medizinisches Angebot aufzubauen. Derry hat ein



Belfast-  
Foto: gemeinfrei

Krankenhaus und liegt in Nordirland. Das hat auch gut funktioniert, aber es immer nur einseitig: Derry hat Donegal geholfen und zurück kam nichts, daher kann das auf Dauer nicht funktionieren.

Dann gibt es auch noch das Problem mit den praktischen Ärztinnen und Ärzten, wie es auch Eamon angesprochen hat. Aber wiederum ist es in der Republik etwas anders, weil in der Republik alle praktischen Ärztinnen und Ärzte selbstständige private Anbieter sind. Sie haben Verträge mit dem Gesundheitssystem HSE, für Patientinnen und Patienten des HSE und daneben dann natürlich eine große Anzahl an Privatpatienten ohne HSE-Vertrag. Daher gibt es ein großes Problem ausreichend Ärztinnen und Ärzte in der gesamten südlichen Republik zu halten und neue zu finden.

Das Grundproblem ist die Ausbildung. Durch die Sparprogramme werben die Universitäten vor

allem ausländische Studierende an, die viel höhere Studiengebühren zahlen. Damit machen die Universitäten mehr Geld, aber somit gibt es immer weniger Medizinstudenten, die nach der Ausbildung eine Beziehung zur Insel haben und hier arbeiten wollen. Daneben gehen dann noch viele irische Ärztinnen und Ärzte weg. Sie wandern in die USA, nach Kanada oder Australien aus, wo die Arbeitsbedingungen besser sind und sie mehr verdienen.

Ich habe das Problem der Ärzterekrutierung im irischen Parlament Dáil im vergangenen Jahr mit dem Regierungschef (Taoiseach), dem Gesundheitsminister und der gesamten Regierung angesprochen, Anträge formuliert und es in Fragestunden angeschnitten, aber bisher noch von niemanden eine Antwort erhalten. Wir haben

im Parlament viel weniger Möglichkeiten etwas voranzubringen als Eamon im Gemeinderat, wo alles schneller beschlossen und umgesetzt werden kann. Im Parlament gibt es die ganzen Komitees und Ausschüsse und ich habe natürlich versucht, auch Druck durch den Gesundheitsausschuss auszuüben.

Ich bin der Vorsitzende des Irisch-Kubanischen Freundschaftsausschusses im Parlament. Ich habe mit der kubanischen Botschaft und dem Botschafter in Irland regelmäßigen Kontakt. Der kubanische Botschafter hat mir auch immer wieder versichert, dass sein Land mehr als gewillt ist, Irland zu helfen. Das Problem ist einfach, dass das Ansuchen offiziell von Irland an Kuba gestellt werden muss. Und hier liegt das Problem: Wir laufen beim Gesundheitsmi-

nisterium gegen eine Wand. Niemand will dort etwas unternehmen. Es ist sogar schwer jemanden zu finden, der auch nur im Entferntesten ein Interesse an dieser Angelegenheit zeigt. Das ist verrückt. Vielleicht gibt es politische Probleme oder der Medizinerverband ist dagegen. Wir wissen es nicht, weil wir gar keine Antwort bekommen. An der Qualifikation der kubanischen Ärzte kann es nicht liegen, denn es gab immer wieder kubanische Ärztinnen und Ärzte, die sehr gute Arbeit in Portugal, Italien oder Schweden machen.

Es gibt europäische Standards und somit ist es klar, wenn kubanische Ärztinnen und Ärzte in Italien arbeiten können, dann sollten sie das auch in Irland können. Das ist nur eine Frage von ein paar Verwaltungsschritten. Ich hoffe, dass es noch dazu kommt und es als eine Überbrückungsmaßnahme angewendet wird für ein paar Jahre. Es gibt Pläne der Regierung, die Medizinausbildung auszubauen, aber es wird eine Lücke geben, die für ein paar Jahre gefüllt werden muss.

*CL: Du hast das Irisch-Kubanische Freundschaftskomitee im Parlament erwähnt. Was ist das?*

TP: Das Parlament in Dublin hat freundschaftliche Beziehungen zu anderen Parlamenten auf der ganzen Welt. Die Irland-Kuba-Gruppe ist eine der ältesten dieser Komitees. Alle Parlamentarier, egal aus welcher Fraktion sie kommen, können Mitglied sein. Letztes Jahr gab es ein Treffen zwischen uns und dem kubanischen Parlament über Zoom. Wir haben uns gegenseitig über unsere Arbeit informiert und wir sprachen darüber, wie wir uns gegenseitig helfen und unterstützen können. Etwa was wir gegen die US-amerikanische Blockade machen können und wie wir gemeinsam bei den Vereinten Nationen auftreten können.



Derry - Bogside  
Foto: Will Baker



Wir sprechen als Komitee auch direkt mit dem irischen Außenminister und dem Ministerium über die Situation in Kuba und versuchen auf diesem Weg zusätzlich etwas für Kuba zu machen. Dann gibt es immer wieder Treffen und direkten Austausch, wenn eine Gruppe von Parlamentariern nach Kuba oder eine Gruppe kubanischer Parlamentarier von unserem Komitee nach Irland eingeladen wird. Es hängt ganz von den tagesspolitischen Entwicklungen ab, wieviel Arbeit das Komitee macht, aber es hilft auch der kubanischen Botschaft zu sehen, welche Parlamentarier gewillt sind, Solidarität mit Kuba zu zeigen.

*CL: Wer sind die Abgeordneten, die Teil des Komitees sind?*

TP: Die Mehrheit sind Unabhängige und Parlamentarier der republikanischen Partei Sinn Féin. Es gibt dann auch ein, zwei Abgeordnete von den Regierungspartei-

en, der konservativen Fianna Fail und den Grünen, die immer wieder mal vorbeischauchen.

*CL: Eamon, du hast auch vorhin gemeint, dass nicht jeder im Gemeinderat deine Initiative unterstützt hätte. Wer sind deine politischen Verbündeten?*

EK: Diejenigen, die die Initiative zum Laufen gebracht haben, waren auch hier die unabhängigen Abgeordneten. Ich bin auch ein Unabhängiger. Wir sind nur gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern Rechenschaft pflichtig und nicht irgendwelchen Parteien. Kaum verwundert waren die probritischen Unionisten sehr reserviert gegenüber unserer Idee. Aber aufgrund der großen Unterstützung der Bevölkerung mussten sie schließlich auch zustimmen. Denn innerhalb von drei Wochen haben 30.000 Menschen hier in Enniskillen eine Petition unterzeichnet, die gefordert hat, die Notfallchi-

rurgie wieder zu öffnen. Die Unionisten sind darüber nicht glücklich, aber nach außen hin mussten sie die Initiative unterstützen.

Thomas hat über die praktischen Ärztinnen und Ärzte im Süden in der Republik gesprochen. Ich merke das auch im Norden. Ich war die letzten Wochen, im März und April, viel auf der Straße und habe mit Leuten geredet. Im Frühjahr war Wahlkampf in Nordirland. Sehr viele Leute haben zu mir gesagt: „Warum können Kubanerinnen und Kubaner nicht auch als praktische Ärzte bei uns arbeiten?“ Das wird der nächste Schritt sein, den ich umsetzen möchte.

Ich werde dabei auch mit Thomas zusammenarbeiten und eine gesamtirische Initiative starten. Denn es zeigt sich, wieviel Solidarität es von kubanischer Seite her gibt, während das Gesundheitssystem auf beiden Seiten der irischen Grenze nur von Profitgier angetrieben wird und nicht von

medizinischer Hilfe oder Unterstützung von Menschen mit gesundheitlichen Bedürfnissen, wie es eigentlich sein sollte.

*CL: Du hast die Solidarität der Bevölkerung mit Kuba erwähnt. Planst du auch weitere Aktionen abseits des NHS?*

EK: Ich habe begonnen Spenden für die medizinische Versorgung in Kuba zu sammeln und möchte mehr Bewusstsein in der Bevölkerung für die Situation in Kuba schaffen. Es sollte alles eine gegenseitige Unterstützung sein. Wenn Kuba es schafft, medizinisches Personal in ein angeblich so reiches Land zu senden, dann sollten wir in der Lage sein, alles zu tun, was uns möglich ist, um Kuba gegen die US-Blockade zu unterstützen. Was Thomas im Parlament macht, um auf die Blockade aufmerksam zu machen, ist wunderbar, aber wir müssen das noch ausweiten.

*CL: Thomas, ich habe dieselbe Frage an dich: Was sind deine weiteren Pläne, sowohl im Parlament als auch außerhalb?*

TP: Primär gilt es, das Irland-Kuba-Komitee am Leben zu halten und unsere Arbeit weiterhin mit der kubanischen Botschaft zu koordinieren, denn die wissen am besten, was Kuba braucht und in welche Richtung wir unser Lobbyarbeit konzentrieren sollten. Derzeit versucht Kuba den Tourismus- und Landwirtschaftssektor zu entwickeln und da gibt es bestehenden Austausch zwischen Irland und Kuba, den wir weiter verstärken wollen. Zuerst sehen wir unsere Aufgabe darin, alle anderen Parlamentarier über die Situation zu informieren. Aber dann gibt es auch die politische Arbeit außerhalb des Parlaments, die dazu dient, die Menschen über diese Entwicklungen zu informieren.

In diesem Zusammenhang wird es sehr wichtig sein, dass die kubanischen Ärztinnen und Ärzte schließlich kommen. Die Menschen werden Kuba dankbar sein und es wird die Verbindungen zwischen Irland und Kuba noch weiter vertiefen.

*CL: Ihr habt beide schon mehrmals die Kuba-Solidarität erwähnt. Es scheint, als würde es mehr Unterstützung für Kuba in Irland geben als in anderen europäischen Ländern. Wieso ist das der Fall?*

EK: Ich glaube das ist so, weil beide Ländern unter dem Imperialismus gelitten haben: Britischer Imperialismus hier, US-amerikanischer Imperialismus da. Wir verstehen es, wie es ist, so nahe an einer brutalen, imperialistischen Macht zu leben. Kuba leidet seit langem unter der Blockade und Irland hat 800 Jahre unter dem britischen Imperialismus gelitten.

TP: Zusätzlich zu den historischen Erfahrungen mit dem Imperialismus hat Irland immer eine enge Beziehung mit Ländern wie Kuba und anderen Ländern auf der Welt, die den Kolonialismus und Imperialismus überwinden wollen. Irland hat immer diese Länder unterstützt, die sich vom Kolonialismus zu emanzipieren versuchten. Das Problem heute ist, dass wir uns im Schnellschritt hin zu einem neuen europäischen Imperialismus entwickeln. Leider will auch die irische Regierung uns näher an Frankreich, Deutschland und andere imperialistische Mächte binden. Die irische Bevölkerung will das nicht, aber die Regierung macht dennoch alles in ihrer Macht stehende, um das Land auf diesen Weg zu bringen. Dadurch werden auch die Verbindungen und die Unterstützung der irischen Regierung mit Kuba schwächer. Genauso wurden in den letz-

ten Jahren die Beziehungen mit Palästina schlechter. Es gibt immer weniger Unterstützung von der Regierung mit der palästinensischen Sache, da sie eine eigenständige Außenpolitik aufgibt und sich der EU unterstellt.

*CL: Was ist derzeit die offizielle Politik Irlands gegenüber Kuba?*

TP: Das würde ich gerne selbst wissen. Kuba versucht Verbindungen mit der EU zu stärken und Handelsabkommen zu schließen und von irischer Seite wird das in Brüssel sehr unterstützt. Es gibt jetzt keine offizielle Linie, aber bisher war noch jeder Außenminister im Großen und Ganzen solidarisch mit Kuba und erkannte die Probleme und Bedürfnisse Kubas an. Auch in meinen Gesprächen mit dem kubanischen Botschafter kann ich erkennen, dass Kuba recht zufrieden mit der Position Irlands in Brüssel ist.

*CL: Eamon, wie ist die Solidarität mit Kuba in der nordirischen Bevölkerung?*

EK: Ein Teil der Bevölkerung hatte immer eine positive Beziehung zu Kuba aufgrund des gemeinsamen Kampfes. Und aufgrund des Kampfes hier in den 1970ern, 80ern und 90ern war das umgekehrt genauso. Menschen aus dieser Generation und mit irisch-republikanischer Überzeugung üben eine ganz klare Solidarität mit und haben Verständnis für Kuba. Die Menschen auf der entgegengesetzten Seite des politischen Spektrums sehen Kuba als einen Freund ihres Feindes. Dass nun aber Kuba medizinische Hilfe schickt, hat Zäune niedergerissen und ich hoffe wir können darauf aufbauen.

*CL: Herzlichen Dank für das Gespräch und viel Erfolg für eure Solidaritätsarbeit mit Kuba.*

## Wirtschaftssanktionen töten

Der Globale Süden verweigert dem Westen die Gefolgschaft: Bewegung der Blockfreien Staaten fordert Beendigung einseitiger Embargomaßnahmen und verteidigt damit das Völkerrecht gegen USA und EU

Von Sevim Dagdelen

Die Länder des Globalen Südens beteiligen sich nicht am Wirtschaftskrieg gegen Russland. Aus guten Gründen und um die dramatischen Folgen der Sanktionspolitik des Westens wissend: Wirtschaftssanktionen töten. Sie sind keine Alternative zum Krieg, sondern frei nach Clausewitz, Krieg mit anderen Mitteln, der allen voran die Zivilbevölkerung trifft. Bei seiner Rede in Warschau erklärte US-Präsident Joe Biden Ende März 2023 davon unbeeindruckt: „Diese Wirtschaftssanktionen sind eine neue Art von wirtschaftlicher Staatskunst, die Schaden anrichten kann, und die es mit militärischer Macht aufnehmen kann.“

Wirtschaftssanktionen zielen auf Verarmung und Verelendung. Sie treffen immer die Schwächsten und nehmen den Tod der Zivilbevölkerung in Kauf. 500.000 Kinder im Irak sind in den 1990er Jahren infolge der US-Sanktionen gestorben. Die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright meinte im Fernsehen, sie seien „den Preis wert“. Laut einer Studie des Washingtoner Center for Economic and Policy Research (CEPR) haben infolge der US-Sanktionen in Venezuela in den Jahren 2017 bis 2019 an die 40.000 Menschen ihr Leben verloren. In Syrien wird durch die Sanktionen der Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes blockiert und den Menschen jede Perspektive für wirtschaftliche Entwicklung geraubt. Selbst Beton darf nicht eingeführt werden. Das sozialistische Kuba muss sich seit mehr als 60 Jahren der inhumanen US-Blockade erwehren – mit mehreren Milliarden Schaden jährlich.

Weitestgehend unbeachtet von den großen westlichen Medien ha-

ben im vergangenen November 185 Staaten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen für die Resolution zur Aufhebung der einseitigen illegalen US-Blockade gegen Kuba gestimmt. Die USA wurden damit zum 30. Mal in Folge von der internationalen Staatengemeinschaft einvernehmlich verurteilt und global isoliert. Die von den USA seit 1960 gegen Kuba verhängten Sanktionen seien völkerrechtswidrig und verletzen das Recht der Bevölkerung auf Leben und Gesundheit, betonen die UN-Mitglieder in überwältigender Eintracht. Scharf kritisiert wird, dass die US-Regierung die Blockade selbst noch während der Corona-Pandemie beibehalten und sogar noch verschärft hat. Weltweit stimmten nur zwei Länder für Washingtons selbsterhellende und menschenrechtsverletzende Blockade, die USA selbst und ihr enger Verbündeter Israel. Zwei weitere Staaten enthielten sich: Die von den USA abhängige Ukraine, die Waffen ohne Ende für den Stellvertreterkrieg gegen Russland bezieht, sowie das damals noch vom Faschisten Jair Bolsonaro regierte Brasilien.

Am 3. April 2023 schließlich stimmte der UN-Menschenrechtsrat mit überwältigender Mehrheit für eine von der Bewegung der Blockfreien Staaten eingebrachte Resolution, die ein Ende einseitiger Wirtschaftssanktionen fordert, wie sie gerade von den USA und der EU mit Ziel des Regime Changes in Stellung gebracht werden. Die Resolution A/HRC/52/L.18 fordert unter dem Titel „Die negativen Auswirkungen einseitiger Zwangsmaßnahmen auf die Wahrung der Menschenrechte“ alle UN-Mit-



gliedsstaaten auf, „keine einseitigen Zwangsmaßnahmen mehr zu ergreifen, beizubehalten, durchzuführen oder einzuhalten“, da diese „gegen die Charta der Vereinten Nationen und die Normen und Grundsätze für friedliche Beziehungen zwischen den Staaten verstoßen“.

Die Sanktionen des Westens wurden mit 33 zu 13 Stimmen als völkerrechtswidrig eingestuft. Bei den Gegenstimmen waren nur NATO-Staaten, darunter Deutschland, sowie die Mächtigen NATO-Mitglieder Georgien und Ukraine. Alle Vertreter afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Staaten verdammen, bei einer Enthaltung Mexikos, die westliche Sanktionspraxis als Völkerrechtsbruch. Und weil hier – etwa von der Ampel-Regierung –, die Legende verbreitet wird, hier ginge es um Demokratie versus Autokratie, seien hier die Länder aufgezählt, die im UN-

Menschenrechtsrat in der Sanktionsfrage das Völkerrecht verteidigen: Algerien, Argentinien, Bangladesch, Benin, Bolivien, Chile, China, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Eritrea, Gabun, Gambia, Honduras, Indien, Kamerun, Katar, Kasachstan, Kirgisistan, Kuba, Malawi, Malaysia, Malediven, Marokko, Nepal, Pakistan, Paraguay, Senegal, Somalia, Südafrika, Sudan, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate und Vietnam. Mit dem angenommenen Resolutionstext verurteilen diese Länder jenseits der US-geführten NATO und der EU „aufs Schärfste die fortgesetzte einseitige Anwendung und Durchsetzung solcher Maßnahmen durch bestimmte Mächte als Druckmittel, einschließlich politischen und wirtschaftlichen Drucks, gegen jedes Land, insbesondere gegen die am

wenigsten entwickelten Länder und die Entwicklungsländer, mit dem Ziel, diese Länder daran zu hindern, ihr Recht auszuüben, aus freien Stücken über ihr eigenes politisches, wirtschaftliches und soziales System zu entscheiden.“

Das ist eine überdeutliche rote Karte für die Regime-Change-Politik des Westens und fortgesetzten Völkerrechtsbruch. Bei der Ampel-Regierung denkt man gar nicht daran, den Mehrheitswillen der anderen Staaten ernst zu nehmen und umzusetzen. In einer Antwort auf meine Anfrage behauptete das grünengeführte Außenministerium in Berlin Ende April, „EU-Sanktionen stehen im Einklang mit dem Völkerrecht“. Da sie „gerade dazu dienen, sanktionierte Staaten zur Einhaltung von völkerrechtlichen Verpflichtungen zu bewegen, leisten

sie zudem einen Beitrag zur allgemeinen Stärkung internationalen Rechts. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der VN-Sicherheitsrat daran gehindert ist, tätig zu werden, beispielsweise als Reaktion auf den Syrienkonflikt, die russische Militäraggression gegen die Ukraine oder auch die Menschenrechtssituation im Iran.“

Deutlicher kann man kaum machen, dass man offensichtlich nur jene demokratischen Mehrheitsentscheidungen mitzutragen willens ist, die der eigenen Position entsprechen – gehen darüber noch so viele Menschen zugrunde. Die Bundesregierung leistet hier keinen Beitrag zur Stärkung des Völkerrechts, sondern betreibt seine Entleerung.

Sevim Dagdelen ist Mitglied des Deutschen Bundestages

Anzeige



**Vincent Bevins**

## Die Jakarta-Methode

Wie ein mörderisches Programm Washingtons unsere Welt bis heute prägt

Übersetzt und mit einem Nachwort von Glenn Jäger  
ISBN 978-3-89438-788-4 | Klappenbroschur | 427 Seiten | € 28,-

»Was am schockierendsten und zugleich für dieses Buch am bedeutendsten ist: Beide Ereignisse – Brasilien 1964 und Indonesien 1965 – führten zur Entstehung eines ungeheuerlichen internationalen Netzwerks der Vernichtung, das heißt des systematischen Massenmords an Zivilisten. Die Vorkommnisse betrafen viele weitere Länder, und sie waren entscheidend für die Herausbildung jener Welt, in der wir heute leben.« (aus der Einleitung)

»Fesselnd. ... ein Werk des erzählenden Journalismus, das die Geschichte der gewaltsamen Einmischung der USA in Südostasien und Lateinamerika durch die Geschichten derjenigen nachzeichnet, die es brutalisiert hat.« (Jacobin)

**PapyRossa Verlag | [www.papyrossa.de](http://www.papyrossa.de)**

An  
alle Mitglieder  
der FG BRD-Kuba e.V.



**Freundschaftsgesellschaft BRD – Kuba e.V.**  
Maybachstraße 159  
50670 Köln  
Telefon: 02 21 – 2 40 51 20  
Telefax: 02 21 – 6 06 00 80  
email: [info@fgbrdkuba.de](mailto:info@fgbrdkuba.de)  
Internet: [www.fgbrdkuba.de](http://www.fgbrdkuba.de)

Juni 2023

**49. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz der FG BRD - Kuba e.V.  
07. bis 08. Oktober 2023 in Leverkusen  
EINLADUNG**

Liebe Compañeras und Compañeros,

der Bundesvorstand beruft die 49. Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba für den 07. und 08. Oktober 2023 nach Leverkusen ein und schlägt folgende **Tagesordnung** vor:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK)
3. Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes und Finanzbericht
4. Bericht der Revisionskommission
5. Diskussion zu den Berichten
6. Entlastung von Kassierer und Vorstand
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Erfahrungsberichte aus den Regionalgruppen und Austausch über weitere geplante Aktivitäten
9. Impulsreferat von Seiten der kubanischen Botschaft zur aktuellen Lage in Kuba und Perspektiven (angefragt)
10. Wahl des Bundesvorstandes und der Revisionskommission
11. Antragsberatung und Beschlussfassung
12. Bekanntgabe des Wahlergebnisses
13. Diskussion und Beschlussfassung der Abschlusserklärung
14. Schlusswort

**Beginn:** Samstag, 07. Oktober 2023, 11:00 Uhr (Abendreise möglich!) – Ende: Sonntag, 08. Oktober 2023, ca. 14:00 Uhr

Der Auftakt zu unserer Konferenz wird voraussichtlich bereits am Freitagabend, 06. Oktober 2023, ein lockeres Treffen sein, das Gelegenheit zum Gedanken- und Informationsaustausch und zum Kennenlernen bietet.

**Delegiertenschlüssel:**

- drei (3) Delegierte, unabhängig von der Gruppengröße, aus jeder Regionalgruppe
- bei einer Gruppengröße ab 31 Mitgliedern pro jeder weiterer „angefangener“ zehn Mitglieder jeweils eine/n weitere/n Delegierte/n

**Antragsschluss: 26. August 2023**

„Anträge zur Bundesdelegiertenkonferenz können die lokalen Gruppen stellen.“ (Satzung)

**Anmeldefristen:**

**für Delegierte und Gäste: 18. August 2023 (eingehend in der Geschäftsstelle)**

**Anmeldungen müssen zwingend über die Geschäftsstelle erfolgen.**

Weitere Informationen erhalten die Delegierten in einem noch folgenden Anschreiben.

Mit solidarischen Grüßen im Namen des Bundesvorstands

Petra Wegener  
Vorsitzende

für den Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.

Peter Knappe  
stv. Vorsitzender



# 1. Mai 2024 in Havanna

# Kuba

mit  
**Cuba Libre**  
and  
**Unsere Zeit**



- ★ **Havanna**
- ★ **Santa Clara**
- ★ **Cienfuegos**
- ★ **Playa Giron**



- ★ 1. Mai – Teilnahme an Demonstration und Feier in Havanna
- ★ Havanna: Historische Altstadt, Revolutionsmuseum, Centro Fidel Castro, kommunale Projekte, Wiederaufbauprojekte nach dem Hurrikan
- ★ Treffen mit internationalen Soligruppen
- ★ Besuch von Bildungseinrichtungen und Solidaritätsprojekten
- ★ Santa Clara: Revolutionsmuseum, Che-Guevara-Mausoleum
- ★ Besuch von ökologischen und Umweltschutzprojekten
- ★ Besuch einer Kaffeeabrik
- ★ Treffen mit Vertretern einer Gewerkschaft und der PCC sowie einer Provinzverwaltung zur Entwicklung und zu Problemen der Wirtschaft, Besuch von lokalen Betrieben
- ★ Besuch des Nationalparks Montemar

**Informationen und Anmeldung:**  
[cuba-libre@fgbrdkuba.de](mailto:cuba-libre@fgbrdkuba.de) ★ [thomas.brenner@unsere-zeit.de](mailto:thomas.brenner@unsere-zeit.de)





# Kuba Kultur



## Die kulturellen Wurzeln Kubas entdecken

mit Cuba Libre und Unsere Zeit  
30. November bis 14. Dezember 2023

Informationen und Anmeldung:

[cuba-libre@fgbrdkuba.de.de](mailto:cuba-libre@fgbrdkuba.de.de) ★ [thomas.brenner@unsere-zeit.de](mailto:thomas.brenner@unsere-zeit.de)



Von Volker Hermsdorf

**CUBA LIBRE will in dieser Rubrik aufzeigen, was die Konzernmedien verschweigen, Falschmeldungen enthüllen und Manipulationen aufdecken.**

## Falschmeldungen Unterschlagungen Manipulationen



Werden auf Kuba Menschenrechte verletzt? Klare Antwort: Ja sicher – und zwar seit Jahren und in einem Ausmaß, das nahezu jede Vorstellung zivilisierte Menschen übertrifft. Zu den Torturen denen die Opfer ausgesetzt waren und sind gehören Schlafentzug bis zu 180 Stunden, Schläge auf die Geschlechtsteile, Schleudern gegen die Zellenwand, rektale Einführung von Nahrung und das – als „Waterboarding“ bezeichnete – simulierte Ertrinken. Auch die systematische Verletzung ethischer Werte und religiöser Überzeugungen seien an der Tagesordnung, so die aus Irland stammende UN-Sonderberichterstatterin Fionnuala Ní Aoláin Ende Juni in einer anlässlich des Internationalen Tages der Vereinten Nationen zur Solidarität mit den Opfern von Folter veröffentlichten Dokumentation. Ist also an den Behauptungen US-amerikanischer, europäischer und bundesdeutscher Politiker über Menschenrechtsverletzungen auf Kuba doch etwas dran?

### Baerbocks Guantánamo-Eiertanz

Die Lösung ist einfach und entlarvt die heuchlerischen Ankläger und Gegner des kubanischen Systems. Die Vorwürfe der UN richteten sich nämlich nicht gegen die sozialistische Regierung der karibischen Inselrepublik, sondern gegen die der USA, die auf Kuba in der von ihnen seit 1903 betriebenen Militärbasis in der Bucht von Guantánamo ein illegales Gefangenenlager und Folterzentrum betreiben. Seit 2002 waren dort zeitweise 800 Häftlinge ohne Anklage oder Gerichtsverfahren inhaftiert, denen US-Folterspezialisten durch systematische Misshandlungen falsche Geständnisse und angebliche Beweise abpressten. Zur Zeit sind noch 34 Häftlinge in dem Lager untergebracht, deren Behandlung durch die US-Behörden laut dem UN-Bericht vom Juni „grausam, unmenschlich und erniedrigend“ ist. Sonderberichterstatterin Ní Aoláin forderte die USA auf, das berüchtigte „Camp Delta“ sofort zu schließen und sich für die Folterungen der Insassen zu entschuldigen. Alle, die für Misshandlungen verantwortlich waren, müssten zur Rechenschaft gezogen werden, forderte sie.

Verglichen mit den klaren Positionen des UN-Berichts drückt sich das werbe geleitete Auswärtige Amt der BRD vor einer deutlichen Ansage gegenüber den USA. Auf die Frage, welche „konkreten Schritte Außenministern An-

nalena Baerbock unternommen“ habe, „um die völkerrechtswidrige Praxis zu beenden“, wich deren mittlerweile auf den lukrativen Posten als Leiterin des BRD-Generalkonsulats in Los Angeles beförderte Sprecherin Andrea Sasse aus. Guantanamo stelle „aus unserer Sicht wichtige Prinzipien der Menschlichkeit, des Rechtsstaats und der Menschenrechte infrage. Das haben wir gegenüber den verschiedenen US-Regierungen seit 2002 immer wieder deutlich zum Ausdruck gebracht“, räumte sie auf einer Pressekonferenz am 12. Januar 2022 immerhin ein, fügte dann aber relativierend hinzu: „US-Präsident Joe Biden hat im Februar 2021 erklärt, dass er die Schließung des Gefangenenlagers bis zum Ende seiner Amtszeit anstrebe. Diese Ankündigung begrüßen wir.“

Die Baerbock und ihrer Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ nahestehende „TAZ“ verurteilte nach Veröffentlichung des UN-Berichts zwar die Menschenrechtsverletzungen der USA, relativierte die Kritik aber zugleich damit, dass Guantánamo ein „Stachel im eigenen Fleisch“ sei. „Wenn heute darüber diskutiert wird, warum so viele Länder des globalen Südens sich nicht im Sinne einer regelbasierten internationalen Außen- und Sicherheitspolitik der westlichen Position anschließen und Russland wegen des Angriffskriegs auf die Ukraine isolieren, dann gehört zur Antwort auch: Guantánamo“, bedauerte die Zeitung am 28. Juni in einem Kommentar. Kritik an dem komplizierten Eiertanz der Außenministerin äußerten weder die „TAZ“, noch andere BRD-Medien.

### Alte Presse-Enten aufgewärmt

Als das US-Kriegsministerium Anfang Juli ein Atom-U-Boot in die Bucht von Guantánamo beorderte und Kubas Außenminister scharf gegen die „provozierenden Eskalation“ protestierte, wärmten westliche Leitmedien längst entlarvte Presse-Enten auf. Da das Pentagon eine Begründung für die Entsendung des U-Bootes in die Karibik verweigerte, rechtfertigten deutsche Medien sie als Reaktion auf den Ausbau der Beziehungen Kubas zu China und Russland. „Im Juni war bekannt geworden, dass China eine Abhörstation auf der Karibikinsel finanzieren will, mit der vor allem die USA ausspioniert werden können“, behauptete „Spiegel Online“ am 12. Juli, ohne zu erwähnen, dass Havanna wie auch Beijing entsprechende Berichte mehrfach dementiert hatten. US-Medien hatten ohne jeden Beweis über den angeblichen Bau einer chinesischen Spionagebasis in der 27 Kilometer von Havanna entfernten Kleinstadt Bejucal berichtet. Deren Einwohner, so die kubanische Journalistin Rosa Miriam Elizalde, seien verblüfft gewesen, als ihre Stadt als Ortschaft aufgetaucht, in der China streng geheime Stützpunkte unterhalten soll. Dass die rund 20.000 Bewohner davon nicht das geringste mitbekommen haben liege ja vielleicht daran, „dass die chinesischen Spione unsichtbar sind“, spottete sie über die jüngsten US-Verschwörungsliege.

# unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

## SAGEN WAS IST!

Die UZ schreibt über Kuba: solidarisch. Wir berichten über den politischen, sozialen, ökonomischen Kampf Kubas um Unabhängigkeit und Sozialismus, gegen die imperialistische Blockade durch die USA und EU.

Jetzt  
6 Wochen  
kostenlos testen.  
Oder direkt  
abonnieren!

Tel.: 0201 177889-15 | [abo@unsere-zeit.de](mailto:abo@unsere-zeit.de)  
[unsere-zeit.de/abo/](http://unsere-zeit.de/abo/)

**!JA ZU  
KUBA!**

**!NEIN ZUM  
IMPERIALISMUS!**

Jetzt Mitglied werden

### Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba Solidarität mit Kuba

Jetzt Mitglied werden!

4 Bücher- und CD-Prämien für neue Mitglieder  
(Prämienpaket umseitig)

Monatsbeitrag:  10,- € (Förderbeitrag)  7,- € (Normalbeitrag)  3,- € (Sozialbeitrag)

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

Name, Vorname

Telefon

Straße, Hausnummer

email

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich ermächtige die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., den o.g. Beitrag vierteljährlich von meinem Konto bis auf Widerruf mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Der Einzug soll zu Lasten folgenden Kontos erfolgen:

IBAN

Name, Vorname (Kontoinhaber)

BIC

Datum, Unterschrift

Coupon bitte einsenden an: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Maybachstraße 159, 50670 Köln



»Es kann keine friedliche Koexistenz geben ausschließlich zwischen den Mächtigen, wenn der Frieden auf der Welt gesichert werden soll. Die friedliche Koexistenz muss zwischen allen Staaten gelten, unabhängig von ihrer Größe, den historischen Beziehungen zwischen ihnen und den Problemen, die es zu einem bestimmten Zeitpunkt gibt.«

*Ernesto Che Guevara*

*Auszug aus seiner Rede vor der UN-Generalversammlung am 11. Dezember 1964*

*Am 14. Juni wäre Che Guevara 95 Jahre alt geworden.*

### Bücher- und CD-Prämien



**Kuba  
im Wandel**  
16 Erfahrungsberichte

Verlag Wiljo Heinen



CD  
**Cuba  
Musica  
y Revolucion**

Hernando Calvo Ospina/  
Katljin Declercq

**Originalton  
Miami**  
Die USA, Kuba  
und die Menschenrechte

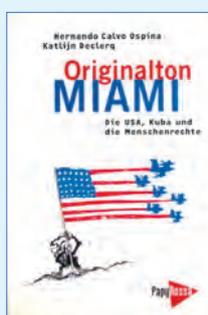
PapyRossa Verlag



Renate Fausten/Ulrich Fausten

**Helden  
der freien Welt**  
Dissidenten  
in Kuba

PapyRossa Verlag



Bei Umzug:  
Neue Adresse u. ggf.  
Bankverbindung in  
der Geschäftsstelle  
mitteilen!

### Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Auslieferung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.